

Michael Parak / Ulli Engst (Hrsg.)
unter Mitarbeit von Dennis Riffel

VORBILDER DER DEMOKRATIEGESCHICHTE

**EINSTELLUNGEN UND HANDLUNGEN,
DIE BEEINDRUCKEN UND
ORIENTIERUNG GEBEN KÖNNEN**

**Michael Parak / Ulli Engst (Hrsg.)
unter Mitarbeit von Dennis Riffel**

VORBILDER DER DEMOKRATIEGESCHICHTE

**EINSTELLUNGEN UND HANDLUNGEN,
DIE BEEINDRUCKEN UND
ORIENTIERUNG GEBEN KÖNNEN**

Gefördert durch



Die Beauftragte der Bundesregierung
für Kultur und Medien

Impressum

1. Auflage

© 2022 Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.

Eine Publikation von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.

Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.

Stauffenbergstraße 13-14

10785 Berlin

info@gegen-vergessen.de

www.gegen-vergessen.de

Lektorat: Ines Eifler, Görlitz

Gestaltung und Layout: Atanassow-Grafikdesign, Dresden

Druck und Herstellung: addprint AG, Bannewitz/Possendorf

Die Redaktion überlässt die Entscheidung über eine Verwendung gendergerechter Sprache den Autorinnen und Autoren.

ISBN 978-3-9824031-5-1

INHALT

Einleitung	5
Teil I: Vorbildhaftes Handeln für Demokratie (Michael Parak)	9
1. Menschen als Orientierungspunkte: Helden, Vorbilder / Role Models, Exemplarische Alltagspersonen	10
1.1 Helden	10
1.2 Vorbilder / Role Models	13
1.3 Exemplarische Alltagspersonen	16
2. Eigenschaften und Handlungen, die beeindrucken und Orientierung geben können	18
2.1 Würdigung der Gesamtpersönlichkeit versus besondere Eigenschaften und Handlungen	18
2.2 Merkmale besonderer Handlungen	20
3. Vorbildhaftes Handeln für Demokratie	23
3.1 Stärkere Fokussierung auf die Funktionsweise des demokratischen Systems	23
3.2 Erwartungen an besonderes Verhalten für Demokratie	24
4. Erwünschte Wirkung einer Auseinandersetzung mit Vorbildern	28
4.1 Beitrag zur Entwicklung einer demokratischen Haltung	28
4.2 Ermutigung, Ansporn und Ermächtigung	29
4.3 Verdeutlichung von Veränderungsmöglichkeiten und Handlungsoptionen durch die Beschäftigung mit Geschichte	31

Teil II: Beispielhafte Handlungen aus der Demokratieggeschichte (Ulli Engst)	37
1. Demokratie erkämpfen	38
1.1 Im Parlament nach Kompromissen streben	39
1.2 Gegen gewaltsame Unterdrückung kämpfen	44
1.3 Den Unrechtsstaat öffentlich bloßstellen	48
2. Demokratie etablieren	53
2.1 Hilfe zur Selbsthilfe leisten	54
2.2 Geschlechtergerechtigkeit in der Verfassung festschreiben	58
2.3 Neue Strukturen aufbauen	63
3. Demokratie leben, gestalten und weiterentwickeln	68
3.1 Anerkennung radikal einfordern	69
3.2 Bestehende Verhältnisse klar benennen und infrage stellen	73
3.3 Eine Gemeinschaftshalle architektonisch umgestalten	78
3.4 Den Willen des Volkes ermitteln	82
4. Demokratie verteidigen und verlieren	87
4.1 Dem Kanzler die Anerkennung verweigern	88
4.2 Eine Rede für die eigenen Überzeugungen halten	93
Literatur	99
Autorinnen und Autoren	107
Weitere Publikationen von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.	108

EINLEITUNG

Viele Menschen vereint ein Unbehagen an der derzeitigen politischen Situation. Sie sind erschüttert über Rassismus, Antisemitismus und Menschenfeindlichkeit, darüber, dass demokratiefeindlichen Einstellungen auch Taten folgen. Zugleich gibt es ein Gefühl, dass etwas fehlt, dass es nicht reicht, nur Missstände anzuprangern.

Ferda Ataman, Gründungsmitglied der *Neuen Deutschen Medienmacher*innen*, hat diesem Gefühl in der Kolumne „Dagegen sein reicht nicht“ Ausdruck verliehen: „Fällt es Ihnen auch leichter zu sagen, wofür Sie nicht sind, als wofür? [...] Dummerweise funktioniert das Dagegensein auch bei Demokrat*innen gut. Seit Jahren lassen wir uns von Rechtsextremisten die Agenda diktieren oder arbeiten uns an neuen Tabubrüchen ab, statt eigene Ideen auf den Tisch zu werfen. [...] Doch auf Dauer hat diese Herangehensweise einen Haken: Sie bringt uns nicht voran. Wer ausschließlich mit Dystopien arbeitet, wer antifaschistisch, antikapitalistisch, anti irgendwas argumentiert, bleibt in der negativen Erzählung [...]. Statt immer nur dagegen zu argumentieren, dürfen wir – gerade jetzt – nicht vergessen, auch eigene, positive Leitbilder für unsere Zukunft anzubieten.“¹

Trotz bestehender Missstände und notwendiger Fundamentalkritik daran bedarf es eben auch positiver Impulse. Wer der Meinung ist, dass es in diesem Land mehr engagierte Demokratinnen und Demokraten geben sollte, muss diesen entsprechenden Rüstzeug geben. „Zusammenhalt braucht Zuversicht“ – mit diesen Worten schließt der Jenaer Politikwissenschaftler Matthias Quent ein Buch über Rechtsextremismus in Deutschland.² Doch wie können solche positiven Impulse aussehen?

Ziel dieser von der Beauftragten des Bundes für Kultur und Medien geförderten Publikation ist es, einen kleinen Beitrag zur Beantwortung dieser Frage zu leisten. Dabei werden zwei Themenkreise miteinander in Verbindung gebracht. Zum einen die Diskussion um sogenanntes „best practice“ – Einstellungen und Handlungen anderer Menschen, die beeindruckend und Orientierung geben können.³ Oftmals wird hier auch der Begriff „Vorbilder“ verwendet. Zum anderen die Beschäftigung mit Demokratiegeschichte als einem Element historisch-politischer Bildung: „Die Auseinandersetzung mit der Demokratiegeschichte gehört zur Demokratiebildung“, heißt es in einer Stellungnahme der Arbeitsgemeinschaft *Orte der Demokratiegeschichte*.⁴ „Es geht darum, Demokratie in ihrer historischen Entwicklung und in ihren verschiedenen Facetten zu verstehen, sie einordnen zu können, zu erleben, eine Haltung zu gewinnen und danach zu handeln.“⁵

Die vorliegende Publikation gliedert sich entsprechend dieser Themenkreise in zwei Teile.

In *Teil I: Vorbildhaftes Handeln für Demokratie* möchten wir zunächst verschiedene Helden- und Vorbilderbegriffe vorstellen und diskutieren. Diese Überlegungen führen uns im nächsten Schritt dazu, verstärkt vorbildhafte Eigenschaften und Handlungen statt Gesamtpersönlichkeiten im Sinne einer vorbildhaften Lebensleistung zu würdigen. Wie dieser Fokus auf konkretes vorbildhaftes Handeln speziell für demokratische Werte und Überzeugungen aussehen kann, wird im Anschluss verhandelt. Teil I schließt mit Überlegungen ab, welche (erwünschten) Wirkungen sich aus einer solchen Auseinandersetzung mit vorbildhaften demokratischen Handlungen ergeben können.

In *Teil II: Beispielhafte Handlungen aus der Demokratiegeschichte* möchten wir die vorangegangenen theoretischen Überlegungen mithilfe zwölf ausgewählter historischer Beispiele illustrieren. Diese verstehen wir als eine Möglichkeit der historisch-politischen Bildungsarbeit im Bereich der Demokratieförderung durch Demokratiegeschichte. Die vier Kapitel dieses Teils der Publikation beschäftigen sich mit jeweils einer Phase der deutschen Demokratiegeschichte vom 19. bis zum 21. Jahrhundert. Diese vier Phasen wurden bereits in früheren Publikationen von *Gegen Vergessen – Für Demokratie* e. V. erarbeitet. Sie lauten:

- Demokratie erkämpfen
- Demokratie etablieren
- Demokratie leben, gestalten und weiterentwickeln
- Demokratie verteidigen und verlieren

Unsere Auswahl ist dabei selbstverständlich angesichts der unüberschaubaren Menge an möglichen Beispielen stark subjektiv und erhebt keinerlei Anspruch auf Vollständigkeit. Vielmehr möchten wir sie als Anregungen verstanden wissen, wie die von uns vorgeschlagene Perspektive auf konkrete Handlungen in der historisch-politischen Bildung umgesetzt werden kann. Deshalb haben wir uns in diesem Teil der Publikation für eine weniger wissenschaftliche Herangehensweise entschieden. So verzichten wir dort beispielsweise weitestgehend auf Fußnoten. Weiterführende Literaturhinweise und Quellen zu den einzelnen Beispielen finden sich im Literaturverzeichnis am Ende der Publikation.

Wir würden uns freuen, wenn die Lektüre Anstoß dazu geben könnte, selbst darüber nachzudenken, welche Einstellungen und Handlungen aus Geschichte und Gegenwart die Leserinnen und Leser beeindrucken. Die hier publizierten Beispiele sind ausdrücklich als erster Aufschlag zu verstehen. Wir wären dankbar, wenn uns noch viele weitere mitgeteilt würden. Diese könnten dann im Blog *Demokratiegeschichten* (<https://www.demokratiegeschichten.de>) von *Gegen Vergessen – Für Demokratie* e. V. veröffentlicht werden.

Eine solche Publikation entsteht nur in regem inhaltlichen Austausch. Wir bedanken uns bei den Kolleginnen und Kollegen von *Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.* und der Arbeitsgemeinschaft *Orte der Demokratiegeschichte* für viele Anregungen und Hinweise sowie den Autorinnen und Autoren und Interviewpartnerinnen.

Nun wünschen wir Ihnen, den Leserinnen und Lesern, viel Freude mit der Publikation sowie zahlreiche neue Gedankenanstöße und freuen uns auf künftige Diskussionen zum Thema Demokratiegeschichte.

-
- 1 Ataman, Ferda: Dagegen sein reicht nicht. In: Spiegel Online vom 6. Februar 2020, [online] <https://www.spiegel.de/kultur/was-wollen-wir-eigentlich-kolumne-a-52dcc64a-3e7b-44ce-92c6-a4826344ae02> [30.04.2022].
 - 2 Quent, Matthias: Deutschland rechts außen. Wie die Rechten nach der Macht greifen und wie wir sie stoppen können. München 2019, S. 275.
 - 3 Ein Ansatzpunkt, dem an dieser Stelle nicht vertieft nachgegangen werden soll, sind sogenannte „Meistererzählungen“. Gerade Herfried Münkler macht sich dafür stark: „Wir brauchen starke Erzählungen, weil wir Zuversicht benötigen, um die Herausforderungen in einer sich beschleunigenden Welt zu meistern. Zuversicht entsteht zu einem großen Teil aus sinnstiftenden Narrativen, die aus der Vergangenheit in die Zukunft weisen.“ Herfried Münkler im Interview mit Judith Scholter und Frank Werner: „Wir schaffen das“. Warum jedes Land alle paar Jahrzehnte einen neuen Mythos braucht. In: Die ZEIT vom 19. September 2018, [online] <https://www.zeit.de/zeit-geschichte/2018/05/herfried-muenkler-politikwissenschaftler-neuen-mythos-deutschland> [30.04.2022].
 - 4 Gegen rechtspopulistische Vereinnahmung. Stellungnahme des SprecherInnenrates der Arbeitsgemeinschaft Orte der Demokratiegeschichte vom 18. Mai 2021, [online] <https://www.demokratie-geschichte.de/index.php/4238/orte-der-demokratiegeschichte-gegen-rechtspopulistische-vereinnahmung/> [30.04.2022].
 - 5 Ebd.

**TEIL I:
VORBILDHAFTES
HANDELN FÜR
DEMOKRATIE**

MICHAEL PARAK

1. MENSCHEN ALS ORIENTIERUNGSPUNKTE: HELDEN, VORBILDER / ROLE MODELS, EXEMPLARISCHE ALLTAGSPERSONEN

In einer pluralen Welt gibt es eine Vielzahl unterschiedlicher Lebensentwürfe. Den für sich passenden Lebensentwurf zu finden, ist gar nicht so einfach.

Der Religionspädagoge Hans Mendl weist darauf hin, dass besonders Kinder und Jugendliche „Orientierungshilfen [brauchen], um sich auf dem Markt der Möglichkeiten zu bedienen und eine eigene, meist probeweise angenommene und dann wieder verworfene, also vorläufige und lange Zeit recht fragile und insgesamt flexible eigene Identität zu entwickeln.“⁶ Sich weiterzuentwickeln und das eigene Ich in Relation zu äußeren Bedingungen zu setzen – dies ist ein fortlaufender Prozess. Und dieser scheint ohne die Auseinandersetzung mit und Orientierung an anderen Menschen nicht zu gelingen: „Wir benötigen Impulse von außen, um dann in Auseinandersetzung, Orientierung und Abgrenzung dazu das eigene Leben zu gestalten. [...] Patchwork-Identität oder Bricolage: das Zusammenbinden verschiedenster Sinnfäden zu einer bunten, locker gestrickten Identitätsdecke.“⁷

Eine Aufgabe politischer Bildung kann sein, Menschen auf diesem Weg der Identitätsentwicklung zu unterstützen. Dabei stellt sich auch die Frage, welche möglichen Orientierungspunkte politische Bildung als Angebote einbringt. Hans Mendl findet für diese Herausforderung eine bildhafte Beschreibung: „Festzustellen, dass jeder Jugendliche seine eigene Sinn-Decke zu stricken hat, oder auch den Jugendlichen nur Strickmuster und Stricktechniken an die Hand zu geben, reicht nicht aus. Ausgelotet werden muss, welche Stoffe und Wollknäuel zur Verfügung gestellt werden können. Konkret: Welche Werteoptionen, Sinnangebote, Lebensstile, Glaubensüberzeugungen bringen wir ins Spiel?“⁸

Der Frage, wie Angebote sinnvoll ausgestaltet werden können, soll im Folgenden nachgegangen werden. Es soll herausgearbeitet werden, dass es sich lohnen kann, sich mit besonderem Verhalten auseinanderzusetzen. Dies führt auch zu der Frage, welche Handlungen das Potenzial haben, zu beeindrucken und Orientierung zu geben.

1.1 Helden

Manche Debatten werden gern hitzig im Stile eines Entweder-Oder geführt, die sich nicht zwingend an Bedürfnissen und Potenzialen politischer Bildung orientieren. Einer der Reizbegriffe im Kontext der Debatte von Personalisierung und Versachlichung

ist der Begriff des „Helden“. Sollte der Beitrag von Individuen bei der Ausgestaltung der Welt stärker in den Blick genommen werden oder die Analyse von Strukturen? Pointiert lassen sich die Pole der Diskussion auch mit den Titeln zweier Publikationen beschreiben: „Man hüte sich vor Helden“⁹ versus „Warum Demokratien Helden brauchen“¹⁰.

Die Begriffe des Helden und des Heldentums wurden in der Vergangenheit oft missbraucht, um falsche Ideale zu propagieren, um politische oder gesellschaftliche Agitation zu betreiben.¹¹ Trotz aller Reflexion über die Geschichte gibt es solch überkommene Heldenbilder weiterhin. „Ich sehe natürlich auch, dass heute viele Menschen mit dem Heldenbegriff eine unkritische bis blinde Verherrlichung kriegerischer Gewalt oder nationalistischen Opferkults verbinden“, sagte der Philosoph Arnd Pollmann 2019 in einem Gespräch mit der Journalistin Christiane Florin. „Tatsächlich ist ein solches, wie mir scheint, überkommenes Heldenbild vor allem in rechten und rechtsradikalen Kreisen noch immer weit verbreitet.“¹² In einer scheinbar unübersichtlichen Welt wird Komplexität reduziert und dafür eine Rückprojektion in die Vergangenheit vorgenommen. Dies gilt für den Begriff des Helden wie auch damit verbunden für den des Stolzes. Die rechtspopulistische „Alternative für Deutschland“ (AfD) arbeitet mit dem Begriff Stolz in ihrer eigenen Interpretation „Stolz, deutsch zu sein“. Laut dem Historiker Wolfgang Benz „signalisiert [diese] außer dem Wir-Gefühl der Zugehörigkeit den Anspruch auf eine ethnisch geschlossene Volksnation (im Gegensatz zur multikulturellen Staatsnation), und sie zeigt ein Geschichtsverständnis, das die durch die nationalsozialistischen Verbrechen belastete Vergangenheit trotzignoriert.“¹³

Der Soziologe Ulrich Bröckling bringt seine Kritik an diesen Heldenbildern markant auf den Punkt: „zu viel Pathos, zu viel Männlichkeitsausdünstungen“¹⁴. Jenseits dieser enggeführten nationalistischen Heldenbilder gibt es eine grundsätzliche Kritik am „Heldentum“, die unter dem Begriff des Postheroismus zusammengefasst werden kann.

Kritisiert werden zum einen – bei Bröckling – die Unterkomplexität und die Fixierung auf Einzelpersonen: „Heldengeschichten sind immer Geschichten, in denen ganz viele weggelassen werden. Es müssen all die anderen Akteure, die auch an dem, worum es geht, mitgearbeitet haben, ausgeblendet werden. Es ist immer nur die eine Person, die alles löst, die die Dinge zum Guten wendet. Und so ist es eben in der Wirklichkeit heute nicht. Insofern sind Heldengeschichten immer auch narzisstische Fantasien, in denen wir unsere Wunschträume realisieren.“¹⁵ Zum anderen wird – etwa vom Philosophen Dieter Thomä – kritisch angemerkt, dass Begeisterung für Helden auch als demütigend gedeutet werden kann: „Wir anderen sind befangen in unserer Ohnmacht, und wenn wir uns für Helden begeistern, tun

wir nichts anderes, als uns in unserer Unterlegenheit und Unterwürfigkeit einzurichten. Wenn wir Helden küren, spricht das demnach gar nicht für sie, sondern gegen uns. [...] Wenn wir sie feiern, dürfen wir uns in unserer Schwäche suhlen oder in ihrem Glanz sonnen. Wenn wir uns ihnen hingeben, werden wir Instrumente der herrschenden Macht.“¹⁶ Schließlich wird generell die Funktion von Helden infrage gestellt: „Helden sollen Vorbilder sein, wollen Vorbilder sein“, sagt Bröckling. „Aber Helden lösen keine Probleme, sie sind Problemanzeiger. Die einzigen Probleme, die Helden wirklich lösen, sind vielleicht die, wie man gute, wie man spannende Geschichten erzählt.“¹⁷

Die Gegenposition zum Postheroischen hebt hervor, dass außergewöhnliche Leistungen einzelner Personen eine Bedeutung haben und die Beschäftigung mit diesen Persönlichkeiten sowohl Wirksamkeit entfalten kann als auch in den gegenwärtigen Zeiten sogar notwendig ist. Eine Sendung des Deutschlandfunks titelte „Gibt es ein Comeback des Helden?“ und führte in dem eher kritischen Beitrag aus, dass in den heutigen herausfordernden und krisenhaften Zeiten die langsam arbeitenden und mehrheitsgebundenen Prozesse in Demokratien teilweise als ineffizient bewertet und die früher verbreiteten Konsensformeln vom „Rechtsstaat“ und vom „Verfassungspatriotismus“ als zu dürr empfunden werden.¹⁸ Daraus kann sich das Bedürfnis ergeben, stärker besondere Leistungen von Individuen in den Mittelpunkt zu stellen.

Der Philosoph Dieter Thomä vertritt diese Position mit seinem Buchtitel „Warum Demokratien Helden brauchen“ am pointiertesten.¹⁹ Er definiert Helden wie folgt: a) Helden stellen sich der Gefahr, b) Helden widmen sich einer Sache, die größer ist, als sie selbst, c), zu Helden schauen wir auf.²⁰ Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier stellte unlängst einen Bezug des Heldenbegriffs zur Demokratie her: „Gibt es nicht auch Ereignisse und Vorbilder in unserer Demokratiegeschichte, die uns inspirieren, die Ansporn geben und Mut machen können? Gab es nicht Zeiten – denken wir etwa an den Weimarer Aufbruch vor 100 Jahren –, in denen große Umwälzungen auch große Errungenschaften hervorbrachten? Errungenschaften, die unsere Demokratie bis heute prägen und stark machen; Heldinnen und Helden, auf die wir stolz sein können? Ich meine, wir haben unsere Freiheits- und Demokratiegeschichte in unserem Denken über Zukunft zu lange vernachlässigt, und das sollten wir ändern!“²¹

Manche der scheinbar unauflösbaren Antagonismen um „Helden“ kreisen stärker um den Begriff als um die dahinterstehenden Inhalte. Denn auch die Seite, die dem Begriff des Helden kritisch gegenübersteht, gibt zu, dass einzelne Individuen in besonderer Art und Weise gewürdigt werden können: „Ich denke, es gibt Menschen, zu denen man aufschauen kann, vor deren Handeln man großen

Respekt hat“, sagt Ulrich Bröckling. „Aber es macht einen Unterschied, ob man die Helden nennt. Wenn man sie in diesen Heldendiskurs einschreibt, dann kommt dieser ganze Diskurs des Kämpferischen hinein, dieses Moment der Männlichkeit, das an diesem Heldenkonzept einfach dranhängt. Es kommen Momente des Transgressiven, des Eigenmächtigen hinzu. Das ist alles problematisch. Deshalb: Man kann Menschen bewundern, man kann großen Respekt vor ihnen haben. Aber man sollte sich davor hüten, sie als Helden zu feiern.“²² Und auch die Seite der Befürworter des Heldenbegriffs zielt wohl kaum auf die unkritische, nationalistische Verehrung einzelner Personen ab.

Was bleibt, sind unterschiedliche Akzentuierungen, aber keine generelle Unvereinbarkeit von Positionen. In anderen Ländern scheint die Verwendung des Begriffs „Held“ alltäglicher und selbstverständlicher.²³ In Deutschland ist dies nicht der Fall. Sich unter diesen Umständen die Rehabilitierung und Wiedereinführung des Heldenbegriffs zu erkämpfen, muss – nach Ansicht des Autors – der Sache nicht zwingend Nutzen bringen. Deshalb wird im Folgenden auch nicht mit dem Begriff des Helden im Sinne eines „großen Helden“ gearbeitet. Dagegen wird durchaus von „Helden des Alltags“, „local heroes“ oder „Helden vor Ort“ gesprochen. Denn dies wird im allgemeinen Sprachgebrauch so verstanden, dass Menschen, die in ihrem Nahumfeld Besonderes leisten, auch gesellschaftlich in besonderer Weise gewürdigt werden sollten.

1.2 Vorbilder/Role Models

Wenn in Meinungsumfragen ermittelt werden soll, wie Menschen andere Menschen prägen und beeinflussen, ist der Begriff des Helden keine relevante Kategorie.²⁴ Hingegen wird durchaus nach „Idolen“ und „Vorbildern“ gefragt.

Dabei geht es oftmals um „Schwärmerei“, das heißt darum, sich für jemanden besonders zu begeistern. In der Studie „Kindheit, Internet und Medien“ von 2020 antworten fast zwei Drittel der befragten 6- bis 13-Jährigen auf die Frage „Gibt es eine Lieblingsperson/-figur, für die du besonders schwärmst?“ mit Ja. Genannt werden Idole aus den Bereichen TV/Film, der Musikbranche sowie Sport.²⁵

Die wenigen bislang vorhandenen Umfrageergebnisse sollten dahingehend interpretiert werden, dass es hier eher um die abstrakte Projektion in eine andere Welt geht als um konkrete Nachahmung oder Modell-Lernen. In dieser Richtung sind auch die Ergebnisse einer österreichischen Umfrage von 2018 zu verstehen. Gefragt wurde hier: „Wer ist bzw. sind Ihre persönlichen Idole oder Vorbilder – also Personen, wo Sie denken ‚So wäre ich auch gerne?‘“ Interessant ist, dass

es bei der Beantwortung dieser Frage klare Generationsunterschiede gibt. So geben 19 Prozent der Millennials, das heißt der älteren Jugendlichen und jungen Erwachsenen, an, kein Vorbild zu haben. Bei den Über-40-Jährigen sind dies jedoch 46 Prozent der Befragten.²⁶ Daraus kann nach Mendl der Rückschluss gezogen werden, dass mit zunehmendem Lebensalter das Bedürfnis abnimmt, sich einen anderen Lebensentwurf zu wünschen und diesem nachzueifern; vielleicht auch, weil das eingangs erwähnte „Zusammenbinden verschiedenster Sinnfäden zu einer bunten, locker gestrickten Identitätsdecke“ schon stattgefunden hat.²⁷

Im Vergleich zu Helden ist der Sockel, auf dem Vorbilder stehen, nicht ganz so hoch. Hans Mendl definiert ein Vorbild als „eine Person, die wegen ihrer besonderen Eigenschaften oder moralischen Handlungen zum persönlichen Leitbild erwähnt wird. Sie regt den eigenen Lebensentwurf an und dient zur Nachahmung und Identifikation.“²⁸ Lerntheoretisch unterscheidet er vier Ansätze zum Umgang mit Vorbildern:

Erstens eine verhaltenstheoretische Auffassung: das sogenannte Nachahmungslernen. Gerade dieses einfache Übertragungsmodell sei in die Kritik geraten. Werte könnten nicht einfach durch instruktive Formen von einer Person auf die andere übertragen werden. „Es kann also nicht um die Nachahmung einzelner Verhaltensweisen gehen, sondern um das Herausarbeiten von Haltungen, Einstellungen und Werten, die dann in Prozessen einer kreativen Aneignung aufs eigene Leben übertragen werden. Das hat dann allerdings mit einem einfachen Nachahmungslernen nichts mehr zu tun.“²⁹

Zweitens die sozial-kognitive Theorie des Modell-Lernens. Demnach geht es um die Reflexion der als vorbildhaft und nachahmenswert dargestellten Verhaltensweisen. Sich mit einem Vorbild zu beschäftigen heiße, sich in Entscheidungssituationen der fremden Person „einzuklinken“. Die Hoffnung ist, dass sich aus dieser Beispielkonstellation langfristig Verstärkungs- und Motivationseffekte ergeben. Im Gegensatz zur Werteübertragung beim Nachahmungslernen zielt das Modell-Lernen auf Werteerhellung und Wertekommunikation ab.³⁰

Drittens das diskursethische Lernen: Hierbei wird reflektiert, „ob und wieso im Handeln des Modells exemplarische Momente aufscheinen, die zur Entwicklung der eigenen Handlungskonzepte etwas beitragen können.“³¹ Im Gegensatz zum Nachahmungs- und Modell-Lernen „verzichtet man auf einen unmittelbaren Transfer und vertraut auf die stetige Wertentwicklung über entsprechend gestaltete problemorientierte Auseinandersetzungen mit fremden Biografien und ihren Entscheidungssituationen und impliziten Werteoptionen.“³²

Viertens das handlungsethische Lernen: Gerade für jüngere Menschen sei das direkte Lernen an und mit fremden Personen wichtig, weil Lernen als Handeln in

Form von Projekten oder über den direkten Kontakt mit „Local Heroes“ den diskurspädagogischen Rahmen sprengt. „Erlebnisbetonte, motivationale und unmittelbare interpersonelle Aspekte einer Auseinandersetzung mit Modellen gewinnen an Bedeutung.“³³

Über diese vier lerntheoretischen Positionen wird deutlich, dass Kritik am Umgang mit Vorbildern vor allem auf das unreflektierte Nachahmungslernen abzielt. Eine einfache Werteübertragung ist weder möglich noch wünschenswert. Als hilfreich erweist sich dagegen der Begriff des Modells. „Die Orientierung an Modellen bezieht sich nicht auf das Lebensganze einer Person: ausgewählte Konflikt- und Entscheidungssituationen im Leben der Modelle interessieren“, sagt Mendl. „Die kritische Auseinandersetzung mit Lebensentscheidungen des Modells im sozialen Zusammenhang soll zum reflektierten eigenen Handeln befähigen.“³⁴

Dieser Aspekt des exemplarischen Lernens wird im englischen Sprachgebrauch mit „Role Model“ stärker akzentuiert, als es im Deutschen mit „Vorbild“ der Fall ist. Role Models werden nach dem amerikanischen Soziologen Robert K. Merton als Personen definiert, die als Beispiel dienen und als Muster für spezifische Rollen nachgeahmt werden können. Diese Personen müssen keine berühmten Stars oder perfekten Vorbilder sein, sondern sind ebenso gut im eigenen sozialen alltäglichen Umfeld zu finden. Also auch Lehrer, Eltern, Sporttrainer, Gleichaltrige oder politisch engagierte Menschen können einen Eindruck davon vermitteln, was im Beruf und im Leben möglich ist. Sie können dazu inspirieren, das eigene Lebenspotenzial voll auszuschöpfen.³⁵

Laut der Kinder- und Jugendpsychologin Marilyn Price-Mitchell sind fünf der wichtigsten Charakteristika von Role Models folgende:³⁶

1. Role Models zeigen Leidenschaft für ihre Arbeit und stecken andere damit an.
2. Role Models haben eine klare Wertevorstellung und leben diese auch. Das Gegenüber profitiert insofern davon, als es sich so seiner eigenen Werte besser vergewissern kann und einen klaren Blick für die Verwirklichung der persönlichen Entwicklung erhält.
3. Role Models bekennen sich zu der Gesellschaft, in der sie leben. Sie sind aktiv in die Gemeinschaft eingebunden. Sie stellen ihre Zeit und ihr Talent für andere zur Verfügung – ob sie Nachbarschaftshilfe leisten, sich in lokale Gremien wählen lassen oder sich in Vereinen engagieren.
4. Role Models akzeptieren Menschen, die anders sind als sie selbst, und sie sind (auch selbstlos) hilfsbereit.
5. Role Models haben die Fähigkeit, auch schwierige Hindernisse zu überwinden, und sind dadurch immer wieder initiativ. Sie zeigen, dass Erfolg auch aus komplexen Situationen heraus durchaus möglich ist.

Wenn diese Aspekte des Role Models mitgedacht werden, kann die Verwendung des

deutschsprachigen „Vorbild“ durchaus zielführend sein. Dann geht es um die Darstellung von „Best Practice“. Die Auswahl gleicht einer Gesellschaftsdiagnose: „Was brauchen wir? Welche Ziele, Werte, Techniken und Tricks? Welche Eigenschaften brauchen Bürgerinnen und Bürger?“³⁷ Welche Eigenschaften und Handlungen können heute Orientierungspunkte für uns sein? Der Autor und Journalist Heribert Prantl schrieb dazu: „Es geht darum, dass der Mensch, den wir uns zum Vorbild nehmen, im gegebenen Augenblick etwas getan hat, das uns guten Anstoß und guten Ansporn gibt.“³⁸

1.3 Exemplarische Alltagspersonen

Glücklicherweise gibt es eine Vielzahl von Initiativen, die den Blick auf Menschen richten, die Besonderes für das Gemeinwohl leisten. Die Chiffre „Helden des Alltags“ dient dazu, „normale Menschen“ vorzustellen. Für diese Personengruppen gibt es verschiedene Begriffe: „Helden vor Ort“, „Local Heroes“, „Helden auf Augenhöhe“, „stille Helden“ oder „Helden der Menschlichkeit“.³⁹

Ein Beispiel: Die TV-Programmzeitschrift „auf einen Blick“ veranstaltet seit Jahren eine festliche Gala für „Menschen, die Großes leisten“: „Geehrt werden besondere Menschen, die durch ihr selbstloses Handeln und aufopferungsvolles Engagement für andere zum Vorbild werden. Es sind Menschen, die in Alltagssituationen zu Helden werden, weil sie eine selbstlose Entscheidung treffen, über sich hinauswachsen und dadurch das Leben anderer für immer verändern. Es sind Menschen wie du und ich, die in einer Ausnahmesituation etwas Großes leisten und nicht über die eigenen Konsequenzen nachdenken. Sie handeln einfach, ganz so, wie es wahre Helden eben tun.“⁴⁰ Der Hinweis „Menschen wie du und ich“ zeigt, dass hier bewusst nach lebensweltlichen Anknüpfungspunkten für ein breites Publikum gesucht wird.

Zu diesem Aspekt der Nähe sind auch Meinungsumfragen von größerem Interesse, die explizit auf die Persönlichkeitsentwicklung abzielen, das heißt auf eine Beeinflussung und Prägung des eigenen Lebensweges durch andere Menschen. Kinder und Jugendliche haben eine dezidierte Auffassung, wer ihnen am besten Werte vermitteln kann, so das Ergebnis einer Meinungsumfrage 2014 für den GEOLino-UNICEF-Kinderwertemonitor unter 6- bis 14-Jährigen. In puncto Wertevermittlung liegt hier die Familie weit vorn: Ganz oben rangieren Eltern (98 Prozent), gefolgt von Großeltern und anderen Verwandten (81 Prozent). Mehr als die Hälfte der Kinder und Jugendlichen sehen ihre Geschwister als Role Model (53 Prozent). Ein höherer Anteil wählt die Freunde (64 Prozent). Öffentliche Role Models schneiden schlechter ab: Personen aus den Medien werden von 33 Prozent gewählt,

berühmte Personen sind nur für 32 Prozent der Kinder und Jugendlichen ein Vorbild. Noch weniger (12 Prozent) orientieren sich an Politikerinnen und Politikern.⁴¹ Auch der Rückblick Älterer auf ihre Kindheit und Jugend erhärtet diese Grundtendenz. Eine Studie im Auftrag des Magazins „chrison“ fragte über 14-jährige Jugendliche und Erwachsene: „Wer war in Ihrer Kindheit/Jugend am ehesten ein Vorbild für Sie?“ Das Ergebnis verdeutlichte die Bedeutung des familiären Umfelds: Zusammen genommen 77 Prozent gaben (in dieser Reihenfolge) Vater, Mutter, Oma und Opa an. Historische Persönlichkeiten und Lehrer rangierten dahinter weit abgeschlagen mit 5 Prozent und 4 Prozent.⁴²

Insgesamt ist die empirische Dichte von Daten zur Bedeutung von Vorbildern noch ausbaubar. Dennoch tritt die große Bedeutung des familiären Nahumfelds für die Prägung von Kindern und Jugendlichen bereits jetzt deutlich hervor. In diesen Befund bringt Hans Mendl aber auch kritische Untertöne ein:

„Die Familie ist der letzte Hort der Übersichtlichkeit und Heimat in einer ansonsten bedrohlich wirkenden pluralen Gesellschaft, sie ist die Ressource, aus der heraus Kinder und Jugendliche leben, und zugleich das Lebenskonzept einer privaten Zielvorstellung. So gut und schön dieser Trend ist: Gesellschaftlich und politisch ist dieser Rückzug bedenklich. Denn die Gesellschaft ist in vielen Bereichen [...] auf das ehrenamtliche und zivilcouragierte Engagement von Menschen angewiesen. Insofern braucht es solche Leuchttürme, die zeigen, welche Befriedigung gesellschaftliches Engagement mit sich bringt, und durch ihr Tun so manche ‚Couch-Potato‘ zumindest zum Nachdenken, wenn nicht gar zum Umdenken oder gar Aufstehen bringen können.“⁴³

Überspitzt heißt das, dass die alleinige Orientierung an Eltern und Familie wahrscheinlich für die Identitätsentwicklung nicht ausreichend ist; sei es, dass nicht in jeder familiären Konstellation genügend Anregung geboten werden kann, sei es, weil die dortigen Identitätsangebote immer nur einen Ausschnitt aus einem viel breiteren Spektrum möglicher Verhaltensweisen sein können.

Aus diesem Grund bringt Hans Mendl auch die „mittlere Ebene der exemplarischen Alltagspersonen“ – zugegeben ein etwas sperriger Begriff – in die Diskussion ein.⁴⁴ Doch das Potenzial der Beschäftigung mit den Biografien dieser Menschen ist groß. Zum einen geht es um eine möglichst große Bandbreite an Verhalten, das in den Blick genommen werden kann. Zum anderen geht es nicht nur um Superlative und Perfektion, sondern auch um konkretes Verhalten im Alltag: „Menschen aus der mittelbaren und unmittelbaren Umgebung, die [...] durch außergewöhnliche Verhaltensweisen und exemplarisches Verhalten auffallen.“⁴⁵ Die Beschäftigung mit solchen alltagsnahen Personen kann verdeutlichen helfen, was es heißt, in dieser Welt verantwortlich zu handeln und seinen eigenen Weg zu gehen.

2. EIGENSCHAFTEN UND HANDLUNGEN, DIE BEEIN- DRUCKEN UND ORIENTIERUNG GEBEN KÖNNEN

2.1 Würdigung der Gesamtpersönlichkeit versus besondere Eigenschaften und Handlungen

Ehe eine Person zum Role Model wird, muss ihre Handlung erst einmal einen gewissen Bekanntheitsgrad erfahren. Mit der Verleihung des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland „dankt der Staat für herausragende persönliche Leistungen für das Gemeinwohl“, heißt es in den Informationen des Bundespräsidenten dazu.⁴⁶ Für die Jahre von 2010 bis 2019 liegt eine Statistik vor. Demnach wurde diese „höchste Anerkennung, welche die Bundesrepublik Deutschland für das Gemeinwohl ausspricht“, 19.298 Frauen und Männern zuteil.⁴⁷ Mit der Ordensverleihung soll eine „selbständige, auszeichnungswürdige Leistung“ gewürdigt werden: „Die Auszeichnungswürdigkeit einer Leistung bestimmt sich nach dem ihr zugrundeliegenden Maß an Gemeinsinn, Sachkenntnis und Tatkraft sowie nach ihrer Tragweite für das allgemeine Wohl.“⁴⁸ Wenn auch etwas formal, so wird im Statut des Verdienstordens doch deutlich dargelegt, dass eine „Leistung“, eine besondere Handlung, das entscheidende Kriterium für die Verleihung des Bundesverdienstkreuzes ist.

Beim Blick auf Vorbilder gibt es einen Zwiespalt, der wohl nie vollständig aufgelöst werden kann. Als Vorbilder werden oft nur Menschen angesehen, die in ihrem gesamten Lebensweg Vorbildhaftes im Sinne einer Lebensleistung erbringen und über alle moralischen Zweifel erhaben sind.

Menschen zu finden, die in ihrem Leben ausschließlich Gutes vollbracht haben, ist schwierig – ein Anspruch, dem wohl kein Mensch gerecht werden kann. Und ebenso problematisch ist es, Menschen ausschließlich über ihre positive Eigenschaften zu definieren. Hier besteht die Gefahr, sie als Heilige auf einen Denkmalsockel zu setzen. Denn das Leben ist vielfältiger, wie auch das Beispiel Nelson Mandela zeigt. So schreibt dessen Biograf Stephan Bierling:

„Mandela hat viele Gesichter: stolzer Häuptlingssohn, eifriger Missionsschüler, feuriger schwarzer Nationalist, schwieriger Ehemann, prinzipienfester Anwalt, opportunistischer Marxist, gewaltbereiter Widerstandskämpfer, disziplinierter Häftling, Menschenfischer, geschickter Verhandler, loyaler Parteipolitiker, Versöhner der Nation, gefeierter Weltstaatsmann, Freund von Präsidenten, Diktatoren, Superreichen und Showstars, rastloser Ruheständler, verehrter Elder Statesman, distanzierter Vater, missbrauchte Symbolfigur.“⁴⁹

Diese Beschreibung zeigt verschiedene – teilweise wenig vorbildhafte – Facetten Mandelas, der 1993 den Friedensnobelpreis erhielt. Zur Heiligenverehrung taugt er nicht, wohl aber dazu, sich mit besonderen Verhaltensweisen und Leistungen auseinanderzusetzen: „Trotz großem Leid behielt er die Fähigkeit zu Versöhnung und Vergebung und wusste sie politisch für sein Land umzusetzen. Das ist die Lebensleistung, die über seinen Tod hinaus in Erinnerung bleiben wird“, schrieb die taz in einem Nachruf auf Mandela. „Er holte das Beste aus den Menschen raus, auch aus seinen Gegnern [...]. Mandelas Weitblick überzeugte und ebnete den Weg zur Demokratie. Nicht Rache brachte Mandela ans Ziel, sondern kluge Dialogführung und scharfsinnige Diplomatie. Er folgte nicht einer feststehenden Strategie, aber er blieb sich grundsätzlich treu. Seine Stärken: auf Menschen zugehen, Vertrauen aufbauen, Kluften überwinden.“⁵⁰

Wir machen es uns einfacher, wenn wir den kaum einzulösenden Anspruch „Vorbilder müssen makellose Persönlichkeiten sein“ aufgeben. Uns ganz freimachen von der Vorstellung einer in allen Lebensfacetten moralisch einwandfreien Persönlichkeit werden wir aber wohl nie können.⁵¹ Auch beim Bundesverdienstkreuz gibt es Ausschlusskriterien, etwa die Verurteilung wegen eines Verbrechens, und auch Regularien, wie die Auszeichnung im Nachhinein aberkannt werden kann.⁵²

Zielführender – wenn auch etwas umständlicher – wäre es, wenn wir statt von Vorbildern viel stärker von vorbildhaften Eigenschaften und Handlungen sprechen würden oder sogar von solchen, die uns beeindrucken und Orientierung geben können. Zumindest sollte Letzteres vor Augen sein, wenn der Begriff des Vorbilds verwendet wird. Denn damit wird der Blick weg von der Gesamtbetrachtung mehr hin zu konkretem Verhalten in jeweiligen Situationen gelenkt.

Der Religionspädagoge Hans Mendl untermauert diese These mit der provokanten Aussage: „Es interessiert nicht das Lebensganze einer Person.“⁵³ Für eine anregende pädagogische Auseinandersetzung mit Vorbildern hält er es für wichtig, auf „dilemmataugliche“ Entscheidungssituationen im Leben der zu behandelnden Biografie zu blicken:

„Ein echtes Dilemma liegt dann vor, wenn bei der Wahl zwischen zwei oder mehreren Optionen je gleichgewichtige Gründe für die eine oder andere Lösung sprechen. Falsch wäre es, die Dilemmasituation so auszugestalten, dass sich von vornherein die vom Lehrer ethisch bevorzugte Position bzw. bei bekannten Helden die faktische Entscheidung aufdrängt. Im Gegenteil: Je plausibler und nachvollziehbarer die Alternativpositionen verstanden und in ihrem Eigenwert akzeptiert werden können, umso plastischer wird in einem weiteren Schritt des Vergleichs die Besonderheit der ethischen Entscheidung der zentralen Person.“⁵⁴

Eine solche Betrachtungsweise fokussiert sich auf Handlungsoptionen. Ausgangs-

punkt ist ein Fundus an Wissen, wie Menschen in bestimmten Situationen unterschiedlich agiert und reagiert haben. Manche dieser Handlungen bezeichnen wir mit heutigem Blick als besonders oder gar vorbildhaft. Dieses Repertoire an besonderen Handlungsoptionen im Hinterkopf zu haben, könnte auch im Vorfeld von heutigen Entscheidungen hilfreich sein. Dies kann freilich nicht in Form einer reinen Nachahmung geschehen. Die Beschäftigung mit besonderen Eigenschaften und Handlungen kann beim Abwägen und Bedenken unterstützen, ohne den Einzelnen die Bürde der Entscheidung abnehmen zu können. „Alternativlos“ sind Entscheidungen nie.

2.2 Merkmale besonderer Handlungen

Gemeinsinn und Eintreten für eine größere Sache

Die Frage, welche Handlungen als vorbildhaft für die Demokratie angesehen werden, hat auch etwas mit dem dahinterliegenden Menschenbild zu tun. So gibt es die Auffassung, dass Gesellschaften gedeihen, wenn Individuen das für sie Bestmögliche aus sich herausholen. Dagegen steht die Position, dass für ein gutes Zusammenleben ein erhebliches Maß an Gemeinsinn unerlässlich ist, vor allem dann, wenn der Fokus auf demokratischen Gesellschaften liegt. Lässt man den Eigeninteressen freien Lauf, besteht die Gefahr, dass eine Gesellschaft entsteht, die auf dem Recht der Stärkeren basiert und Minderheiten rücksichtslos beiseiteschiebt.

Eine vielleicht passende Beschreibung besonderer Handlungen ist, dass vorbildhafte Menschen „sich einer Sache [widmen], die größer ist als sie selbst“. ⁵⁵ Damit gerät das für das Gemeinwohl angestrebte Ziel stärker in den Fokus – und nicht nur die Frage des persönlichen Aufwands. Gerade bei Unglücksfällen fragen sich viele, wie Lebensretter bereit sein können, ihr Leben zu riskieren. Psychologische Analysen haben aber herausgefunden, dass sich im Moment der Entscheidung diese Frage für Lebensretter gar nicht stellt. Denn ihre Wahrnehmung fokussiert sich auf die größere Sache außerhalb der eigenen Person, das Leiden der Hilfsbedürftigen: „Wer in die Trümmer einer kollabierten Fabrik rennt, hört die Schreie der Verletzten, hört das Weinen des Mädchens, dessen Hand unter schweren Betonstücken eingeklemmt ist – und vergisst sich dabei selbst.“ ⁵⁶ Diese Selbstvergessenheit gilt nicht nur in diesem Beispiel einer Lebensrettung, sondern auch bei deutlich alltäglicheren Handlungen, etwa bei der Hilfe für in Deutschland ankommende Geflüchtete oder für Nachbarschaftshilfe in Zeiten der Pandemie.

Eintreten für etwas gegen Widerstände

Sicherlich gibt es viele Beispiele dafür, dass Menschen sich aufopferungsvoll für das Gemeinwohl einsetzen. Zugleich sollte davor gewarnt werden, dass „Aufopferung“ für andere zum Maßstab besonderer Handlungen gemacht und erwartet wird. Denn damit gelangt man schnell in die Nähe des „Martyrertums“ und konzentriert sich vornehmlich auf Verhalten, das letztlich dazu führte, dass die Person ihr Leben verlor. Viele Demokratinnen und Demokraten mussten einen hohen Preis für ihr Engagement zahlen: von schlechteren Lebensbedingungen und schlechteren beruflichen Entwicklungsmöglichkeiten über Haft bis hin zu Exil oder Tod. Wer sich für das Gemeinwohl einsetzt, riskiert etwas, auch wenn es nicht das eigene Leben ist: Für etwas zu kämpfen, beinhaltet immer auch die Möglichkeit zu scheitern.

Vielleicht hilft es auch hier herauszuarbeiten, dass der Maßstab der besonderen Handlung nicht nur die Größe des tatsächlichen „Opfers“ sein sollte; vielmehr eignet sich als Kriterium die Bereitschaft, für etwas gegen Widerstände einzutreten. Diese Widerstände können äußerer oder auch innerer Natur sein.⁵⁷ Weil sie ihren Fokus auf eine Sache richten, die größer ist als sie selbst, nehmen Menschen in Kauf, eigene Ressourcen wie Zeit und Aufmerksamkeit anderen zur Verfügung zu stellen. Sie tun dies selbst dann, wenn ihr Umfeld sie nicht versteht oder sie statt einer langen Sitzung viel lieber beim Grillabend mit Freunden säßen.

Am 19. März 2021 verlieh Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier das Große Verdienstkreuz mit Stern an Özlem Türeci und Uğur Şahin, die 2020 einen Impfstoff gegen das Corona-Virus entwickelt hatten. Er hob in seiner Laudatio eindringlich Risikobereitschaft und Langfristigkeit als zwei Widerstände hervor, die überwunden werden mussten: „Mit Mut und Demut, und mit einem klaren Ziel vor Augen, haben Sie beide alles auf eine Karte gesetzt, sind als Unternehmerin und Unternehmer in der Tat auch ein großes Wagnis eingegangen [...]. Das Besondere ist, dass Sie unermüdlich über eine lange Zeit selbst bereit waren, alles einzusetzen, um Ihre Vision zum Erfolg zu führen.“⁵⁸

Übererfüllung und Überwindung

Der Philosoph Dieter Thomä hat ein Plädoyer verfasst, das die Bedeutung von Individuen für die Stärkung der Demokratie betont. Dabei identifiziert er „Helden der Übererfüllung“ und „Helden der Überwindung“.

Menschen, die in ihrem Engagement und Einsatz weit über die Pflicht hinausgehen, die mehr als das Geforderte leisten, bezeichnet Thomä als „Helden der Übererfüllung“.⁵⁹ Übererfüllung meint: die bestehende und als gut empfundene Ordnung mit einem Mehr an Verhaltensweisen, die die Grundlage des Funktionierens dieser Ordnung bilden, zu festigen und zu verteidigen. Hierzu passt beispielsweise

die Forderung des ehemaligen Bundesverfassungsrichters Udo di Fabio, Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker stärker zu würdigen: „Ich möchte, dass wir sehen, wer da in Parteien arbeitet und sich engagiert, wer im Gemeinderat sitzt, nicht wegen des Geldes, und viel Zeit dafür aufwendet. Das sind auch Helden unserer Demokratie, und sie verdienen mehr Respekt.“⁶⁰

„Helden der Überwindung“ geht es dagegen nicht darum, das Gesollte zu überbieten. Sie verrücken Maßstäbe, stellen das infrage, was pflichtgemäß gilt, überschreiten den Status quo. Eine Person im Sinne des „Helden der Überwindung“ lässt sich von ihren Überzeugungen leiten. Ihr Verhalten provoziert. Sie verlässt den bestehenden Konsens und wirbt um Unterstützung für ihre neue Sache. Helden der Überwindung „fordern die Zeitgenossen heraus, ihr Selbstverständnis zu verändern. Dabei treffen sie einerseits auf solche, die ihre Grundsätze starr und hart verteidigen, andererseits auf solche, die umdenken. Die einen halten Helden der Überwindung für Verbrecher, die anderen für Wohltäter. Tatsächlich stellt sich erst im Laufe dieser großen Überwindung heraus, ob die große Sache, für die sich die Helden starkmachen, in die Irre oder ins Freie führt.“⁶¹

Diese beiden Pole der Übererfüllung und Überwindung eignen sich in besonderem Maße dafür, ein weites Spektrum an Einstellungen und Handlungen in den Blick zu nehmen, die beeindruckend und Orientierung geben können. Dabei gibt es kein „bedeutender“ oder „weniger bedeutend“. Vorbildhaftes Verhalten kann in dem Einsatz dafür bestehen, den Status quo, der als gut empfunden wird, durch große Anstrengungen zu erhalten und zu verteidigen. Vorbildhaftes Verhalten kann auch sein, Veränderungen des Status quo anzustoßen, wenn dies noch kein Common Sense ist. Beides sind Handlungsweisen, mit denen Menschen sich für das Gemeinwohl einbringen. Und beide sind wichtig.

3. VORBILDHAFTES HANDELN FÜR DEMOKRATIE

3.1 Stärkere Fokussierung auf die Funktionsweise des demokratischen Systems

In Zeiten der Corona-Pandemie seit 2020 wurde der Blickwinkel auf besonderes Verhalten nochmals in Bezug auf manche Berufs- und Engagementfelder akzentuiert. Die Tagesthemen-Serie „Held*innen des Alltags“⁶² versuchte das Spektrum noch einmal zu weiten, wie die Titel der Sendungen verdeutlichen: Labormitarbeiterin, Krankenhaus-Seelsorger, syrische Familie näht Masken für Krankenhäuser, die Physiotherapeutin, die Reinigungskraft, die Abiturientin, Betreuung von Menschen mit Beeinträchtigungen, der Lieferservice, die Alleinerziehende, die Pastorin, die Medizinstudentin, die Polizistin, Rettungssanitäter, der DHL-Fahrer, der Tafel-Mitarbeiter, die Hebamme, die Lehrerin, freiwillige Erntehelfer, der LKW-Fahrer, am Sorgentelefon, die Krankenpflegerin, Busfahrer, Drogerie-Filialleiter und Altenpfleger. Allen diesen Menschen, die in den Sendungen vorgestellt werden, ist gemein, dass sie etwas Besonderes für die Gesellschaft leisten: Sie haben Gemeinsinn und treten für eine größere Sache ein. Sie treten für etwas gegen Widerstände ein. Sie agieren nach dem Modus Übererfüllung oder Überwindung. Während diese Beispiele sich im sozialen Bereich abspielen, soll im Folgenden der Versuch unternommen werden, den Schwerpunkt stärker auf demokratisches Handeln zu legen.

Demokratie ist immer ein Prozess. So ist es wenig verwunderlich, dass sich seit der Antike die Vorstellungen von Demokratie in unterschiedlichen Zeiten und Kontexten gewandelt haben.⁶³ Im Folgenden wird mit einem Demokratiebegriff operiert, der in vielen westlichen Staaten benutzt wird. Demnach ist „Demokratie“ nach vorherrschender Einschätzung mehr als ein bloßes Institutionengefüge zur Regelung politischer Willensbildung durch Mehrheitsentscheidungen.⁶⁴ Demokratie ist nicht nur Gewährleistung von Herrschaft auf Zeit, zu ihr gehören auch Gewaltenteilung sowie Rechts- und Sozialstaatlichkeit. Demokratie lässt sich auf drei Ebenen als Herrschafts-, Gesellschafts- und Lebensform beschreiben.⁶⁵

Wichtig ist dabei die Feststellung, dass es nicht „die“ Demokratie-Theorie gibt, sondern viele Lesarten von Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland möglich und legitim sind. Die Negativdefinition ist mit der Ablehnung von Diktaturen und politischem Extremismus gegeben. Die Positivdefinition bildet die im Grundgesetz kodifizierte „freiheitlich-demokratische Grundordnung“. Das heißt, die im Grundgesetz festgeschriebenen Werte, Rechte und Pflichten bieten den Rahmen, in dem sich die Weiterentwicklung der Demokratie in Deutschland vollziehen soll. Die Stärke dieses Ansatzes ist, dass unterschiedliche Vorstellungen, wie Demokratie auf der Basis des

Grundgesetzes konkret ausgestaltet werden kann, ausdrücklich anerkannt und in ihrer Vielfalt als etwas Positives bewertet werden.

Die Bertelsmann Stiftung hat den Begriff der „vielfältigen Demokratie“ in die Diskussion eingebracht, mit dem nicht nur Entscheidungen im politischen System im engeren Sinne, sondern unterschiedliche demokratische Beteiligungs- und Gestaltungsmöglichkeiten in allen Lebensbereichen thematisiert werden:⁶⁶

- 1) Formen der repräsentativen Demokratie und ihrer Institutionen
- 2) direktdemokratische Formen
- 3) dialogorientierte, deliberative Beteiligungsformen
- 4) Proteste, Bürgerinitiativen, soziale Bewegungen
- 5) bürgerschaftliches Engagement

Diese Definitionen sollen helfen zu klären, worin ein (vorbildhafter) Einsatz für eine Demokratie nun bestehen kann. Vorbildhaftes Verhalten, wie es im Folgenden an unterschiedlichen Beispielen thematisiert werden soll, wird enger auf diese „vielfältige Demokratie“ fokussiert. Damit wird keinem Primat des „Politischen“ vor dem „Sozialen“ das Wort geredet. Vielmehr wird bewusst ein bestimmter Blickwinkel eingenommen. Dieser fokussiert auf die Funktionsweise der Demokratie und hat deshalb das Potenzial, zu tieferen Erkenntnissen in eben jenem Themenfeld zu führen. Nimmt man die Dimension Zeit in die Betrachtung hinein, muss eines klar sein: Die Beispiele vorbildhaften Verhaltens für Demokratie, die sich in der Geschichte finden lassen, werden unterschiedlich sein. Dies hängt zum einen damit zusammen, dass uns für manche Einstellungen und Handlungen einfach keine Quellen vorliegen, die darüber Auskunft geben könnten. Zum anderen sind mögliche Verhaltensweisen auch immer zeitgebunden. Manche Aktions- und Engagementformen hängen stark vom politischen und gesellschaftlichen Kontext ab; nicht in jeder Zeit und in jedem Umfeld ist jedes Handeln möglich.

3.2 Erwartungen an besonderes Verhalten für Demokratie

Die Vielfalt und Unbestimmtheit von Erwartungen, die mit dem demokratischen System verbunden sind, haben auch Auswirkungen darauf, wie in der Demokratie agierende Organisationen und Personen bewertet werden. Der Kommunikationswissenschaftler Bernhard Pörksen spitzt dies darauf zu, dass sich die Öffentlichkeit die Frage stellen müsse, welche Art von politischen Akteurinnen und Akteuren man eigentlich wolle: „Im Moment prallen aus meiner Sicht ziemlich infantile Erlösungs- und

Verehrungssehnsüchte auf eine allgemeine Lust an der Entzauberung und auf eine grell überbelichtete Welt, in der dann große und kleine Fehler blitzschnell bekannt werden [...]. Wir wollen verehren – wir wollen entzaubern. Wir wollen Aura, Charisma, Distanz – und gleichzeitig Nähe, Berührbarkeit, das Authentische. Wir wollen Kaiser und Kumpel gleichermaßen, und das widerspricht sich.“⁶⁷

Es gibt gar nicht so viele Versuche zu beschreiben, welche Verhaltensweisen in einer Demokratie überhaupt als wünschenswert angesehen werden. Die Scheu vor einer normativen Verengung und Reglementierung ist verständlich. Gleichzeitig wird politische Bildung nicht gänzlich an dieser Frage vorbeikommen. So weist etwa Erinnerungsarbeit „unübersehbar besondere Wertbezüge auf, sie besitzt implizit oder auch explizit eine normative Dimension“.⁶⁸

Einen der wenigen Versuche, einmal zu formulieren, welche konkreteren Erwartungen es an „demokratisches Verhalten“ gibt, hat 2006 die Evangelische Kirche in Deutschland unternommen und die Stellungnahme „Demokratie braucht Tugend“ veröffentlicht.⁶⁹ Darin gibt es – unter einem moraltheologischen Blickwinkel – auch ein Kapitel „Orientierungen für eine politische Tugendlehre aus christlicher Perspektive“. Skizziert werden Verhaltenserwartungen an vier Hauptgruppen von Akteuren im politischen Prozess der Demokratie: 1) Bürgerinnen und Bürger im Allgemeinen und die Wählerinnen und Wähler im Besonderen, 2) an die Politikerinnen und Politiker, 3) an Journalistinnen und Journalisten als Partner und Widerpart im politischen System, 4) an Repräsentanten partikularer Interessen im politischen Prozess.

An die Bürgerinnen und Bürger formuliert die Stellungnahme zunächst die *Akzeptanz der Verfassungsnorm* als Erwartung. Dies mag wie eine Binsenweisheit klingen, doch dass dies im Praktischen nicht immer einfach ist, verdeutlicht der Zusatz „zu ertragen [...], überstimmt zu werden und dennoch den Mehrheitsbeschluss gelten zu lassen, wiewohl Mehrheit und Wahrheit zweierlei sind“. Als weitere Erwartung wird *Verantwortung* benannt. Die sie übernehmen, werden als Menschen beschrieben, die „sich nach Kräften um die Angelegenheiten kümmern, die sie selbst und diejenigen betreffen, für die sie Verantwortung tragen“. Nach dem Subsidiaritätsprinzip sei Hilfe erst von denjenigen zu beanspruchen, die sich tatsächlich nicht selbst helfen können. Insgesamt legt die Stellungnahme ein starkes Gewicht auf die Wechselseitigkeit von Rechten und Pflichten. Zur *Gemeinwohlorientierung* gehört, „sich für die gemeinsamen Angelegenheiten [zu] interessieren, also bereit [zu] sein, sich zu informieren und zu engagieren“. *Solidarität* im Sinne des Bemühens um das Wohl anderer richtet sich nicht nur auf Mitmenschen, sondern auch gegenüber der Gesellschaft, ja gar der Weltgesellschaft. Eine weitere „demokratische Tugend“ wird als *Vertrauen der Wählerinnen und Wähler in die Gewählten*

beschrieben. Demnach gehöre zum Agieren von Bürgerinnen und Bürgern in der Demokratie auch dazu, die Politik nicht zu schnell abzuurteilen, wenn nicht alle eigenen Wünsche erfüllt werden. Schließlich wird mit dem Wahlrecht auch eine *besondere Verantwortung bei Wahlen* angemahnt.

Für Politikerinnen und Politiker stehen in der Stellungnahme Gemeinwohlorientierung und Orientierung an den Wünschen, Erwartungen, Befürchtungen und Sorgen der Wählerinnen und Wähler an erster Stelle der ausformulierten Verhaltenserwartungen. Ausdifferenziert wird dies mit einer besonderen Verantwortlichkeit. Es gilt, zwischen konkurrierenden Forderungen und Erwartungen auszugleichen und angesichts von Unvereinbarkeiten Entscheidungen zu treffen; zudem aus der Überfülle des Wünschbaren das Dringliche herauszufiltern. Zugleich sollen auch Gruppen mitbedacht werden, die zahlenmäßig bei Wahlen kein großes Stimmgewicht haben. Verantwortung besteht auch gegenüber jenen, die heute noch keine Stimme haben; eine Zukunftsdimension. Um diese Verhaltenserwartungen überhaupt überfüllen zu können, sei es – laut der Stellungnahme – wünschenswert, wenn Politikerinnen und Politiker folgende persönliche Eigenschaften hätten: Mut, Risikobereitschaft, Standfestigkeit und auch Glaubwürdigkeit.

Natürlich kann aus dem Vorgenannten kein abschließender Kriterienkatalog für wünschenswertes Verhalten in einer und für die Demokratie abgeleitet werden. Wohl aber kann dies anregen, darüber nachzudenken, welche – unterschiedlichen und vielfältigen – Verhaltensweisen in der Demokratie als Herrschafts-, Gesellschafts- und Lebensform förderlich sein können. Denn nur wer Erwartungen an einen Gegenstand formuliert, kann auch in der Gegenüberstellung ermessen, wie die tatsächlichen Erfahrungen in der Praxis sind.

Eine beispielhafte Studie in Thüringen unter Jugendlichen hat 2019 in diesem Sinne nach normativen Erwartungen an die Demokratie und Erfahrungen mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland gefragt.⁷⁰ Dafür wurden 17 Erwartungen als Parameter abgefragt. Diese werden hier in der Hierarchie aufgeführt, die sich in den Umfrageergebnissen zeigte:

- 1) wahrhaftig sein
- 2) Konsens anstreben
- 3) kompromissbereit sein
- 4) Unmöglichkeit von Konsens anerkennen
- 5) soziale Ungerechtigkeit verringern
- 6) globales Wohlergehen bevorzugen
- 7) verschiedene Meinungen unter den Bürgern

- 8) Bürgerwillen folgen
- 9) Mehrheitswillen folgen
- 10) Meinungen von Minderheiten achten
- 11) Bürger vor Selbstschädigung schützen
- 12) Selbstverantwortung der Bürger achten
- 13) Bürger an Volkswillen anpassen
- 14) standhaft bleiben
- 15) am Gemeinwohl orientieren
- 16) Einkommensunterschiede nicht verringern
- 17) unser Wohlergehen bevorzugen

Bei Betrachtung dieser Erwartungen fällt auf, dass das erwünschte Verhalten vielfältig – und durchaus auch gegensätzlich ist. So wünschen sich die Befragten auf der einen Seite Kompromissbereitschaft und erwarten auf der anderen Seite, das auch anerkannt werden muss, wenn kein Konsens möglich ist. Diese Ambivalenz muss deutlich benannt werden.

Besonderes Verhalten in und für die Demokratie ist eben immer auch situationsabhängig. Es gibt nicht „die“ Verhaltensweise als Alleinrezept, die immer und in allen Fällen greifen kann. Vielmehr gibt es ein sehr vielfältiges, breites und teils widersprüchliches Spektrum an Aktionsmöglichkeiten, die in unterschiedlichen Kontexten zu unterschiedlichen Ergebnissen führen können. Das Leben ist komplex. Dies gilt auch, wenn es um Einstellungen und Handlungen geht, die beeindrucken und Orientierung geben können.

4. ERWÜNSCHTE WIRKUNG EINER AUSEINANDERSETZUNG MIT VORBILDERN

Aus dem Vorgenannten wird deutlich, dass eine Beschäftigung mit fremden Biografien nicht auf Bewunderung oder reine Nachahmung angelegt sein sollte. Orientierung, Verpflichtung, Ansporn sind Verhaltensweisen, die oft im Zusammenhang mit Vorbildern genannt werden.⁷¹

Biografisches Lernen durch Lernen an Biografien ist eine permanente Denkbewegung von der fremden Biografie zur eigenen und umgekehrt bzw. nur reflexiv auf die eigene bezogen. Das Ziel ist, Positionierungen herauszufordern, Bedeutungszuschreibungen zu ermöglichen und Möglichkeitsräume zu eröffnen.⁷² Wichtig ist, noch einmal zu betonen, dass es hierbei nicht um die Gesamtpersönlichkeit, sondern um besondere Eigenschaften oder Handlungen geht.

4.1 Beitrag zur Entwicklung einer demokratischen Haltung

Zu Beginn wurde darauf hingewiesen, dass der Prozess der Selbstentwicklung ohne die Orientierung an anderen Menschen kaum gelingen kann. Dass dieser Entwicklungsweg – das eingangs erwähnte Zusammenbinden verschiedenster Sinnfäden zu einer bunten, locker gestrickten Identitätsdecke⁷³ – auf den Werten der Demokratie fußt, ist kein Naturgesetz, sondern Herausforderung und Aufgabe. Wer will, dass Menschen mit einer gewissen Selbstverständlichkeit in einem demokratischen Rechtsstaat agieren, sollte Bezugspunkte zwischen Werten, System und der individuellen Lebenswelt herstellen. In diesem Sinne können das Kennenlernen und die Beschäftigung von Menschen, die sich für demokratische Werte engagieren, hilfreich sein.

Politische Bildung geht in ihrem Anspruch über die individuelle „Identitätsdecke“ hinaus. Sie stellt den Bezug zwischen Individuum, Gemeinschaft und politischem System her. Demokratie wird hier als Herrschafts-, Gesellschafts- und Lebensform verstanden.⁷⁴ Ziel ist demnach die „Bildung zur demokratie-kompetenten Bürgerschaftlichkeit“. ⁷⁵ Damit wird die Vorstellung der „mündigen Bürgerin“ und des „mündigen Bürgers“ verbunden, die demokratisch eingestellt sind und danach politisch handeln.

Um den Weg in diese Richtung zu unterstützen, braucht es Impulse, die geeignet sind, Veränderungsprozesse auf den Ebenen der Einstellungen und der Handlungen anzustoßen.⁷⁶ Zu diesen möglichen Impulsen kann auch die Auseinandersetzung mit vorbildhaftem Verhalten gehören. Solche Impulse können dazu beitragen, Demokratie in ihren verschiedenen Facetten zu verstehen, zu erleben, eine Haltung zu gewinnen und danach zu handeln. Verschiedene demokratiebejahende Einstellun-

gen sollen sich zu einem größeren Ganzen bündeln, einem Bewusstsein für Demokratie. Dies kann dann als demokratische Haltung beschrieben werden. Eine solche ist mehr als eine Meinung, die man zu verschiedenen Themen hat:

„Eine Haltung liegt tiefer“, sagt der Politikjournalist Peter Lindner in einem Kommentar zur Gespaltenheit Deutschlands in der Süddeutschen Zeitung. „Sie gründiert die Persönlichkeit und ihre Sicht auf die Welt, sie spiegelt elementare Überzeugungen und verleiht Stabilität. Haltung zeigt sich vor allem dann, wenn sie sich bewähren muss, wenn sie auf Widerstand stößt. Das ist kräftezehrend, aber auch das heißt Haltung: durchhalten.“⁷⁷

Bezogen auf die Demokratie als Herrschaftsform bleibt die Beschreibung demokratischer Handlungskompetenz notgedrungen auf einem höheren Abstraktionsniveau. Jürgen Wiebecke hat aber eine wunderbar konkrete Form gefunden, die deutlich macht, dass Individuen ganz konkret auf der Ebene der Demokratie als Gesellschafts- und Lebensform zu Handelnden werden können.

Seine „Zehn Regeln für Demokratie-Retter“⁷⁸ beschreiben in liebenswerter Weise individuelle Möglichkeiten und Beiträge zur Stärkung der Demokratie in Deutschland:

1. Liebe deine Stadt!
2. Mache dir die Welt zum Dorf!
3. Bleibe gelassen im Umgang mit Demokratie-Verächtern!
4. Fürchte dich nicht vor rechten Schein-Riesen!
5. Verliere nicht den Kontakt zu Menschen, die nicht deiner Meinung sind!
6. Packe Probleme nicht in Watte!
7. Verabschiede dich von der Attitüde, eigentlich gegen diese Gesellschaft zu sein!
8. Warte nicht auf den großen Wurf!
9. Wehre dich, wenn von „den“ Politikern die Rede ist!
10. Verbinde Gelassenheit mit Leidenschaft!

4.2 Ermutigung, Ansporn und Ermächtigung

Herauszukommen aus einer Gleichgültigkeit ist eine große Aufgabe, bei der beispielhafte Biografien hilfreich sein können.⁷⁹ Joachim Gauck verwendete in seinen Reden als Vorsitzender von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. und dann als Bundespräsident oft die Begriffe *Ermutigung*, *Ansporn* und *Ermächtigung*. Diese beschreiben auch gut den Nutzen, der aus der Beschäftigung mit Vorbildern gezogen werden kann.

Gauck tritt dafür ein, auch den Teil der Geschichte nicht zu vergessen, der mit der Neugründung einer politischen Kultur der Freiheit, gelebter Verantwortung, Friedensfähigkeit und Solidarität zu tun hat. Dies versteht er ausdrücklich nicht als Paradigmenwechsel, sondern als Paradigmenergänzung in der Erinnerungspolitik.⁸⁰ „Das, was mehrfach in der Vergangenheit gelungen ist, all die Herausforderungen der Zeit anzunehmen und sie nach besten Kräften – wenn auch nicht ideal – zu lösen, das ist eine große Ermutigung auch für uns in der Zukunft.“⁸¹

Dass Ermutigung keineswegs als wohlige Selbstgefälligkeit zu verstehen ist, machte Gauck in seiner Rede zum Amtsantritt als Bundespräsident ebenfalls deutlich. Den „rechtsextremen Verächtern unserer Demokratie“ hielt er entgegen: „Euer Hass ist unser Ansporn. Wir lassen unser Land nicht im Stich. Wir schenken euch auch nicht unsere Angst. Ihr werdet Vergangenheit sein, und unsere Demokratie wird leben.“⁸² In vielen seiner Reden benannte Gauck „Vorbilder, aus denen wir Ermutigung und Ansporn ziehen können“.⁸³

Zum Bild des Ansporns passt auch das des Anstachelns. Demokratische Vorbilder können uns anstacheln, loszulegen, einfach mit dem Handeln zu beginnen. Aus dem Erspüren, dass etwas geht, kann ein Anfang erwachsen: „Aufstehen, Aufbrechen, Anzetteln.“⁸⁴ Joachim Gauck hat für diesen Prozess die Formulierung „Demokratie lernen und leben – als ständige Selbstermächtigung zur politischen Teilhabe“⁸⁵ gefunden.

In der sozialen Arbeit lautet der Fachbegriff „Empowerment“. Der Soziologe Norbert Herringer erklärt, was es dafür braucht: „Agency – die ersten, vielfach noch zögerlichen Schritte aus entmutigender Hilflosigkeit und die bestärkende Erfahrung von subjektiver Handlungsmacht – ist das notwendige Kapital, dessen Menschen mit Exklusionserfahrungen bedürfen, um auf die öffentliche Bühne politischer Selbstvertretung zu treten. Diese Erfahrungen von Selbstwirksamkeit im Kleinen schaffen Motivation und Kraft, Größeres zu bewegen.“⁸⁶

Die Auseinandersetzung mit besonderem Verhalten kann Teil dieses Verstärkungsprozesses sein. Allerdings nicht auf der Ebene konkreter Selbsterfahrung, sondern auf der von innerer Auseinandersetzung und Reflexion. Doch was Empowerment ausmacht, können verschiedene Beispiele auf unterschiedlichen Ebenen verdeutlichen: besonderes Verhalten auf der individuellen Ebene, auf der Gruppenebene, der institutionellen Ebene und der Gemeindeebene.⁸⁷ Ein geistiger Ansporn, der ermutigen kann, eine demokratische Haltung auszubilden und selbst zum handelnden Subjekt zu werden.

4.3 Verdeutlichung von Veränderungsmöglichkeiten und Handlungsoptionen durch die Beschäftigung mit Geschichte

Aus der Beschäftigung mit Geschichte kann die Einsicht hervorgehen: Es gibt Alternativen zum „Jetzt und Hier“. Dies ist eine wichtige Erkenntnis, aus der eine innere Freiheit resultieren kann. Anstelle des Fatalismus „Man kann doch nichts machen“ kann das Gefühl von Wirkungsmächtigkeit befeuert werden. Der Blick auf die Geschichte zeigt, dass Menschen ihre Lebensverhältnisse verändern und gestalten können. Dies kann ein Antrieb für Engagement sein.

Der historische Fokus auf Demokratieentwicklung verdeutlicht, dass Demokratie keine Selbstverständlichkeit ist. Demokratie ist keine lineare Erfolgsgeschichte, sondern stets Entwicklung. Veränderung ist sowohl im Negativen als auch im Positiven möglich. Dafür gibt es Beispiele aus der Geschichte wie auch aus der Gegenwart.

Die Beschäftigung mit Demokratiegeschichte kann helfen, sich aktuellen Herausforderungen bewusster zu stellen. Dabei fällt dem Stichwort Handlungsoptionen eine Schlüsselfunktion zu. Geschichte wiederholt sich nicht und eine Eins-zu-Eins-Übernahme von Vorangegangenen scheint kaum geeignet, eine Lösung für Gegenwärtiges zu sein.

Demokratiegeschichte kann aber zeigen, dass es zu verschiedenen Zeiten ganz unterschiedliche Ansätze und Optionen gab. Dies im Hinterkopf zu haben, könnte auch im Vorfeld heutiger Entscheidungen hilfreich sein. So kann Demokratiegeschichte beim Abwägen und Bedenken unterstützen, ohne den Einzelnen die Bürde der Entscheidung abzunehmen. „Alternativlos“ sind Entscheidungen, wie oben beschrieben, nie. Ob die Bereitschaft zum Kompromiss oder das klare Durchfechten der eigenen Überzeugung der jeweils zielführende Ansatz für gegenwärtige politische Fragen ist, kann nicht generell, sondern nur im Einzelfall hinterfragt werden. Auf jeden Fall muss die getroffene Entscheidung kommuniziert und begründet werden.

Viele Beispiele aus der Demokratiegeschichte zeigen das breite Spektrum von Handlungsoptionen in einer Demokratie. Dabei gibt es unter anderem solche, die etwas mit Kompromissfähigkeit und Lösungsorientierung zu tun haben. Dies kann gerade in Zeiten hilfreich sein, die zunehmend durch Unabdingbarkeit und Polarisierung gekennzeichnet sind. Heribert Prantl hat die Bedeutung des Kompromisses markant zusammengefasst: „Probleme moderner Gesellschaften löst man aber nicht mit einem Streich. Stärke in einer Demokratie sieht anders aus: Demokratie ist nicht das Zerhauen von Knoten, sondern ein mitunter sehr mühseliges Aufdröseln, ein langes, beharrliches, gemeinsames Zupfen und Ziehen. Das ist mühselig; aber am Ende sind die Schnürsenkel noch ganz – und brauchbar.“⁸⁸

Es gibt auch eine andere Seite, faszinierende Beispiele aus der Geschichte, die verdeutlichen, dass konsequentes, unbeirrbares Verhalten – auch gegen alle Widerstände – letztlich zum Erfolg führte.

Letztlich kann die Beschäftigung mit Demokratieggeschichte dabei helfen, „modellhaft Möglichkeiten und Grenzen menschlichen Handelns“ deutlich zu machen. Zahlreiche Beispiele aus der Geschichte können unterschiedliche Handlungsoptionen vor Augen führen, die je nach zeitlichem Kontext erfolgreich oder nicht erfolgreich waren. Fatalismus und „Alternativlosigkeit“ steht damit ein Spektrum an Veränderungsmöglichkeiten gegenüber. Wünschenswert ist, dass aus dieser Reflexion auch konkretes Handeln erwächst.

-
- 6 Mendl, Hans: Modelle, Vorbilder, Leitfiguren. Lernen an außergewöhnlichen Biografien (=Religionspädagogik innovativ, Bd. 8). Stuttgart 2015, S. 30.
 - 7 Ebd., S. 12.
 - 8 Ebd.
 - 9 Ulrich Bröckling im Gespräch mit Miriam Zeh: Man hüte sich vor Helden! Ulrich Bröckling: „Postheroische Helden“. In: Deutschlandfunk vom 5. März 2020, [online] https://www.deutschlandfunk.de/ulrich-broeckling-postheroische-helden-man-huete-sich-vor.700.de.html?dram:article_id=471818 [18.05.2022].
 - 10 Thomä, Dieter: Warum Demokratien Helden brauchen. Plädoyer für einen zeitgemäßen Heroismus. Berlin 2019, S. 113.
 - 11 Schmitz, Alfried: Welche Helden braucht unsere Gesellschaft? Vorbilder von gestern und heute. In: Deutschlandfunk vom 2. Juli 2015, [online] https://www.deutschlandfunk.de/vorbilder-von-gestern-und-heute-welche-helden-braucht.1148.de.html?dram:article_id=324298 [18.05.2022]; zu „Sozialistischen Helden“ vgl. Wunnicke, Ruth: Kommunistische Diktaturerfahrungen – Das unsichtbare Gepäck. Ein Aspekt der Migrationsgeschichte und seine Wirkung bis heute. Berlin 2017, S. 37–43.
 - 12 Arnd Pollmann im Gespräch mit Christiane Florin: „Wir brauchen Heldinnen – und Helden“. Ethiker über Vorbilder. In: Deutschlandfunk vom 22. Juli 2019, [online] https://www.deutschlandfunk.de/ethiker-ueber-vorbilder-wir-brauchen-heldinnen-und-helden.886.de.html?dram:article_id=454327 [18.05.2022].
 - 13 Benz, Wolfgang: Rassismus, Ausgrenzung, Gewalt. Klärungen für die soziale Arbeit, hrsg. v. AWO-Bundesverband e.V. Berlin 2018, S. 90.
 - 14 Ulrich Bröckling im Gespräch mit Miriam Zeh.
 - 15 Ebd.
 - 16 Thomä, S. 30–31.
 - 17 Ulrich Bröckling im Gespräch mit Miriam Zeh.
 - 18 Leister, Judith: Gibt es ein Comeback des Helden? Heroismus in postheroischen Zeiten. In: Deutschlandfunk vom 8. März 2020, [online] https://www.deutschlandfunk.de/heroismus-in-postheroischen-zeiten-gibt-es-ein-comeback-des.1184.de.html?dram:article_id=469568 [18.05.2022].
 - 19 Thomä, S. 16.
 - 20 Ebd., S. 25–32.
 - 21 Steinmeier, Frank-Walter: „Selbstverständlich war die Demokratie in diesem Lande nie“. Namensbeitrag in der Wochenzeitung ZEIT vom 14. März 2019. In: Ders.: „Vorkämpfer unserer Republik“. Zur Geschichte der Demokratie in Deutschland. Texte und Reden 2018/2019, S. 28, [online] https://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Downloads/DE/Publikationen/190815-Vorkaempfer-unserer-Republik.pdf;jsessionid=576CE8B0DF3CD1172838058F46B2FDE.1_cid323?__blob=publicationFile [18.05.2022].
 - 22 Ulrich Bröckling im Gespräch mit Miriam Zeh.
 - 23 Vgl. zum englischen Internetportal History's Heroes auch Riffel, Dennis: Lernen am historischen Vorbild? In: Gegen Vergessen – Für Demokratie, 90 (3/2016), S. 8–9, [online] https://www.gegen-vergessen.de/fileadmin/user_upload/Gegen_Vergessen/Mitgliederzeitschrift/GVFD-Magazin_90_download.pdf [18.05.2022].
 - 24 Vgl. Abfrage beim Portal „Statista“, [online] <https://de.statista.com/> [18.05.2022].
 - 25 Vgl. Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest, KIM-Studie 2020. Kindheit, Internet, Medien. Basisuntersuchung zum Medienumgang 6-13-Jähriger, S. 27, [online] https://www.mfps.de/fileadmin/files/Studien/KIM/2020/KIM-Studie2020_WEB_final.pdf; auch unter [online] <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/29998/umfrage/bereiche-aus-denen-vorbilder-und-idole-fuer-kinder-stammen> [18.05.2022].
 - 26 Vgl. Austrian Millennial Report 2018, S. 65, [online] <http://www.marketagent.com/webfiles/MarketagentCustomer/pdf/f0838967-cc1b-41b9-b6a9-c62cbfb87b76.pdf>; auch unter [online] <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/921118/umfrage/umfrage-zu-vorbildern-in-oesterreich/> [18.05.2022].
 - 27 Mendl, S. 30.
 - 28 Ebd., S. 46.
 - 29 Ebd., S. 66.
 - 30 Ebd., S. 69.
 - 31 Ebd., S. 71.
 - 32 Ebd., S. 81–82.
 - 33 Ebd., S. 78.
 - 34 Ebd., S. 47.

- 35 Vgl. What is a Rolemodel, [online] <https://www.rolemodeluniversity.com/what-is-a-rolemodel/> [18.05.2022].
- 36 Price-Mitchell, Marilyn: What is a Role Model? Five Qualities that Matter to Youth, [online] <https://www.rootsofaction.com/role-model/> [18.05.2022], zitiert nach: Battistini, Martina: Ganz normale Exotinnen. In: Sandra Augustin-Dittmann/Helga Gotzmann (Hrsg.): MINT gewinnt Schülerinnen. Erfolgsfaktoren von Schülerinnen-Projekten in MINT. Wiesbaden 2015, S. 93–111, hier S. 98.
- 37 50 deutsche Vorbilder. Menschen, die uns heute fehlen. Frankfurt am Main 2010, S. 7–8.
- 38 Prantl, Heribert: Außer man tut es. Politische Porträts der Zeitgeschichte. München 2019, S. 11.
- 39 Mendl, S. 93; Thomä, S. 166.
- 40 Von „auf einen Blick“ für Menschen, die Großes leisten, [online] <https://www.helden-des-alltags.de/ueber-die-aktion/> [13.05.2022].
- 41 Vgl. GEOLino-UNICEF-Kinderwertemonitor 2014, S. 15, [online] <https://www.unicef.de/blob/56990/a121cfd7c7acbd2f4b97cbcdf0cc716/geolino-unicef-kinderwertemonitor-2014-data.pdf>; auch unter [online] <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/324254/umfrage/umfrage-unter-kindern-in-deutschland-zu-den-besten-vermittlern-von-werten/> [13.05.2022].
- 42 Vgl. Umfrage in Deutschland zum Vorbild in der Kindheit oder Jugend 2013, [online] <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/291318/umfrage/umfrage-in-deutschland-zum-vorbild-in-der-kindheit-oder-jugend/> [13.05.2022].
- 43 Mendl, S. 33.
- 44 Ebd., S. 44.
- 45 Ebd., S. 93.
- 46 Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland, hrsg. v. Bundespräsidialamt. Berlin 2017, S. 4, [online] http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Downloads/DE/verdienstorden.pdf?__blob=publicationFile [18.05.2022].
- 47 Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland, S. 13, 21; Statistik der Ordensverleihungen, [online] https://www.bundespraesident.de/DE/Amt-und-Aufgaben/Orden-und-Ehrungen/Verdienstorden/Statistik/statistik-der-ordensverleihungen-node.html;jsessionid=0DE15B700FA67DDC05AAB0BFAD8D293E.1_cid362 [18.05.2022].
- 48 Ausführungsbestimmungen zum Statut des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland vom 5. September 1983. In: Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland, S. 21.
- 49 Bierling, Stephan: Nelson Mandela. Rebell, Häftling, Präsident. München 2018, S. 14.
- 50 Schwikowski, Martina: Ein Held, kein Heiliger. Nachruf auf Nelson Mandela. In: taz vom 6. Dezember 2013, [online] <https://taz.de/Nachruf-auf-Nelson-Mandela/15053238/> [18.05.2022].
- 51 Vgl. Mendl, S. 118.
- 52 Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland, S. 14, 22; Statistik der Ordensverleihungen.
- 53 Mendl, S. 88.
- 54 Mendl, S. 88.
- 55 Thomä, S. 27–28.
- 56 Herrmann, Sebastian: Die Bescheidenheit der Retter. In: Süddeutsche Zeitung vom 24. Februar 2020, [online] <https://www.sueddeutsche.de/wissen/psychologie-helden-bescheiden-1.4816364> [18.05.2022].
- 57 Vgl. Thomä, S. 76–77.
- 58 Verleihung des Großen Verdienstkreuzes mit Stern des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland an Özlem TÜreci und Uğur Şahin am 19. März 2021, [online] <https://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Frank-Walter-Steinmeier/Reden/2021/03/210319-OV-Tuereci-Sahin.html> [18.05.2022].
- 59 Vgl. Thomä, S. 152.
- 60 Treusch, Wolf-Sören: Ein Dokument der Freiheit. 70 Jahre Grundgesetz. In: Deutschlandfunk Kultur vom 20. Mai 2019, [online] https://www.deutschlandfunkkultur.de/70-jahre-grundgesetz-ein-dokument-der-freiheit.976.de.html?dram:article_id=449203 [18.05.2022].
- 61 Vgl. Thomä, S. 142–143.
- 62 Die Clips sind nicht mehr in der ARD-Mediathek abrufbar, jedoch unter YouTube zu finden: Corona: Held*innen des Alltags. tagesthemen-Serie, [online] www.youtube.com/playlist?list=PLkKDSXRppVa7lQb_j3BGduXB9wp_-oel9o [18.05.2022].
- 63 Vgl. dazu auch Massing, Peter; Breit, Gottfried; Buchstein, Hubertus (Hrsg.): Demokratietheorien. Von der Antike bis zur Gegenwart. Texte und Interpretationshilfen, 9. Auflage. Schwalbach im Taunus 2017.

- 64 Vgl. Faulenbach, Bernd: Volk und Demokratie. Zu einer irritierenden Diskussion. In: Ders.: Warum wir uns erinnern wollen. Essays und Analysen (2003–2021). Berlin 2021, S. 145–148, hier S. 146.
- 65 Vgl. Himmelmann, Gerhard: Demokratie Lernen als Lebens-, Gesellschafts- und Herrschaftsform. Ein Lehr- und Arbeitsbuch, 4. Auflage. Schwalbach im Taunus 2016.
- 66 Vgl. dazu auch Roth, Roland: Gesellschaftliche Mitgestaltung durch demokratisches Engagement. In: Steve Kerner; Dirk Lange (Hrsg.): Citizenship Education. Konzepte, Anregungen und Ideen zur Demokratiebildung. Frankfurt am Main 2018, S. 229–243, hier S. 230–233.
- 67 Bernhard Pörksen im Gespräch mit Kirsten Lemke: „Wir wollen Kaiser und Kumpel gleichermaßen.“ Erwartungen an Politiker. In: Deutschlandfunk vom 13. Januar 2019, [online] https://www.deutschlandfunkkultur.de/erwartungen-an-politiker-wir-wollen-kaiser-und-kumpel.1008.de.html?dram:article_id=438196 [18.05.2022].
- 68 Faulenbach, Bernd: Zur Konzeption, praktischen Ansätzen und neuen Herausforderungen demokratiegeschichtlicher Erinnerungsarbeit. In: Lars Lüdicke (Hrsg.): Deutsche Demokratiegeschichte II. Eine Aufgabe der Vermittlungsarbeit. Berlin 2022, S. 15–29, hier S. 17.
- 69 Demokratie braucht Tugenden. Gemeinsames Wort des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Deutschen Bischofskonferenz zur Zukunft unseres demokratischen Gemeinwesens. Gemeinsame Texte Nr. 19, November 2006, [online] https://www.ekd.de/ekd_de/ds_doc/GT_19___Druckfassung_061108.pdf [18.05.2022].
- 70 Brodacz, André; Mehlkop, Guido; Vermaßen, Hannah: Demokratievorstellungen und Parteienverdrossenheit unter Jugendlichen in Thüringen. Eine Studie im Auftrag des Landesjugendring Thüringen e. V., S. 41, [online] https://jrt.de/downloads/Publikationen/Studie-demokratie_jugend_2019_Bericht.pdf [11.06.2020].
- 71 Mendl, S. 41.
- 72 Ebd., S. 83.
- 73 Ebd., S. 12.
- 74 Vgl. Himmelmann.
- 75 Ebd., S. 268.
- 76 Ebd.
- 77 Lindner, Peter: Kommentar „Haltung, bitte!“ In: Süddeutsche Zeitung vom 24. Juli 2018, [online] <https://www.sueddeutsche.de/politik/demokratie-kommentar-1.4067244> [18.05.2022].
- 78 Wiebecke, Jürgen: Zehn Regeln für Demokratie-Retter. Köln 2017.
- 79 Mendl, S. 99.
- 80 Vgl. dazu auch Parak, Michael: Einführung. Demokratiegeschichte in bewegten Zeiten In: Ders., Ruth Wunnicke (Hrsg.): Vereinnahmung von Demokratiegeschichte durch Rechtspopulismus. Berlin 2019, S. 6–17, hier S. 6–7.
- 81 Gauck, Joachim: Unsere Demokratie wird leben. Rede nach der Vereidigung zum Bundespräsidenten vom 23. März 2012. In: Ders.: Reden und Interviews, Bd. 1: 18. März – 17. Januar 2013, S. 21–34, hier S. 25.
- 82 Ebd., S. 30.
- 83 Gauck, Joachim: Bürger und Politik sind nichts Getrenntes in unserer Demokratie. Antrittsbesuch in Baden-Württemberg vom 19. April 2012. In: Ders.: Reden und Interviews, Bd. 1: 18. März – 17. Januar 2013, S. 35–49, hier S. 43.
- 84 Thomä, S. 177.
- 85 Bundespräsident Joachim Gauck zum Ende der Amtszeit zu der Frage „Wie soll es aussehen, unser Land?“ aus der Antrittsrede vom 23. März 2012 am 18. Januar 2017 in Schloss Bellevue, [online] https://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Downloads/DE/Reden/2017/01/170118-Amtszeitende-Rede.pdf;jsessionid=859E840EABDD94B00FD0FD2CF0A4DBCF.1_cid333?__blob=publicationFile [18.05.2022].
- 86 Herriger, Norbert: Empowerment in der sozialen Arbeit. Eine Einführung, 6. Auflage. Stuttgart 2020, S. 87.
- 87 Ebd., S. 91–92.
- 88 Prantl, Heribert: Ein Hoch auf den Kompromiss. In: Süddeutsche Zeitung vom 3. April 2016, [online] <http://www.sueddeutsche.de/politik/essay-ein-hoch-auf-den-kompromiss-1.2927339> [18.05.2022].

**TEIL II:
BEISPIELHAFTE
HANDLUNGEN AUS DER
DEMOKRATIEGESCHICHTE**

ULLI ENGST

1. DEMOKRATIE ERKÄMPFEN

Die Demokratie als Staats- und Gesellschaftsform mit all ihren Freiheiten und Grundrechten ist weder selbstverständlich noch ein Naturgesetz. Sie muss aktiv von Menschen erkämpft werden, die sich in einem undemokratischen System gegen eben jenes auflehnen. Das Verständnis, welche Werte und Normen als demokratisch angesehen werden, verändert sich im Laufe der Zeit. So wirken manche demokratischen Errungenschaften der Geschichte aus heutiger Sicht veraltet oder nicht demokratisch genug. Wichtig ist deshalb, dass die jeweiligen Persönlichkeiten und Handlungen im historischen Kontext ihrer Zeit betrachtet werden.

Der Kampf für Demokratie gestaltete sich in verschiedenen Epochen der deutschen Geschichte unterschiedlich. Für eine tiefere Betrachtung bietet sich besonders an:

- 1789–1871 Staaten des Heiligen Römischen Reiches und des Deutschen Bundes
- 1871–1918 Deutsches Kaiserreich
- 1933–1945 NS-Regime
- 1945–1949 Sowjetische Besatzungszone
- 1949–1990 Deutsche Demokratische Republik

Bezüge gibt es aber auch über in Deutschland lebende Menschen mit Migrationsgeschichte. Ihre Eltern oder sie selbst haben zum Teil Erfahrungen in Ländern gemacht, die nicht demokratisch verfasst sind. Auch ihre Verbindungen und Erinnerungen zum Kampf für Demokratie sind Teil der deutschen Gesellschaft und Geschichte.

Kämpfen beinhaltet immer auch die Möglichkeit zu scheitern. Viele Demokrat:innen mussten einen hohen Preis für ihr Engagement zahlen: von schlechteren Lebensbedingungen und schlechteren beruflichen Entwicklungsmöglichkeiten über Haft bis zu Exil oder Tod.

Der Einsatz für Demokratie in einer Autokratie und Diktatur birgt viele Gefahren, ist er doch ein Kampf gegen das System. Umgangssprachlich reden wir auch in der gegenwärtigen Bundesrepublik oft vom Kampf für die Demokratie. Doch dieses – wenn auch anstrengende – Engagement ist eines innerhalb eines demokratischen Verfassungsstaates, also mit anderen Rahmenbedingungen und weniger dramatischen persönlichen Konsequenzen. Deshalb fällt derartige Engagement in dieser Definition nicht unter „Demokratie erkämpfen“, sondern wird im Kapitel „Demokratie gestalten, leben und weiterentwickeln“ behandelt.

Zur heutigen Demokratie gehört es auch, an jene zu erinnern, die diese erkämpft haben. Nicht alle Versuche waren erfolgreich. Sie zeigen aber, dass Menschen etwas zum Guten hin verändern können.

1.1 Im Parlament nach Kompromissen streben – Robert Blum und die Frankfurter Nationalversammlung (Ulli Engst)

1. Die besondere Handlung

Auf dem Paulsplatz in Frankfurt versammelt sich im September 1848 eine aufgebrachte Menge demokratisch gesinnter Bürger:innen. Ihre Wut richtet sich gegen die preußischen Soldaten, die um die Paulskirche herum Stellung bezogen haben. Die Aufgabe der Militärs ist es, die Angehörigen der Nationalversammlung, die in dem Gebäude tagt, vor den Protestierenden draußen zu schützen. Denn eigentlich sind es genau diese Abgeordneten und ihre Zustimmung zu einem Waffestillstand, auf die die Menschenmenge wütend ist. Bald schon errichten die Protestierenden in den Straßen Barrikaden und bewaffnen sich. Sie machen sich bereit für eine zweite Revolution, nachdem die erste im März nicht die erwünschten Ergebnisse gebracht hat. So stehen am 18. September 1848 in Frankfurt 500 wutentbrannte Aufständische mehreren Tausend ausgebildeten Soldaten gegenüber.

Die Abgeordneten in der Paulskirche werden zunehmend unruhig. Die wütenden Massen vor der Tür, deren Vertreter sie ja eigentlich sind, sind ihnen überhaupt nicht mehr geheuer. Robert Blum, der wohl bekannteste und beim Volk beliebteste Abgeordnete, ergreift die Initiative. Er bittet darum, mit den Aufständischen verhandeln zu dürfen, bevor ein Feuerbefehl an die preußischen Soldaten geht. Begleitet von anderen Abgeordneten der Linken, verlässt Blum das Parlament und eilt zu den Barrikaden. Er versucht, die aufgebrachten Bürger:innen zu beruhigen und davon zu überzeugen, dass Gewalt nicht der richtige Weg sei. Blum bittet, fleht die wütende Menge sogar an, die Barrikaden wieder abzubauen.

Der linke Abgeordnete findet sich dabei in einer paradoxen Situation wieder. Eigentlich gilt er als Mann des Volkes, der selbst in Armut aufgewachsen ist und deshalb die Probleme und Nöte der einfachen Leute kennt. Zudem stimmt er den Forderungen der Aufständischen eigentlich zu. Noch vor wenigen Tagen hat er sich im Parlament gegen den umstrittenen Waffenstillstand ausgesprochen, hat die Abgeordneten ermahnt, dem Willen des Volkes zu folgen. Und jetzt steht Blum denjenigen gegenüber, als deren Repräsentant und Verbündeter er sich versteht, und versucht sie davon abzuhalten, ihre Forderungen mit allen Mitteln durchzusetzen.

Auch in den Augen der Aufständischen steht nicht der Robert Blum vor ihnen, den sie die vergangenen Monate so sehr verehrt haben. Sie nehmen ihn nicht mehr ernst, verhöhnen ihn und die anderen „hohen Herren“ in der Paulskirche. Ihrer Meinung nach sind diese sich schlicht zu schade, selbst mit der Waffe in der Hand auf den Barrikaden für die Freiheit aller zu kämpfen. Doch Blum bleibt hartnäckig,

trotz des Spotts und der Ablehnung, die ihm in diesem Moment entgegengebrüllt werden. Er deutet auf die Paulskirche und versucht der aufgebrachten Menge klarzumachen, dass nur der Weg durchs Parlament der richtige ist. Dort wird um Kompromisse gerungen, um einen Ausgleich, mit dem am Ende alle leben können. Nur von der Mehrheit getroffene Beschlüsse sind für ihn legitim und haben Bestand.

Wilder Aktionismus ist nie Blums Sache gewesen, schon Demonstrationen sind ihm ein Stück weit suspekt. Deshalb setzt er auch heute bis zuletzt auf Vermittlung, sucht verzweifelt nach irgendeiner Art von Kompromiss. Er warnt die Aufständischen vor unüberlegtem Handeln, weist sie auf die militärische Übermacht der preußischen Soldaten hin, denen sie sich im Falle eines Kampfes gegenübersehen. Ebenso warnt er die Autoritäten vor einem Einsatz ebenjener Soldaten gegen die protestierenden Bürger:innen. Der Schaden für das Ansehen des Parlaments würde sich wohl kaum wiedergutmachen lassen. Wer würde der Frankfurter Nationalversammlung denn dann noch vertrauen? Alle bisherigen Errungenschaften des Revolutionsjahrs 1848 stehen an diesem Septembertag in Frankfurt auf dem Spiel.

2. Der historische Kontext

Als im Februar 1848 aus Frankreich die Nachricht einer erfolgreichen Revolution eintrifft, begehren auch in den deutschen Ländern zahlreiche Untertanen gegen ihre Fürsten auf, fordern mehr Rechte und Freiheiten. Zunächst finden die Forderungen, Demonstrationen und teilweise auch Aufstände auf lokaler Ebene statt. Die deutsche Revolution entbrennt an vielen Stellen fast zeitgleich.

Doch bald nationalisiert sich die Bewegung. So versammeln sich Vertreter aus fast allen deutschen Ländern in Frankfurt am Main, um in der Paulskirche als sogenanntes Vorparlament über demokratische Wahlen zu debattieren. Robert Blum ist einer von ihnen. Als Vertreter Zwickaus reist er Ende März nach Frankfurt. Die ganze Stadt erstrahlt in Schwarz-Rot-Gold. Jahrhundertlang sind hier die Kaiser des Heiligen Römischen Reichs gekrönt worden, seit 1815 tagt am Main die Bundesversammlung. Und nun soll das Vorparlament hier die Gründung eines deutschen Nationalstaats vorbereiten.

Blum ist grundsätzlich zwar radikal in seinen Forderungen: Er will eine parlamentarische Republik und ist Demokrat durch und durch. Seine zentralen Ziele sind Freiheit, Fortschritt und Gerechtigkeit, alles unter dem Dach der deutschen Einheit. Doch er sucht auch immer den Ausgleich mit den Vertretern der gemäßigeren Liberalen, da auch er die Revolution mit Recht und Gesetz in geordnete Bahnen lenken möchte. Anders als die Radikaldemokraten, die den Fürsten die Macht

gewaltsam entreißen möchten. Als sie das Parlament schließlich entrüstet verlassen, um die Revolution im Kampf fortzuführen, ist Blum entgeistert.

Das hartnäckige Festhalten der Radikalen an der eigenen Position bringt in Blums Augen weder die Revolution voran, noch liefert es irgendeinen Beitrag zur Schaffung der deutschen Einheit. Dies kann nur gelingen, wenn man sich auch die Argumente des politischen Gegners anhört. Nicht nur zwischen den Fraktionen innerhalb des Parlaments, sondern auch zwischen Parlament und Bürger:innen tritt Blum als Vermittler auf. Er erkennt schnell, dass eine zu weite Kluft zwischen Volk und Volksvertretung nichts Gutes bedeuten würde.

Am 18. Mai 1848 kommt erstmals die aus einer deutschlandweiten Wahl hervorgegangene Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche zusammen. Das erste freigewählte deutsche Parlament wird eröffnet. Der Innensaal der Paulskirche ist wieder in den künftigen Nationalfarben geschmückt, ein großes Gemälde der Germania mit schwarz-rot-goldener Fahne hängt hoch über dem Rednerpult. Auch Blum zieht als Abgeordneter ins neue Parlament ein. Im Laufe der nächsten Wochen wird er zum populärsten Politiker der Revolution.

Schnell entwickelt sich in der Paulskirche ein kompliziertes System aus Fraktionen und Gruppierungen. Die meisten Abgeordneten sind liberal-konservativ. Sie möchten sich mit Blick auf einen künftigen deutschen Nationalstaat mit den Fürsten einigen. Blum und seine Mitstreiter, die eine parlamentarische Demokratie wollen, sehen sich zunehmend in der Minderheit. Zusätzlich kommt es immer wieder zu Abspaltungen und zur Bildung neuer Fraktionen. So schwächen sich die Demokraten mit der Zeit immer mehr. Einen linken Antrag nach dem nächsten schmettern die Liberalen ab.

Der parlamentarische Alltag setzt Blum zu und die Mühe und Energie, die er investiert und die zwar von anderen bemerkt und gelobt wird, kommt mehr und mehr an ihre Grenzen. Auch die Bürger:innen werden zusehends ungeduldig. Sie erwarten endlich Ergebnisse von ihrem Parlament, das die Nationalbewegung bisher scheinbar nur durch ewige Debatten ausbremst.

In dieser ohnehin angespannten Situation kommt es zur entscheidenden Krise: Im Sommer 1848 gliedert Dänemark Schleswig in sein Königreich ein. Die Deutschen verstehen Schleswig-Holstein aber als unteilbar und außerdem zum künftigen deutschen Nationalstaat gehörend. Um diesen Anspruch zu unterstreichen, marschieren preußische Truppen in Schleswig ein. Doch als die anderen europäischen Großmächte unruhig werden, schließt Preußen auf deren Druck hin einen Waffenstillstand mit Dänemark, ohne das Parlament in Frankfurt einzubeziehen.

Nach heftigen Debatten billigt die Paulskirche den Waffenstillstand mit Dänemark. Blum und die Linke stimmen entschieden dagegen, da er für sie ein von den reaktionären Mächten verhandelter Vertrag ist. Denn in dieser Sache geht es um nichts

weniger als die Zukunft des geplanten deutschen Nationalstaates und Preußens Rolle darin. Wird Preußen deutsch oder Deutschland preußisch? Die Entscheidung der Paulskirchenabgeordneten, dem Waffenstillstand zuzustimmen, macht die Machtverhältnisse nun unmissverständlich deutlich: Das Parlament hat seine Unabhängigkeit und sein Ansehen verspielt.

Auf der Straße bricht sich der Volkszorn daraufhin Bahn. Es kommt zu Unruhen, aufgebrachte Frankfurter Bürger:innen verwüsten ein Versammlungslokal und misshandeln einen Abgeordneten. Sie fühlen sich nicht mehr von ihrem Parlament vertreten, sehen es als Handlanger der reaktionären alten Mächte. Immer mehr Mitglieder und Anhänger:innen verschiedener demokratischer Vereine versammeln sich in den Straßen Frankfurts. Sie fordern die Linke dazu auf, das Paulskirchenparlament zu verlassen und als wahre Stimme der Revolution zu handeln.

Gleichzeitig treffen sich eben jene linken Abgeordneten, um zu beraten, wie mit den Forderungen der Straße umgegangen werden soll. Am Ende setzen sich die Moderateren durch, an ihrer Spitze: Robert Blum. Geleitet von Pragmatismus und Vernunft bleiben sie Teil des Parlaments, um auf diesem Wege die Revolution doch noch in die richtige Richtung zu lenken.

Dies gefällt den aufgebrachten Menschen auf der Straße überhaupt nicht. Die Lage spitzt sich zu, woraufhin die Stadt Frankfurt preußische und österreichische Bundestruppen anfordert, um drohende Aufstände niederschlagen zu können. Die Soldaten positionieren sich auch um die Paulskirche herum, zum Schutz der Abgeordneten, wie es heißt. Die Linken reichen sofort Anträge ein, die Soldaten abzuziehen. Dies wird aber nicht einmal im Parlament verhandelt.

In eben dieser Situation versucht Robert Blum beide Seiten zu beruhigen. Doch weder sein Rednertalent noch seine Beliebtheit beim Volk reichen an diesem 18. September 1848 aus, um die angespannte Lage zu entschärfen. Letztlich kann er die enttäuschten und wütenden Menschen nicht davon überzeugen, die Barrikaden abzubauen.

Wie befürchtet, kommt es zu blutigen Kämpfen. Am Ende des Tages liegen 30 Aufständische tot in den Straßen Frankfurts, über 100 sind verletzt. Die Bundestruppen erleiden etwa doppelt so hohe Verluste. Nach mehrstündigem Kampf gelingt es dem Militär aber trotzdem, alle Barrikaden zu räumen und die gesamte Stadt zu besetzen. In einem Brief an einen Freund schreibt Blum: „Dieser unsinnigste und fluchwürdigste aller Straßenkämpfe hat uns fast ebensoviel geschadet, als die Februar- und Märzrevolution genützt.“

3. Orientierung für heute

Robert Blum steht im Laufe seiner politischen Karriere bis September 1848 für vielerlei Kompromisse: zwischen Straße und Parlament, zwischen Radikalität und Respekt vor dem Gesetz, zwischen verschiedenen Fraktionen im Paulskirchenparlament. Einen Ausgleich zwischen verschiedenen politischen Meinungen zu finden, ist in einer Demokratie die Regel, da sich in den seltensten Fällen eine absolute Mehrheit hinter einer ganz bestimmten Meinung versammelt. Derartige Kompromisse zu finden, ist aber häufig langwierig und kräftezehrend.

Dennoch entscheidet sich Blum für diesen Weg. Er bezeichnet sich selbst einmal als Sisyphus, dem die Arbeit nie ausgeht und der auch nicht einfach aufhören kann, dieser Aufgabe zu folgen. Sich im Gespräch die Argumente der Gegenseite anzuhören und mit Worten für die eigene Meinung zu werben, ist anstrengend. Einen anderen, möglicherweise weniger zeitaufwändigen Pfad einzuschlagen, kann da bisweilen sehr verlockend sein.

Doch Blum gibt sich dieser Verlockung in Frankfurt nicht hin. Selbst in einer Situation, in der sich Feinde bereits über die Läufe ihrer Gewehre hinweg wütend anstarrten und beide Seiten bereit sind, der Gewalt freien Lauf zu lassen, bleibt er dem Parlamentarismus und der friedlichen Debatte treu.

Robert Blum (1807 – 1848) wächst in ärmlichen Verhältnissen in Köln auf. Obwohl ihm der Zugang zum klassischen Bildungsweg verwehrt bleibt, eignet er sich autodidaktisch breites Allgemeinwissen an. Nach einer Handwerker Ausbildung ist er ab 1830 als Schriftsteller und Theatersekretär tätig, zunächst in Köln, dann in Leipzig. Blum verfasst Gedichte und Theaterstücke, entdeckt zunehmend seine Leidenschaft für Politik. Er fängt an, die aktuellen Verhältnisse zu kritisieren und Reformen zu fordern, etwa in den von ihm herausgegebenen Sächsischen Vaterlandsblättern. Es dauert nicht lange, bis er wegen seiner Publikationen staatlich überwacht wird und 1844 für zwei Monate ins Gefängnis muss. Deutschlandweit bekannt wird Blum im August 1845 während des sogenannten Leipziger Gemetzels, wo er sich erstmals als redgewandter Volkstribun hervorut und die ehrenvolle Bestattung getöteter Aufständischer fordert. Als 1848 die Revolution ausbricht, beginnt für Blum die entscheidende Phase seines Lebens.

1.2 Gegen gewaltsame Unterdrückung kämpfen – Robert Blum und der Widerstand auf den Barrikaden (Ulli Engst)

1. Die besondere Handlung

Ende Oktober 1848 ist der revolutionäre Kampf um Wien in vollem Gang. Grolender Kanonendonner hallt durch die Straßen und Gassen der österreichischen Hauptstadt. Aufständische Bürger:innen errichten Barrikaden und reparieren bereits zerstörte Straßensperren, um den Vormarsch der habsburgischen Soldaten auf das Stadtzentrum aufzuhalten. Denn bisher wird vor allem in den Vorstädten der Metropole gekämpft. Immer wieder sind Gewehrsalven zu hören, gefolgt von den Schreien der Getroffenen, während in der Ferne die Glocken des Stephansdoms läuten. Hinter den Barrikaden eilen Aufständische zu ihren Positionen, bringen Munition herbei oder übermitteln Befehle und Informationen.

Auch die Sophienbrücke im Osten der Stadt ist heftig umkämpft. Einer der Aufständischen, die den Auftrag erhalten haben, diese Position zu verteidigen, ist Robert Blum, Abgeordneter der Frankfurter Paulskirche und mittlerweile in ganz Deutschland bekannt. Trotz mangelnder militärischer Erfahrung haben ihm seine Vorgesetzten ein Kommando übertragen und ihm die Anweisung erteilt, die Sophienbrücke zu verteidigen. Der Übergang über den Donaukanal ist zweifach mit Barrikaden blockiert, gegen die immer wieder habsburgische Soldaten vergeblich anstürmen.

Einen breitkrepigen Kalabreser mit großer Feder auf dem Kopf und ein ihm vor Kurzem verliehenes Schwert an der Seite, befindet sich Blum mitten im Kampfgetümmel. Er erklimmt immer wieder die Barrikaden und ruft den ihm unterstellten Kämpfern motivierende Worte zu. Er schwört sie immer wieder aufs Neue darauf ein, durchzuhalten und nicht aufzugeben. Sein eigenes Leben scheint ihm dabei nicht sehr wichtig zu sein: Ein Streifschuss verfehlt knapp sein Herz, beschädigt am Ende aber nur seinen Rock.

Seit nunmehr 36 Stunden halten die Verteidiger unter Blums Kommando schon den Angriffen der Habsburger stand. Blum schafft es, die Sophienbrücke zu halten – trotz heftigen feindlichen Beschusses aus einer Mühle am anderen Ufer. Er plant sogar einen Gegenangriff, um die Feinde zurückzudrängen und Zeit zu gewinnen. Doch seine Vorgesetzten untersagen ihm dies, weil ihnen das Risiko zu groß ist.

Möglicherweise hätten die Verteidiger der Sophienbrücke mit Blums Strategie noch länger durchgehalten, doch nach fast zwei Tagen des Kämpfens und einer wachsenden feindlichen Übermacht ist ihre Lage aussichtslos. Am 27. Oktober bleibt den Verteidigern um Blum nichts anderes übrig, als die Brücke in Brand zu

setzen und so den Durchbruch des Feindes zu verhindern. Doch der Kampf um Wien ist noch nicht vorbei. Blum und seine Truppe werden sofort an die Nußdorfer Linie im Norden verlegt, um sich dort den Habsburgern entgegenzustellen.

2. Der historische Kontext

Robert Blum zieht nach den verheerenden Ereignissen in Frankfurt im September seine bisherige Haltung immer mehr in Zweifel. Genau das, was er eigentlich verhindern wollte, ist eingetroffen: Moderate Demokrat:innen kooperieren mit den alten Mächten und Soldaten schießen radikale Republikaner:innen in den Straßen zusammen. Hierbei führen extreme Selbstzweifel und allgemeine Verzweiflung über den Verlauf der Revolution bei Blum zu einem Gefühl der Lähmung und Resignation. Die hehren Ziele der Aufstände im März scheinen weiter entfernt zu sein als je zuvor.

Doch dann flammt in Wien im Oktober die Revolution erneut auf – zum vierten Mal in der österreichischen Hauptstadt in diesem Jahr. Die Wiener:innen erheben sich gegen die habsburgische Herrschaft, um diese von der Niederschlagung der ungarischen Freiheitsbewegung abzuhalten. Bald schon laufen Teile der Nationalgarde zu den Aufständischen über, die Habsburger fliehen daraufhin überstürzt aus Wien. Republikaner:innen in ganz Deutschland sind begeistert, Erinnerungen an die jetzt schon legendär gewordenen Märzereignisse werden wach.

Blum fährt als einer von mehreren euphorischen Abgesandten nach Wien, um den Aufständischen eine Solidaritätsadresse der Linken zu überreichen. Er ist davon überzeugt, dass die Revolution doch noch in ganz Deutschland siegen wird, wenn sie in Wien erfolgreich ist. Hier soll sich also entscheiden, ob all die Mühen, all die Arbeit der vergangenen Monate am Ende doch von Erfolg gekrönt sein werden.

Am 17. Oktober 1848 trifft Blum in Wien ein. Die Stadt ist bereits im Kriegszustand, überall stehen Barrikaden oder werden gerade errichtet. Die Aufständischen begrüßen die Abgesandten aus Frankfurt begeistert und lauschen den Reden Blums, in denen er den Wiener:innen nicht nur für ihren Mut dankt, sondern sie auch an ihre Verantwortung gegenüber der gesamten deutschen Revolution erinnert.

Der Demokrat blüht in diesen Tagen regelrecht auf, befreit von den Zwängen des Frankfurter Parlamentsalltags. In einem Brief an gleichgesinnte Abgeordnete in der Paulskirche schreibt Blum: „Wien bietet ein wahrhaft bezauberndes Bild dar. Die kriegerische Haltung, der Mut, die Entschlossenheit, die Bereitwilligkeit, alles, alles zu opfern, gepaart mit dem ungetrübten großstädtischen Leben und der sprichwörtlich gewordenen Gemütlichkeit, haben etwas Märchenhaftes.“ Nicht einmal die militärische Lage kann seinen positiven Eindruck von der österreichischen Hauptstadt trüben. Denn gleichzeitig umschließt das reaktionäre Kaiserreich

das republikanische Wien mit Truppen und wartet nur darauf, sich seine Kapitale zurückzuholen.

Die habsburgischen Truppen unter Fürst zu Windischgrätz, die die Hauptstadt eingeschlossen haben, fordern schließlich deren Unterwerfung und unter anderem die Abgabe aller Waffen. Die Wiener Bürgerschaft ist empört angesichts dieser Forderungen. Offensichtlich dienen sie schlicht dazu, die Lage eskalieren zu lassen und den Ausbruch gewaltsamer Kämpfe zu provozieren. In Blum, aber auch in den anderen Frankfurter Abgeordneten, reift unter diesen Bedingungen langsam, aber sicher der Gedanke heran, auch zur Waffe zu greifen und den Wiener Verbündeten beizustehen.

Möglicherweise ist es eine Mischung aus dem Märchenhaften Wiens und dem Wunsch, dies für die Welt zu bewahren, was Blum in seinen Überzeugungen wanken lässt. Schließlich führt es sogar zu einer grundlegenden Veränderung seiner Meinung, wie demokratische Entscheidungen getroffen und generell politische Realitäten geschaffen werden sollten. Denn er spricht sich schließlich doch für den offenen Kampf mit der Waffe in der Hand aus, bricht angesichts der Lage in Wien mit seinen bisherigen Ansichten. Durch Mehrheitsentscheidungen und ohne Gewalt die Republik zu errichten hat in Frankfurt nicht funktioniert. Die Fürsten sind ganz offensichtlich nicht bereit, ihre Macht gewaltlos abzugeben.

Plötzlich scheint selbst für den bedachten und sonst immer um Ausgleich bemühten Blum der offene Kampf der letzte Ausweg zu sein. Er hält sogar eine viel zitierte Rede, die von einigen Zeitzeugen als zu martialisch, zu blutrünstig wahrgenommen wird. Blum ist in den kommenden Tagen damit beschäftigt, für verschiedene Zeitungen zu schreiben, den habsburgischen Truppen vor der Stadt Unrecht vorzuwerfen und den revolutionären Kampf mit der Waffe in der Hand zu legitimieren. An seine Frau schreibt er: „Siegt die Revolution hier, dann beginnt sie von neuem ihren Kreislauf; erliegt sie, dann ist wenigstens für eine Zeitlang Kirchhofsruhe in Deutschland.“

Den Aufständischen stehen etwa 10.000 reguläre Soldaten zur Verfügung, dazu eine nicht genau bestimmbare Zahl an bewaffneten Arbeitern, die aber sicherlich auch in die Tausende geht. Insgesamt sind wohl 30.000 bis 40.000 Bewaffnete bereit, Wien gegen eine Übermacht von mindestens 70.000 habsburgischen Soldaten zu verteidigen. Doch trotz der zahlenmäßigen Unterlegenheit ist die Lage der Revolutionäre nicht so schlecht, wie man auf den ersten Blick glauben mag: Wien ist, im Gegensatz zu zahlreichen anderen europäischen Städten zu dieser Zeit, immer noch befestigt, sogar mit zwei Wallanlagen, von denen die äußere die Vorstädte in einer Länge von 13 Kilometern umschließt.

Am 25. Oktober setzt Blum schließlich seine Entscheidung in die Tat um und lässt sich bewaffnen. Er wird Soldat des republikanischen Wien und tritt dem sogenann-

ten *Corps d'Elite* bei, einem neugegründeten Teil der Nationalgarde. In ihrem Namen verteidigt er schließlich die Sophienbrücke. Die Wiener Aufständischen halten sich tapfer und es mangelt ihnen nicht an Überzeugung und Idealen, für die es sich zu kämpfen lohnt. Mit Munition und Ausrüstung sieht es hingegen schlecht aus.

So bricht der trotzig Widerstand letztlich angesichts der militärischen Überlegenheit der habsburgischen Truppen zusammen. Das muss auch Robert Blum am Abend des 28. Oktober einsehen und gibt auf. Zwei Tage später kommt zwar noch einmal kurz Hoffnung auf, dass Wien möglicherweise von aufständischen ungarischen Truppen befreit werden könnte, doch auch diesen gelingt der Durchbruch nicht. Am 31. Oktober 1848, nachdem Windischgrätz bereits die Wiener Innenstadt hat beschießen lassen, sind die Kämpfe endgültig beendet. Die habsburgischen Truppen besetzen die revoltierende Stadt.

So wie das Schicksal des revolutionären Wien tragisch endet, nimmt auch Robert Blums Leben eine verheerende Wende. Trotz seiner Immunität als Abgeordneter wird er wenige Tage später inhaftiert, kurzerhand zum Tode verurteilt und hingerichtet. Je näher Blum am Ende seinem Tod kommt, desto stärker scheint sein Leben zutiefst mit der deutschen Revolution verwoben zu sein. Denn mit der Rückeroberung Wiens wird auch ihr der Todesstoß versetzt. Die Habsburgermonarchie dreht schnell die Zeit in Deutschland zurück, Militärs lösen ein Jahr später die Frankfurter Nationalversammlung auf, die von ihr erarbeitete Verfassung tritt nie in Kraft. Die Revolution von 1848/49 ist endgültig gescheitert.

3. Orientierung für heute

Mit seiner Entscheidung, am Ende doch noch selbst zur Waffe zu greifen, wirft Blum die Überzeugungen, die er sein bisheriges politisches Leben lang hochgehalten hat, über Bord. Möglicherweise tut er dies einerseits, weil ihn der Mut der Wiener Aufständischen zutiefst beeindruckt und ihn die durch Wien wogenden Freiheitsgefühle mitreißen. Doch dies ist nicht die erste Situation in Blums Leben, in der er von Emotionen überwältigt werden könnte, aber einen kühlen Kopf bewahrt.

Vermutlich ist er zu diesem Zeitpunkt andererseits bereits derart desillusioniert von den parlamentarischen Vorgängen und Abläufen in Frankfurt, dass er keine Hoffnung mehr auf einen erfolgreichen Ausgang der Revolution hat. Die Moral hierbei ist aber nicht, dass Kompromisse schön und gut sind, aber zu gewaltsamen Mitteln gegriffen werden darf, sobald es zu anstrengend wird, sich mit seinem politischen Gegner auszusprechen. Nein, dies sollte in einer Demokratie nie der Fall sein.

Aber Robert Blum, der Mann, der immer und überall nach Ausgleichen sucht und sie häufig findet, hat in Wien erkannt, dass die Gegner der Revolution kein Interesse

daran haben, sich mit den Revolutionären und ihren Forderungen auseinanderzusetzen. Die Fürsten wollen keinen Ausgleich, da es in ihren Augen eine absolute Niederlage wäre, auch nur die kleinste Menge an Macht abzugeben. Mit so jemandem zu verhandeln und nach einer Lösung zu suchen, mit der alle leben können, grenzt ans Unmögliche. Robert Blum realisiert, dass dies nur dann eine Option ist, wenn beide Seiten kompromissbereit sind. Überzeugte Feinde der Demokratie aber werden die ihnen entgegengestreckte Hand immer und immer wieder wegschlagen. Für sie gilt einzig und allein das Prinzip „Alles oder nichts“. Das war im Oktober 1848 so und hat sich bis heute nicht geändert.

1.3 Den Unrechtsstaat öffentlich bloßstellen – Gesine Oltmanns und die Friedensgebete (Ulli Engst)

1. Die besondere Handlung

Als nach der Sommerpause am 4. September 1989 das erste Friedensgebet in der spätgotischen Nikolaikirche stattfindet, ist gerade Herbstmesse in Leipzig. Deshalb sind zahlreiche Journalist:innen in der Stadt, auch aus dem Westen. Sie können sich sogar frei bewegen und überall drehen. Mehr als 40 von ihnen sind an diesem Tag an der Nikolaikirche, um vom Friedensgebet zu berichten – auch weil den Medienvertreter:innen im Voraus Informationen zugespielt werden, dass sich etwas Besonderes ereignen könnte. In der Tat haben einige Oppositionelle, unter ihnen die 24-jährige Gesine Oltmanns, Transparente an der Polizei vorbei in die Kirche geschmuggelt und halten sie nun unter ihren Jacken versteckt.

Als das Friedensgebet am frühen Abend zu Ende ist und die Teilnehmenden nach draußen auf den Nikolaikirchhof strömen, gesellen sie sich zu den dort Wartenden, die keinen Platz mehr im Kircheninneren bekommen konnten. Die Friedensgebete in der Kirche und die anschließenden Veranstaltungen gehören zu den wenigen Möglichkeiten, sich außerhalb der vom Staat gewünschten Formate politisch zu engagieren. Heute stehen knapp 1.000 Menschen auf dem Kirchhof, unterhalten sich und rufen Parolen. Zunächst sind wie üblich die „Ausreiser“ die überwiegende Mehrheit. Ihr Ruf „Wir wollen raus“ schallt über den Nikolaikirchhof. Doch heute rufen andere Demonstrierende auch „Wir bleiben hier“. Es sind diejenigen, die tatsächlich Hoffnung haben, dass eine Veränderung der bestehenden Verhältnisse möglich ist. Die Vielschichtigkeit der DDR-Opposition tritt deutlich zutage.

In diesem Moment entrollt Gesine Oltmanns zusammen mit ihrer Freundin Katrin Hattenhauer eines der versteckten Transparente. Es ist ein altes Bettlaken der

Großmutter, auf dem in unkomplizierten Worten „Für ein offnes Land mit freien Menschen“ geschrieben steht. Die beiden halten das Transparent so hoch sie können und spannen es zwischen sich auf, sodass der Text klar zu lesen ist. Zahlreiche Kameras halten die Szene fest. Hinter den beiden Frauen entrollen Demonstrierende drei weitere Plakate, die ebenfalls von Oltmanns und Hattenhauer mitgebracht wurden: „Gegen den Strom – Freies Reisen für alle“, „Vereinigungsfreiheit – Versammlungsfreiheit“ und „Reisefreiheit statt Massenflucht“ stehen darauf.

Die Demonstrierenden fordern unverkennbar Reise-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit für alle. Die ausformulierte Botschaft, gerade die auf dem von Gesine Oltmanns gehaltenen Transparent, soll dabei möglichst viele Leute ansprechen. Sie soll einfach und dabei trotzdem wirkungsvoll sein. Der Plan geht auf: Sofort reihen sich zahlreiche Menschen auf dem Nikolaikirchhof in Zustimmung hinter den vier Transparenten ein.

Oltmanns und die anderen jungen Demonstrierenden fühlen sich aufgrund der Anwesenheit zahlreicher Westmedien, die ein zu repressives Verhalten der Staatsmacht sofort in alle Welt berichten würden, an diesem Tag recht sicher. Die Oppositionellen gehen deshalb nicht davon aus, dass die Staatssicherheit zahlenmäßig groß auftreten und die Aktion beenden wird. Und tatsächlich kommt es an diesem Tag nicht zu Verhaftungen.

Aber schon nach wenigen Augenblicken stürmen einige kräftig gebaute Männer auf Oltmanns, Hattenhauer und die anderen Demonstrierenden zu. Die Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) in Zivil versuchen, ihnen die Transparente gewaltsam zu entreißen. Es kommt zu einem Handgemenge, einige Demonstrierende werden zu Boden gestoßen. Oltmanns ringt noch kurz um das Plakat, muss sich dann aber den körperlich überlegenden Männern der Staatssicherheit geschlagen geben.

Wie von den Demonstrierenden erhofft, wird die ganze Szene von westlichen Medien gefilmt und später etwa in der westdeutschen Tagesschau gezeigt. Für alle sichtbar und nicht mehr zu bestreiten hat die DDR-Staatsmacht ihre Art des Umgangs mit Oppositionellen unfreiwillig der ganzen Welt vorgeführt. Eigentlich wollen Oltmanns und die anderen noch die Transparente an der Spitze eines Demonstrationzuges Richtung Karl-Marx-Platz tragen. Obwohl es dazu nicht mehr kommt, ist die Aktion langfristig gesehen ein großer Erfolg.

2. Der historische Kontext

Die evangelische Nikolaikirche in Leipzig ist in den 1980er Jahren ein Raum, in dem man sich offener informieren und austauschen kann als an den meisten anderen Orten in der DDR. Am Schwarzen Brett finden die Besucher:innen etwa aktuelle

Nachrichten, auch zu politischen Ereignissen aus dem Ausland, und in einem Fenster an der Außenmauer sind die Namen von Verhafteten aufgelistet. Die Friedensgebete in der Nikolaikirche finden bereits seit September 1982 statt, initiiert vom Diakon und Jugendlichen aus der Gemeinde, die sich selbst „Basisgruppen“ nennen. Sie wollen den Freiraum nutzen, um über alles zu sprechen, was ihnen auf dem Herzen liegt, persönlich, politisch und gesellschaftlich. Ob man christlich-religiös ist oder nicht, spielt dabei keine Rolle.

Aufgrund der massiven Restriktionen bieten sich Gottesdienste als Möglichkeit zur Versammlung an. Denn zumindest möchte die DDR-Regierung den Schein wahren, dass es in ihrem Staat so etwas wie Religionsfreiheit gibt. Zunächst sind die Friedensgebete schwach besucht, doch mit der Zeit kommen immer mehr Teilnehmende. Dies fällt auch der SED-Führung auf. Je mehr Menschen die Friedensgebete besuchen, desto mehr Mitarbeitende des MfS mischen sich unter die Menge.

Ab Mitte der 1980er Jahre politisieren sich die Friedensgebete zunehmend, da es verstärkt zu einem Zusammenspiel von kirchlicher Gemeindegarbeit, Ausreisewilligen und oppositionellen Friedens-, Umwelt- und Menschenrechtsgruppen kommt. Aufgrund der hohen Besucherzahlen gewinnen die Veranstaltungen zusehends an politischer Bedeutung und Strahlkraft. Da hilft es auch nicht, dass die evangelische Landeskirchenleitung den mittlerweile verantwortlichen Pfarrer auf Druck der SED-Führung von seinem Amt entbindet und die inhaltliche Gestaltung der Friedensgebete reguliert. Die Oppositionellen entscheiden sich daraufhin, ihren Protest stärker in die Öffentlichkeit zu tragen, etwa indem sie sich auf dem Nikolaikirchhof versammeln. Wegen zunehmenden Tumulten bei den Friedensgebeten nimmt die Kirchenführung die Beschränkungen schließlich wieder zurück.

Weiteren großen Zulauf erhalten die Gebete, als staatliche Fälschungen bei der Kommunalwahl am 7. Mai 1989 erstmals eindeutig aufgedeckt und nachgewiesen werden können. An einer daraufhin organisierten Demonstration nehmen rund 600 Menschen teil. Beim Friedensgebet am Montag darauf kesselt die Polizei die Nikolaikirche massiv ein. Aber je mehr Kontrolle der Staat auf diesen Ort der Begegnung auszuüben versucht, desto mehr Besucher:innen kommen. Auch der evangelische Landesbischof versucht erneut, die Veranstaltungen inhaltlich zu kontrollieren, doch er kann sich gegen die kirchlichen Basisgruppen und Pastoren mittlerweile nicht mehr durchsetzen.

Nach der öffentlichkeitswirksamen Aktion von Oltmanns und ihren Mitprotestierenden am 4. September 1989 sprechen die Teilnehmenden vermehrt von Montagsgebeten und nennen die anschließenden Veranstaltungen Montagsdemonstrationen. Dies hebt die Verbindung von beidem und vor allem den politischen Charakter der kirchlichen Veranstaltung hervor – was sie bei vielen Menschen noch populärer

macht. Die Friedens- bzw. Montagsgebete sind regelmäßig überfüllt und bald in der ganzen DDR bekannt. Leipzig entwickelt sich in der Folge zu einem Zentrum der Friedlichen Revolution.

Nachdem es am 4. September ruhig bleibt – soll heißen, nachdem niemand verhaftet wird –, greifen Polizei und Staatssicherheit in der darauffolgenden Woche umso härter durch. 89 Demonstrierende werden festgenommen und teilweise zu Haft- oder Geldstrafen verurteilt. Keiner der Verhafteten ist älter als 30 Jahre. Dies ändert aber nichts daran, dass in den kommenden Wochen noch mehr Menschen die Montagsgebete und -demonstrationen besuchen, was unter anderem darauf zurückzuführen ist, dass der Treff- und Ausgangspunkt immer die Nikolaikirche ist. Am 25. September nehmen schon 8.000 Menschen an einer Demonstration auf dem Ring um die Leipziger Innenstadt teil.

Bei jeder Demonstration stehen Polizei und Staatssicherheit bereit, nach Erhalt des entsprechenden Befehls loszuschlagen. Es gleicht einem Wunder, dass es in Leipzig nicht auch zu einer Eskalation wie auf dem Platz des Himmlischen Friedens in Peking im Juni 1989 kommt. Die Angst vor einer „chinesischen Lösung“ läuft immer mit den Demonstrierenden mit. Auch weil die SED-Führung den Umgang der chinesischen Staatsführung mit den Protestierenden öffentlich lobt.

Am 9. Oktober 1989 sind es schließlich 70.000 Menschen, die sich in Leipzig um die Nikolaikirche herum versammeln. Angesichts dieser Menge sind die bereitstehenden Polizeistreitkräfte machtlos, auch weil sie wissen, dass ein Eingreifen fast unweigerlich zu einer Eskalation führen würde. Die Männer in Uniform ziehen sich zurück, die Demonstrierenden haben erstmals auf offener Straße mit dem Ruf „Wir sind das Volk!“ gegen die Staatsmacht gesiegt.

3. Orientierung für heute

Das Friedensgebet am 4. September 1989 und die Protestaktion von Gesine Oltmanns und ihren Mitstreiter:innen ist für viele Menschen der Moment, in denen ihnen klar wird, wie rübia die Obrigkeit in der DDR gegen Oppositionelle vorgeht. Der Augenblick, als die jungen Menschen ihre Transparente ausrollen, brennt sich vielen Zeitzeug:innen als ein entscheidendes Ereignis der Friedlichen Revolution ins Gedächtnis. Dank der westdeutschen Kamerteams gehen die Bilder ins Fernsehen und um die Welt. Viele DDR-Bürger erleben und sehen zum ersten Mal so offen und so mutig Protest gegen ihre Staatsmacht. Oltmanns ist schnell landesweit bekannt. In den nächsten Tagen kommen viele Menschen auf der Straße auf sie und die anderen Demonstrierenden zu und sprechen sie auf die Aktion an, gratulieren ihnen zu ihrem Mut.

Demokratien leben von dem Ideal, dass sie allen Bürger:innen ermöglichen, sich am

politischen Entscheidungsprozess zu beteiligen – und dass so viele Menschen wie möglich von diesem Recht Gebrauch machen. Die Mehrheit entscheidet, in welche Richtung die Reise geht. Doch auch im Kampf gegen ein autoritäres Regime ist es wichtig, so viele Menschen wie möglich vom eigenen Anliegen zu überzeugen. Antidemokratische Staaten wissen das und sind deshalb gezwungen, ihre Unterdrückungsmechanismen in dem Maße auszuführen, dass zwar im Grunde jeder weiß, was vor sich geht, aber es dafür trotzdem so wenig eindeutige Beweise wie möglich gibt. In einem derartigen Klima der Angst die Stimme zu erheben, Forderungen zu stellen und die Legitimität der Regierung infrage zu stellen, trauen sich die wenigsten.

Gesine Oltmanns und ihre Mitstreiter:innen wagen genau das. Sie riskieren die eigene Freiheit und Unversehrtheit, um die Handlanger des DDR-Regimes in einem Moment zu provozieren, den die ganze Welt mitverfolgen kann. Damit haben sie vielen anderen Menschen Mut gemacht, ebenfalls auf die Straße zu gehen und gegen Unterdrückung und für die Freiheit in all ihren verschiedenen Formen zu demonstrieren. Die Friedliche Revolution ist unter anderem erfolgreich, weil sich so viele DDR-Bürger:innen an ihr beteiligen. Historisch gesehen lassen sich solche großen Umwälzungsprozesse selten auf einen einzigen Moment zurückführen, dafür sind sie schlicht zu komplex. Und trotzdem sind es unter anderem Aktionen wie die von Gesine Oltmanns, die in ihrer Gesamtheit das SED-Regime am Ende zu Fall bringen.

Gesine Oltmanns (*1965) kommt im Erzgebirge zur Welt und zieht 1983 nach Leipzig. Eine Berufsausbildung und ein Studium bleiben ihr aber aufgrund ihrer kritischen Haltung gegenüber dem Staat verwehrt. So ist sie Mitglied in verschiedenen oppositionellen Menschenrechtsgruppen, etwa im *Arbeitskreis Gerechtigkeit* und in der *Initiativgruppe Leben*. Aufgrund ihrer politischen Tätigkeiten sitzt Oltmanns im Januar 1989 für mehrere Tage in MfS-Untersuchungshaft, wird dann aber auf landesweiten Druck hin freigelassen. Sie ist stark in die Leipziger Friedensgebete in der Nikolaikirche eingebunden und eine zentrale Figur der Friedlichen Revolution, so etwa als Teil des Leipziger Bürgerkomitees für die Auflösung des MfS. Bis 1994 arbeitet Oltmanns in der Außenstelle der Stasi-Unterlagenbehörde in Leipzig. Zwischen 1993 und 1995 studiert sie zudem Jura. Seit 2009 ist sie im Kuratorium und nachfolgend im Vorstand der Stiftung Friedliche Revolution aktiv, wo der Schwerpunkt ihrer Arbeit die politische Bildung ist.

2. DEMOKRATIE ETABLIEREN

Auch nach dem erfolgreichen Überwinden einer autokratischen oder diktatorischen Herrschaft ist nicht automatisch Demokratie hergestellt. Der Kampf gegen etwas ist das eine – der Aufbau von etwas Neuem ist etwas anderes. Eine demokratische Verfassung oder freie Wahlen schaffen zunächst die institutionellen Rahmenbedingungen. Anschließend müssen im Klein-Klein die unterschiedlichsten Dinge neu geregelt werden. Es stellen sich Fragen wie die Folgenden:

- Wird Personal, das vom nicht-demokratischen Regime eingesetzt wurde, im öffentlichen Dienst übernommen oder werden bestimmte Gruppen entlassen? Und wenn ja, nach welchen Kriterien?
- Gibt es eine juristische und gesellschaftliche Aufarbeitung der Verfehlungen des alten Regimes, die nach demokratischem Verständnis nicht zu akzeptieren sind?
- Sind nicht nur Änderungen im politischen, sondern auch im Wirtschaftssystem vorgesehen? Wie vertragen sich diese Vorgaben mit dem Bedürfnis nach Stabilität und Leistungsfähigkeit?

Eine Demokratie neu aufzubauen ist nicht einfach. Zumal Menschen den Übergang managen müssen, denen praktische demokratische Erfahrung fehlt: Sie sind teils selbst in Autokratien oder Diktaturen aufgewachsen oder sie kommen aus dem Exil oder einem anderen Land hinzu.

In der deutschen Geschichte bieten sich vor allem folgende Zeitabschnitte für eine tiefere Betrachtung der Wandlung zur Demokratie an:

- 1918/19 mit den darauf folgenden Jahren
- 1945–49 mit den darauf folgenden Jahren
- 1989/90 mit den darauf folgenden Jahren

Ähnlich wie in der Phase „Demokratie erkämpfen“ gibt es auch hierbei über die Migrationserfahrungen von in Deutschland lebenden Menschen Anknüpfungspunkte zu anderen Ländern, etwa zur Demokratisierung in Griechenland, Portugal und Spanien in den 1970er Jahren oder der Neugestaltung der Länder in Osteuropa und Südosteuropa nach 1989.

Einen genauen Zeitraum zu benennen, wann die Etablierungsphase einer Demokratie beendet ist, fällt schwer. Der Blickwinkel des Übergangs fokussiert sich auf die Aufbauphase mit ihren Chancen und Schwierigkeiten.

Zum Etablieren gehören:

- Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen
- Mut, Entscheidungen zu treffen, auch wenn noch nicht alle Einzelfragen geklärt sind

- ein Bewusstsein, dass ein Teil derjenigen, die sich gut mit dem alten System arrangiert hatten, für die Demokratie gewonnen werden muss

Gerade für den Übergang gilt: Wer handelt, macht auch Fehler. Die Demokratisierung eines Landes ist für alle Beteiligten auch ein „Trial and Error“, das Suchen und Erspüren guter und gesellschaftsverträglicher Wege. Manche Entscheidungen, die getroffen wurden, waren erfolgreich. Andere Entscheidungen sollten aus heutiger Perspektive überdacht werden.

„Demokratie etablieren“ ist ein Lernfeld, für das es keine Patentrezepte gibt. Zur heutigen Demokratie gehört es auch, an jene zu erinnern, die bereit waren, in Übergangszeiten Verantwortung zu übernehmen.

2.1 Hilfe zur Selbsthilfe leisten – Marie Juchacz und die Gründung der Arbeiterwohlfahrt (Annalena Baasch)

1. Die besondere Handlung

Es ist der 13. Dezember 1919. An diesem Samstag tagt der Parteiausschuss der SPD in Berlin. Als einzige Frau im Ausschuss ist auch Marie Juchacz vor Ort, Reichstagsabgeordnete und Frauensekretärin der Partei. In dieser Sitzung richtet sie das Wort an die anderen Mitglieder und bringt eine Idee ein, die ihr schon seit Längerem vorschwebt: „Ich habe Ihnen heute auch einen neuen Organisationsvorschlag zu machen“, sagt Juchacz im Ausschuss. „Nun geht mein Vorschlag mit Billigung des Parteivorstandes dahin, dass wir innerhalb der Parteiorganisation eine sozialdemokratische Wohlfahrtspflege konstituieren. Ich schlage vor, dass wir zunächst eine Zentralinstanz schaffen, einen Ausschuss, und dass wir dann im Rahmen unserer Bezirke Landes- und örtliche Organisationen, Wohlfahrtsausschüsse, bilden.“

Marie Juchacz' Vorschlag wird angenommen, der Ausschuss in Berlin ins Leben gerufen. Dabei handelt es sich um das erste Organ der Arbeiterwohlfahrt, die noch heute aktiv und vielen unter der Abkürzung AWO bekannt ist. Juchacz wird deren erste Leiterin.

Unter ihrem Vorsitz und dem Dach der AWO – stets eingebunden in das sozialdemokratische Milieu der SPD, Gewerkschaften und Arbeitervereine – werden im Land bald zahlreiche Einrichtungen aufgebaut, die die Not der Arbeiter:innen verringern sollen. Dazu gehören beispielsweise Kur- und Altersheime, Notküchen, Werkstätten für Behinderte, Selbsthilfenähstuben und Organisationen, die Kinderlandverschickungen (Erholungsverschickungen) vornehmen.

Entscheidend für die Art des Aufbaus der AWO ist deren Motto „Hilfe zur Selbsthilfe“. Ziel ist es nicht, einfach „nur“ Bedürftige zu versorgen. Vielmehr soll die Arbeiterwohlfahrt ihnen Anleitung und Möglichkeiten an die Hand geben, sich auf Dauer selbst aus ihrer Armut zu befreien. „Hilfe zur Selbsthilfe“ – ein moderner Begriff dafür wäre wohl Empowerment.

Arbeiterwohlfahrt bedeutet aber nicht nur Wohlfahrt für Arbeiter:innen. Marie Juchacz schreibt in der Einleitung zu ihrem Buch über die Arbeiterwohlfahrt: „Eine Wohlfahrtspflege, ausgeübt durch die Arbeiterschaft. Eine Organisation, hervorgewachsen aus der Arbeiterbewegung, mit dem bewußten Willen, in das große Arbeitsgebiet der Wohlfahrtspflege ihre Ideen hineinzutragen, die Idee der Selbsthilfe, der Kameradschaftlichkeit und Solidarität, aber auch die Idee, daß Wohlfahrtspflege vom Staat und seinen Organen betrieben werden muß, und daß auch diese Arbeit bewußt ausgeübt werden muß von lebendigen Menschen.“

Und noch ein weiteres Anliegen bringt Juchacz in die AWO ein. Die Organisation fördert die Weiterbildung und Qualifizierung von Frauen. Sowohl auf beruflicher als auch auf politischer Ebene werden Mädchen und Frauen speziell unterstützt. Aufgrund ihrer eigenen Biografie ist dies Marie Juchacz besonders wichtig.

Während der 1920er Jahre wächst die AWO rasch. Bereits 1926 gibt es fast 2.000 Ortsausschüsse, ab 1928 erscheint zweimal im Monat die Zeitschrift *Arbeiterwohlfahrt*. 1931 sind 135.000 ehrenamtliche Helfer:innen in der AWO tätig.

2. Der historische Kontext

Vieles, was die AWO ausmacht, lässt sich an Marie Juchacz' Biografie erklären. Sie wird 1879 in Landsberg an der Warthe als Marie Gohlke geboren. Durch verschiedene Tätigkeiten, unter anderem als Dienstmädchen, Fabrikarbeiterin und Krankenschwester, spart sie genug Geld an, um eine Ausbildung zur Schneiderin absolvieren zu können. Daraufhin arbeitet sie in der Schneiderwerkstatt von Bernhard Juchacz, den sie 1903 heiratet. Doch nach wenigen Jahren, 1906, lässt sie sich von ihrem Mann scheiden und steht nun vor einem Problem: Geschiedene Frauen haben es sehr viel schwerer, Kundschaft zu finden.

Generell steht Marie Juchacz als geschiedene Frau mit Kindern im Kaiserreich schlecht da. Zwar hat die erste Frauenbewegung Frauen mehr Möglichkeiten zur Bildung und Teilhabe eröffnet, doch auch nach der Jahrhundertwende sind Frauen Untertanen zweiter Klasse, denen wichtige Rechte wie das zur politischen Beteiligung verwehrt bleiben.

Damit einher geht ein Verständnis, dass nicht alle Hilfebedürftigen auch Hilfe verdienen. Wer sich „selbstverschuldet“ in Not gebracht oder in den Augen der

Gesellschaft sündhaft gehandelt hat, kann keine Unterstützung erwarten. Dies trifft unter anderem alleinerziehende Frauen, „gefallene Mädchen“ und Familien mit vielen Kindern; vornehmlich also Menschen aus der Arbeiterklasse.

Doch zu Beginn des 20. Jahrhunderts ändern sich langsam die Bedingungen für Frauen. 1908 erlaubt Preußen ihnen, in Parteien aktiv zu sein. Marie Juchacz und ihre Schwester ziehen daraufhin nach Berlin und treten der SPD bei, deren Ideen sie dank ihres älteren Bruders schon kennengelernt haben. Bald sind sie in Frauenvereinen aktiv und mischen in den sozialdemokratischen Kreisen der preußischen Hauptstadt mit.

Ein weiterer positiver Wendepunkt für Marie Juchacz und die Frauen ihrer Zeit ist der Erste Weltkrieg, so seltsam dies klingt. Innerhalb kurzer Zeit steigt die Zahl der Armen und Hilfebedürftigen dramatisch an. Frauen übernehmen nun vermehrt Arbeiten, die zuvor von Männern erledigt wurden. Dazu kommt, dass Fürsorge seit jeher „Frauenarbeit“ ist; Organisationen wie die Nationale Frauengemeinschaft, für die Juchacz während des Kriegs arbeitet, leiten Kindergärten, Beratungsstellen für Frauen von Kriegsteilnehmern und für Kriegshinterbliebene, Flüchtlingsquartiere, Hauspflege für Kranke und Invalide sowie Anstalten für Armenpflege und KriegsFürsorge. Juchacz richtet eine Werkstatt ein, in der Bekleidung für die Armee hergestellt wird, und beschafft somit Arbeit für Heimarbeiterinnen. Ihre Werkstatt zahlt den Arbeiterinnen höhere Löhne als die Industrie und sichert ihnen so ein Einkommen.

Damit findet sich hier schon der Ansatz von „Hilfe zur Selbsthilfe“. Eine moderne Wohlfahrt unterscheidet sich zudem stark von dem, was von staatlicher oder bürgerlicher Seite an Hilfestellung bekannt ist: Nicht die Symptome von Armut sollen bekämpft, sondern die Ursachen von Armut beseitigt werden. Deshalb ist es ein frühes Ziel der Arbeiterwohlfahrt, den Staat mehr in die Pflicht zu nehmen. Auf der ersten Reichskonferenz der Arbeiterwohlfahrt im Jahr 1921 hält die Sozialreformerin und Frauenrechtlerin Helene Simon die angedachte Aufgabenverteilung so fest: „Die Verhütung von Klassenarmut durch Bekämpfung der Ursachen der Armut, was zum größten Teil nicht Spezialaufgabe der Wohlfahrtspflege, sondern Aufgabe der allgemeinen Politik sei. Aufgabe der Wohlfahrtspolitik dagegen sei es, die überkommenen armenrechtlichen und polizeilichen Maßnahmen durch solche vorbeugender, heilender und vorsorgender Natur zu ersetzen.“

Der Staat, da sind sich Juchacz und die Sozialdemokrat:innen einig, muss seine Armenhilfe verbessern. Jede:r soll Rechtsanspruch auf Hilfe haben, auch bei deren Einklagung wird die Arbeiterwohlfahrt später unterstützen. Doch weil niemand weiß, wann und wie diese staatlichen Reformen erfolgen werden, und vor allem angesichts der steigenden Armut bleibt keine Zeit, darauf zu warten. Dass gerade

die SPD eine parteinahe Organisation zu diesem Zweck gründet, passt in den Fluss der Zeit. Schließlich ist sie, gestärkt durch die Novemberrevolution, als stärkste Partei aus den ersten gesamtdeutschen demokratischen Wahlen hervorgegangen und nun in der Position, als Regierungspartei Akzente setzen zu können. Zudem gibt es bereits kirchennahe und bürgerliche Organisationen, die Wohlfahrt leisten, wie die Caritas, aber noch keine von der Arbeiterklasse getragene.

Die AWO in der Gründungsphase unterscheidet sich von den bestehenden Wohlfahrtsorganisationen in zwei weiteren Punkten: Ihre Mitarbeiter:innen werden geschult und fortgebildet. Außerdem arbeiten im Gegensatz zu engagierten bürgerlichen Kreisen Mitarbeiter:innen der AWO nicht mehr ausschließlich ehrenamtlich. 1928 wird daher in Berlin die erste Wohlfahrtsschule gegründet, eine Ausbildungsstätte der sozialen Arbeit. Die Teilnehmer:innen erhalten Stipendien, damit sie ohne finanzielle Not ihre Ausbildung an der Schule abschließen können. In Zeiten politischen Wandels und noch relativ geringer sozialer Rechtsansprüche stellen die AWO und ihre Angebote eine Konstante in der Gesellschaft dar, besonders in der Arbeiterschaft.

3. Orientierung für heute

Erstaunlich viel von dem, was Marie Juchacz zur Gründung der Arbeiterwohlfahrt bewegte, spielt für uns noch heute eine Rolle. So etwa die Frage, wie viel Verantwortung der Staat für die Armenfürsorge trägt und wie viel davon unabhängige Institutionen leisten können und müssen.

Brandaktuell ist auch das Motto der AWO: Hilfe zur Selbsthilfe. In diesem Satz steckt der zutiefst demokratische Gedanke, die Bürger:innen zur Mündigkeit zu befähigen. Ein anderes Wort für Mündigkeit ist Handlungsfähigkeit. Sich um Hilfebedürftige zu kümmern, ist zweifellos gut und richtig. Doch auf Dauer ist Menschen dann geholfen, wenn sie in die Lage versetzt werden, sich selbst zu helfen. Abhängigkeiten müssen abgebaut, Chancen und Perspektiven geschaffen werden.

Marie Juchacz war jahrelang in der Politik aktiv, bevor sie eins der wesentlichsten politischen Rechte erhielt: das Wahlrecht. Wer weiß, wie lange sie die Idee einer Wohlfahrt mit sich herumtrug, bevor sie die Chance sah, diese umzusetzen?

Zwei Dinge lernen wir aus ihrem demokratischen Handeln: Erstens, dass für gute Ideen die richtige Zeit kommen wird und wir dann nicht zögern dürfen, die Gelegenheit zu nutzen. Und zweitens, dass Demokratie, egal ob in Partei, Politik oder in unserer Gesellschaft, fürsorgend, aber nicht herabschauend sein sollte.

Marie Juchacz (1879–1956) wird in Landsberg an der Warthe geboren. Bereits 1903 beginnt sie sich für Politik und Sozialdemokratie zu interessieren. Nach der Trennung von ihrem Mann zieht sie mit ihren Kindern und ihrer Schwester nach Berlin. Dort werden die Schwestern bald in Bildungsvereinen aktiv, die als Tarnorganisationen für die Sozialdemokratie dienen. Als 1908 das preußische Vereinsgesetz aufgehoben wird, tritt Juchacz der SPD bei. Bald übernimmt sie erste Leitungspositionen und entwickelt sich zu einer gefragten Rednerin. 1913 wird sie Frauensekretärin der Partei in Köln, wenige Jahre später zentrale Frauensekretärin in Berlin. 1919 werden sie und ihre Schwester in den ersten Deutschen Reichstag gewählt. Dort hält Marie Juchacz die erste Rede einer Frau vor einem deutschen Parlament. Bis 1933 ist sie als Reichstagsabgeordnete aktiv, dann flieht sie ins Exil. 1949 kehrt sie nach Deutschland zurück und wird Ehrenvorsitzende der neu gegründeten AWO. Sie stirbt 76-jährig in Düsseldorf.

2.2 Geschlechtergerechtigkeit in der Verfassung festschreiben – Elisabeth Selbert und das Grundgesetz (Ulli Engst)

1. Die besondere Handlung

Der Parlamentarische Rat arbeitet schon seit über vier Monaten an der zukünftigen Verfassung Westdeutschlands, als Elisabeth Selbert am 18. Januar 1949 zum zweiten Mal vor dem Hauptausschuss für einen Antrag ihrer Partei, der SPD, wirbt. Das Thema dieses Antrags ist die Gleichberechtigung von Mann und Frau. Der Antrag der Sozialdemokrat:innen fordert die explizite Formulierung: „Männer und Frauen sind gleichberechtigt.“ Aus nur fünf Wörtern bestehend, hat dieser Satz das Potenzial, die Bundesrepublik auf Verfassungsebene zu einem weitaus progressiveren Staat zu machen, als es etwa die bereits demokratische Weimarer Republik je gewesen ist.

Sechs Wochen zuvor ist die Forderung der SPD vom Hauptausschuss des Parlamentarischen Rates bereits einmal abgelehnt worden. Doch seither ist einiges passiert. Denn nun, bei der zweiten Lesung, kann sich Selbert, prominenteste Verfechterin des Gleichberechtigungsgrundsatzes, auf eine scheinbar riesige Menge an Eingaben stützen, die beim Parlamentarischen Rat eingegangen sind. Sie bedankt sich medienwirksam bei ihren zahlreichen Unterstützerinnen und schafft es, sich nach außen als Vertreterin einer enorm breiten Frauenbewegung darzustellen. Sie hebt einzelne Beispiele aus der scheinbar unüberschaubaren Menge an Einschreiben und Briefen hervor, die exemplarisch für die Gesamtheit des weiblichen Protestes stehen sollen.

Selbert führt beispielsweise die weiblichen Mitglieder der Industriegewerkschaft Metall an und wirft die beeindruckende Zahl von 40.000 Frauen in den Raum. Ebenso nennt sie Frauenverbände aus unterschiedlichen Regionen Westdeutschlands sowie alle weiblichen Abgeordneten aller Landesparlamente außer des bayrischen. Damit möchte sie aufzeigen, wie breit der Frauenprotest in der Bevölkerung aufgestellt ist und dass er sich über die politischen Lager hinweg erstreckt. Ihren bürgerlichen Kontrahentinnen im Parlamentarischen Rat spricht sie damit schlicht die Unterstützung der eigenen Leute ab und reklamiert diese für die SPD.

Dabei geht Selbert im Detail rhetorisch brillant vor. So hat etwa die Industriegewerkschaft Metall 40.000 weibliche Mitglieder. Ohne dies eindeutig zu behaupten – Selbert sagt nämlich nur, dass diese Frauen in der Gewerkschaft organisiert seien –, klingt es so, als hätten sich all diese Gewerkschafterinnen klar für die SPD-Formulierung ausgesprochen. Zusätzlich zitiert Selbert direkt aus einigen wenigen Eingaben, was ihrer Rede noch weitaus mehr Gewicht verleiht. Ihre aufgebrachten Unterstützerinnen stehen so scheinbar an ihrer Seite im Hauptausschuss. Selbert macht den Protest zu einer Bewegung der Frauen, teilweise auch, weil sie Gegenmeinungen oder zumindest sich nicht eindeutig für ihren Antrag aussprechende Stimmen einfach nicht erwähnt.

In der Tat werden Historiker:innen später viele ihrer Behauptungen aus der Rede vom 18. Januar 1949 unhinterfragt übernehmen. Und auch der Hauptausschuss des Parlamentarischen Rates lässt sich überzeugen. Den SPD-Antrag nimmt er am Ende einstimmig an, der Satz „Männer und Frauen sind gleichberechtigt“ kommt in die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland. Diejenigen, die zuvor noch dagegen gestimmt haben, beteuern nun, dass auch sie im Grunde schon immer für diese Formulierung gewesen seien. Nur einzelne Details hätten noch ausdiskutiert werden müssen. Tatsächlich ist dies der Erfolg einer weiblichen Protestbewegung in der Bevölkerung, aber vor allem ein Erfolg Elisabeth Selberts und ihres taktischen Handelns in den Wochen zwischen den beiden Abstimmungen im Hauptausschuss.

2. Der historische Kontext

Am 1. September 1948 kommt der Parlamentarische Rat im Museum König in Bonn erstmals zusammen. Insgesamt werden neun Monate lang 61 Männer und vier Frauen eine Verfassung für die künftige Bundesrepublik Deutschland erarbeiten, das spätere Grundgesetz. Elisabeth Selbert ist als Abgesandte der SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag eine von ihnen. Sie gilt als selbstbewusst und zielstrebig, mit großer juristischer und politischer Kompetenz. Denn bevor sie Mitglied des Parlamentarischen Rates wird, arbeitet Selbert bereits an der Hessischen Landes-

verfassung mit. Schon dort plädiert sie für eine klare und eindeutige Sprache und spricht sich gegen unnötig komplizierte Formulierungen aus. Dies stößt bei ihren Parlamentskolleg:innen nicht immer auf Begeisterung.

Die Aufgabe des Parlamentarischen Rates ist die Erarbeitung der zukünftigen Ordnung Deutschlands, zumindest der westlichen Landesteile. Es soll ein demokratischer Staat entstehen, das steht außer Frage. Doch bei den Details, etwa dem Thema Gleichheit der Geschlechter, herrscht keineswegs Einigkeit. In der Weimarer Verfassung ist noch von der staatsbürgerlichen Gleichheit der Geschlechter die Rede gewesen. Eine solche Formulierung soll laut erstem Entwurf auch in der neuen bundesrepublikanischen Verfassung stehen. Doch dann geht ein Antrag der SPD ein, der gegen dieses Vorgehen ist und eine Alternative fordert: „Männer und Frauen sind gleichberechtigt.“

Selbert ist klare Unterstützerin dieser Formulierung, die Gleichberechtigung eben nicht nur fordert, sondern bereits als Faktum feststellt, um das man nicht mehr herumkommt. So bezieht sich der Satz auf alle Lebensbereiche, nicht mehr nur auf staatsbürgerliche Aspekte. Damit wäre ein großer Teil des Bürgerlichen Gesetzbuches mit einem Schlag verfassungswidrig. Das ist Selbert und den anderen sozialdemokratischen Unterstützer:innen des Gleichberechtigungsgrundsatzes durchaus bewusst – und genauso ist es gewollt. Am 3. Dezember 1948 berät der Hauptausschuss, das Entscheidungsgremium des Parlamentarischen Rates, erstmals über den SPD-Antrag.

Doch es sieht nicht gut aus: Am 30. November hat der Ausschuss für Grundsatzfragen die Formulierung schon einmal abgelehnt. Als Selbert nun das Wort ergreift, ist allen Anwesenden bereits klar, was ihre Position in dieser Frage ist. Die Sozialdemokratin argumentiert unter anderem mit den Leistungen und Entbehrungen der weiblichen Bevölkerung im wenige Jahre zuvor zu Ende gegangenen Weltkrieg. Zudem müsse die erste demokratische Verfassung Deutschlands, die der Weimarer Republik, ohne Frage weiterentwickelt werden. Deshalb bleibe den Parlamentarier:innen nichts anderes übrig, als die bisherige Formulierung im Verfassungsentwurf zu streichen und durch die im SPD-Antrag geforderte zu ersetzen.

Am Ende fügt Selbert noch hinzu: „Sollte der Artikel in dieser Fassung heute wieder abgelehnt werden, so darf ich Ihnen sagen, dass in der gesamten Öffentlichkeit die maßgeblichen Frauen wahrscheinlich dazu Stellung nehmen werden, und zwar derart, dass unter Umständen die Annahme der Verfassung gefährdet ist.“ Doch die Drohung der Sozialdemokratin macht wenig Eindruck auf die Abgeordneten der anderen Parteien im Parlamentarischen Rat. Ihretwegen, inklusive zweier weiblicher Abgeordneter, lehnt der Hauptausschuss den SPD-Antrag mit elf zu neun Stimmen ab. Zunächst bleibt es bei der alten Formulierung „Männer und Frauen haben die gleichen staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten.“

In der Folge starten die Sozialdemokrat:innen eine landesweite Kampagne, in deren Zentrum Elisabeth Selbert steht. So zeigt sie sich etwa nach außen hin überrascht, dass es überhaupt Widerstand gegen ihre Version des Gleichheitsgrundsatzes in der Verfassung gibt, sowohl von den männlichen als auch den wenigen weiblichen Abgeordneten. Dabei handelt es sich aber vielmehr um ein raffiniertes Politikmanöver mit dem Ziel, die SPD aufs Engste mit dem Thema Gleichberechtigung zu verbinden. Die bürgerlich-konservativen Kolleg:innen argumentieren hingegen für die Ablehnung der SPD-Formulierung mit den biologischen Unterschieden zwischen Mann und Frau. Auch scheinheilige Beteuerungen, schlicht den Schutz der Frauen im Sinn zu haben, machen wie üblich die Runde.

Zudem warnen die Gegner:innen vor einem Gesetzeschaos, das durch die Annahme des Gleichberechtigungsgrundsatzes in der Verfassung eintreten könne. Um ihnen dahingehend den Wind aus den Segeln zu nehmen, bietet Selbert eine Übergangsphase bis 1953 an, in der das BGB entsprechend angepasst werden solle. Dadurch kann sie etwa die weiblichen Abgeordneten der bürgerlichen Parteien auf ihre Seite ziehen. Zudem versuchen Selbert und viele andere SPD-Gliederungen auch in der Öffentlichkeit, Widerstand gegen die Entscheidung des Hauptausschusses zu mobilisieren. Sie machen etwa Zuhörerinnen auf verschiedenen Veranstaltungen klar, was für konkrete Folgen es habe, wenn die Gleichheit von Mann und Frau nicht eindeutig in der Verfassung festgehalten werde.

In der Folge tun Frauenvereine, Politikerinnen und Gewerkschafterinnen mit Telegrammen und Briefen sowie in Zeitschriften- und Zeitungsartikeln ihren Unmut über die Ablehnung von Selberts Gleichheitssatz kund. Häufig ist hier von einem überparteilichen Proteststurm der deutschen Frauen die Rede. Wäschekörbe voller Briefe sollen den Parlamentarischen Rat erreicht haben. Tatsächlich finden sich in den Quellen Eingaben von Frauen mit verschiedenen politischen Ansichten, darunter wohl nur rund 50 zum Thema Gleichberechtigung. Es ist vor allem Selbert, die diesen Protest durch kluges Agieren und ihr rhetorisches Talent größer wirken lässt, als er tatsächlich ist.

3. Orientierung für heute

Elisabeth Selbert verfolgt stets den Ansatz, Dinge ganz oder gar nicht zu tun. Dies setzt sie auch in ihrer Zeit im Parlamentarischen Rat konsequent um, als sie, wie sie selbst sagt, einen „Zipfel der Macht“ in der Hand hält. Sie handelt sehr strategisch und taktisch klug, macht das Beste aus den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln. Heute wissen wir, dass diese Mittel, etwa der öffentliche Protest nach der vorläufigen Ablehnung ihres Gleichheitsgrundsatzes, weitaus überschaubarer sind, als man jahrzehntelang annahm. Doch dies hindert die Sozialdemokratin nicht daran, sie zielgenau einzusetzen.

Heute ist Selbert vor allem für ihren Kampf um die gleichen Rechte für Frauen bekannt, doch sie selbst versteht sich zeitlebens nicht als explizite Frauenrechtlerin. Politische Themen, denen sie ihre Aufmerksamkeit etwa in ihren zwölf Jahren im Hessischen Landtag widmet, sind die Entnazifizierung, der soziale Wohnungsbau, das Recht auf Kriegsdienstverweigerung oder die Überführung von Industriebetrieben in Allgemeinbesitz. Während der zweiten Frauenbewegung in den 1970er Jahren zeigt sie sogar Unverständnis für die „Frauenrechtleri“.

Doch auch wenn Selbert weniger Frauenrechtlerin als in erster Linie sozialdemokratische Parteipolitikerin ist, ändert dies nichts daran, dass ihr der Gleichberechtigungsgrundsatz in der bundesrepublikanischen Verfassung zu verdanken ist. Es gelingt ihr, die Abstimmung über den Antrag ihrer Partei zu einer Abstimmung über Gleichberechtigung im Allgemeinen zu machen. Durch die ursprüngliche Ablehnung der bürgerlichen Parteien schafft sie es, das Thema Gleichberechtigung mit der SPD zu verbinden und sie als emanzipatorischen Gegenentwurf zu präsentieren. Die Arbeit im Parlamentarischen Rat bezeichnet Selbert später als den Höhepunkt ihrer politischen Karriere. Ihr größter Erfolg hierbei ist sicherlich der Gleichberechtigungsgrundsatz.

Mit diesem Satz in der Verfassung ist das Ziel der faktischen Gleichheit zwar noch nicht erreicht. Das ist es bis heute nicht. Doch ohne Selberts Einsatz wäre das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland 1949 ohne die gesetzliche Gleichheit der Geschlechter in Kraft getreten. Damit legt ihre Arbeit im Parlamentarischen Rat die Basis für viele Gesetze und Regelungen, die bis heute im Kampf um Geschlechtergerechtigkeit wirksam sind.

Elisabeth Selbert (1896–1986) besucht ab 1912 die Kasseler Gewerbe- und Handelsschule, weil sich die Eltern das Gymnasium nicht leisten können. Während des Ersten Weltkriegs arbeitet sie bei der Reichspost. 1918 tritt sie in die SPD ein. Eine juristische Ausbildung anstrebend, holt sie 1926 zuerst das Abitur nach und studiert dann als eine von wenigen Frauen Rechts- und Staatswissenschaften. Nach dem erfolgreich abgeschlossenen Studium wird Selbert 1934 trotz Widerstands der nationalsozialistischen Führung als Anwältin zugelassen und eröffnet im gleichen Jahr eine eigene Praxis. Als der Zweite Weltkrieg endet, geht die Sozialdemokratin zunächst in die Kommunalpolitik und ist darüber hinaus in der Hessischen Verfassungsberatenden Landesversammlung tätig. 1948 wird Selbert dann in den Parlamentarischen Rat gewählt. Obwohl sie eine von vier Müttern des Grundgesetzes ist, bleibt ihr anschließend in der Bundesrepublik eine politische Karriere in der großen Politik verwehrt.

2.3 Neue Strukturen aufbauen – Uta Leichsenring und die Polizei (Dennis Riffel)

1. Die demokratische Handlung

Potsdam, im Frühjahr 1991. Bewegte Zeiten für Uta Leichsenring. Zuerst 1989 die Friedliche Revolution, dann beteiligt sie sich an der Auflösung der Stasi in Potsdam. Seit nicht einmal einem Jahr leitet die 40-Jährige die Potsdamer Außenstelle der neugegründeten Stasiunterlagenbehörde, deren Aufgabe es ist, Opfern der SED-Diktatur Akteneinsicht zu ermöglichen und damit herauszufinden, wie perfide das Spitzelsystem des DDR-Unrechtsstaates arbeitete. Da fragt sie der Brandenburgische Innenminister Alwin Ziel, ob Sie bereit wäre, beim Neuaufbau der Polizei im Land Brandenburg zu helfen. Genauer: in Eberswalde. Und nicht einfach irgendwie helfen, sondern als Polizeipräsidentin des noch zu gründenden Polizeipräsidiums Eberswalde den Aufbaustab leiten. Uta Leichsenring gibt zunächst keine Antwort, sie ist völlig überrascht und bittet um Bedenkzeit. Nicht ein paar Tage, sondern mehrere Wochen. Sie berät sich mit Freund:innen, die ihr raten, die Stelle anzunehmen. Sie selbst ist sich unsicher, denn sie hängt auch an ihrer Potsdamer Tätigkeit. Ihre Gefühlssituation beschreibt sie in einem Interview 2021:

„Und wir haben gerade diese Behörde und damit auch die Außenstellen aufgebaut und da ist es mir nicht so leichtgefallen. Denn beides war neu, beides fand ich unglaublich wichtig und habe mich dann aber entschieden, diesen Aufbaustab für die neue Polizei in Eberswalde zu leiten, wohl wissend, dass es wohl ein Risiko auch für mich selber war.“

Ihr ist klar: Die ehemalige Volkspolizei, die in der DDR ein Teil des Unterdrückungsapparates war, nach rechtsstaatlichen Prinzipien zu reformieren, ist eine Mammutaufgabe, an der man sehr leicht scheitern kann. Und der Zeitdruck ist enorm, denn die Polizei muss funktionieren, ihre Aufgaben liegen buchstäblich auf der Straße. Schon sind mancherorts rechtsfreie Räume entstanden und rassistisch motivierte Jugendgewalt bricht sich Anfang der 1990er Jahre Bahn. Auch in Eberswalde, wo sich 1990 ein rassistischer Mord ereignet.

Uta Leichsenring denkt auch an ihre Familie, ihr jüngster Sohn ist damals erst elf. Aber ihr Mann sagt ihr zu, sich um die Kinder zu kümmern, wenn sie die Stelle in Eberswalde annimmt. Sie überlegt auch:

„Es ist immer die Frage – wem überlässt man das Feld, wenn man das nicht macht.“ Jemandem aus den Reihen der altgedienten Polizeiführer diese wichtige Aufgabe zu überlassen, der dann alles so machen würde, wie er es im SED-Staat gelernt hat, das war für Uta Leichsenring eine schwer zu ertragende Vorstellung.

Dann, nach Wochen der Entscheidungsfindung und vielen Gesprächen, sagt sie zu.

Am 1. Juli 1991 ernennt der Brandenburgische Innenminister sie zur ersten Polizeipräsidentin des neu geschaffenen Präsidiums Eberswalde.

Sie beginnt vom ersten Tag an, neue Strukturen zu schaffen, setzt auf Fort- und Weiterbildung der Polizist:innen. Und auf einen guten Draht zur Zivilbevölkerung. Nicht mehr der verlängerte Arm einer systematisch unterdrückenden und manchmal willkürlich auftretenden Staatsmacht zu sein, das verlangt ein Umdenken der früheren Volkspolizist:innen. Es braucht jemanden, der von außerhalb der alten Strukturen kommt, um Polizei neu und demokratisch zu denken. Und jemanden, der seine Erfahrungen mit der alten Staatsmacht gemacht hat und genau weiß, dass sie ein demokratisches Staatswesen und kein repressives Unrechtssystem mehr haben will. Jemanden wie Uta Leichsenring.

2. Der historische Kontext

Uta Leichsenring wird 1950 in Radebeul in Sachsen geboren, ein Jahr nach Gründung der DDR. Sie wächst in Wilhelmshorst bei Potsdam auf und wird zunächst Facharbeiterin für Datenverarbeitung und Ökonomin für Organisation und Datenverarbeitung. Sie schließt sich der Bürgerrechtsbewegung in der DDR an und erlebt die Friedliche Revolution 1989. Über diese Zeit berichtet sie:

„Aber da muss ich sagen, ich bin kein Mensch, der nur die Sicherheit sucht. Deswegen war es 1989/90 auch für mich wie so eine sehr persönliche Befreiung, dass ich mich endlich einbringen konnte und mitwirken konnte.“

Einbringen und mitwirken, das wird fortan ihr Lebensmotto. Als im Dezember 1989 bekannt wird, dass der Staatssicherheitsdienst der DDR seit Wochen Akten vernichtet, um die Beweise für Überwachung und Repression zu zerstören, besetzen Bürger:innen die Stasidienststellen. Um die Akten sicherzustellen und die Dienststellen aufzulösen, bilden sich Bürgerkommissionen. Eine Freundin bittet Uta Leichsenring aus Zeitnot, statt ihrer an dem ersten Treffen der Bürgerkommission in Potsdam teilzunehmen. Daraufhin wird sie Mitglied der Kommission, die von Altkadern der Stasi unterwandert ist, weshalb Leichsenring sie schnell wieder verlässt. Sie merkt, dass es immer noch systemtreue Funktionäre gibt, die sich gegen alles Neue wehren. Eine Erfahrung, die sie später auch als Polizeipräsidentin machen wird.

1990 wird sie Beauftragte eines Parlamentarischen Sonderausschusses, der die Auflösung des Ministeriums für Staatssicherheit kontrollieren soll. Der Vorsitzende dieses Ausschusses ist Joachim Gauck, der Rostocker Pfarrer, der sich um die Friedliche Revolution verdient gemacht hat. Er steht nun dafür ein, dass das Spitzelsystem der DDR aufgedeckt wird und die Opfer der staatlichen Ausspähung und Repression Einsicht in ihre Akten erhalten können. Uta Leichsenring leistet in sei-

nem Sinn Aufbauarbeit in Potsdam und organisiert die dortige Außenstelle der sich in Gründung befindenden Stasiunterlagenbehörde. Hier tritt sie als engagierte Planerin auf, was Innenminister Alwin Ziel vermutlich dazu bewegt, sie für die Stelle an der Spitze der Eberswalder Polizei vorzuschlagen. Dass sie keine polizeiliche Ausbildung hat und auch keine Juristin ist, sieht er in dieser besonderen Situation des Systemwechsels nicht als Mangel an Qualifikationen. Uta Leichsenring steht als Bürgerrechtlerin sehr deutlich für den Neuanfang, zugleich ist sie aber jemand aus Brandenburg, kennt die Region, ist kein Westimport.

Die Herausforderungen, auf die sie bei ihrem Amtsantritt stößt, sind überwältigend. Verkehrsunfälle und Straftaten nehmen rasant zu. Seit Monaten mehren sich die Meldungen zu gewalttätigen Ausbrüchen und rassistischen Angriffen. Die Freiheit der noch nicht etablierten demokratischen Ordnung wirkt für manche zunächst wie ein rechtsfreier Raum. Der Zusammenbruch des alten Systems ist in Teilen Ostdeutschlands wie ein Ventil für Radikalisierung und Gewalt, besonders bei jungen Menschen.

In Eberswalde kommt es etwa in der Nacht auf den 25. November 1990 zu einem rassistischen Mord, der auch Uta Leichsenring immer wieder beschäftigt. Ein Mob rechtsextremer und rechtsorientierter Jugendlicher macht dort regelrecht Jagd auf Schwarze Menschen. Der 28-jährige angolische Vertragsarbeiter Amadeu Antonio wird dabei brutal zusammengeschlagen und erliegt am 6. Dezember 1990 seinen Verletzungen.

Dieser Mord, da ist sich Uta Leichsenring sicher, hätte verhindert werden können. Polizist:innen griffen nicht ein, obwohl sie informiert und vor Ort waren. Für Uta Leichsenring wird der kurz vor ihrem Amtsantritt geschehene Mord an Amadeu Antonio zu ihrem ganz persönlichen „Nie wieder“. Nie wieder sollten „ihre“ Polizist:innen rassistische Gewalt tatenlos und überfordert hinnehmen und Deeskalation mit Nichtstun verwechseln.

In späteren Interviews analysiert sie die innere Verfasstheit der Polizei in der Situation des Systemwechsels von der Diktatur in die Demokratie. Sie nimmt eine völlige Verunsicherung der Polizist:innen wahr. Ausgebildet und eingesetzt im militärisch strukturierten SED-Staat, wissen sie nun nicht mehr, welche Regeln für sie gelten. Was dürfen sie und was nicht, wie sollen sie den Bürger:innen gegenüber auftreten? Für Uta Leichsenring ist klar: „[...] eine neue Polizei kann man sich nicht backen. Die können wir ja nicht alle nach Hause schicken und dann erst mal neu ausbilden.“

Der zunehmenden Kriminalität und der rassistischen Jugendgewalt muss schnell etwas entgegengesetzt werden und für Uta Leichsenring steht fest, „es sollte natürlich nicht militärisch etwas entgegengesetzt werden“.

Das Problem des Rechtsextremismus beschäftigt sie während ihrer gesamten Dienstzeit bis 2002 und darüber hinaus. Denn die frühen rechtsextremen Ausbrüche

scheinen sich im Laufe der 1990er Jahre zu verfestigen. Republikaner und die NPD gründen Netzwerke, versuchen Jugendliche in ihre Gefüge einzubinden und samt ihrer diffusen Rechtsorientierung und allgemeinen Ablehnung Andersdenkender in ein festeres ideologisches Korsett zu stecken. Neben der Aufgabe, parteiliche Strukturen aufzubauen, organisieren die Rechtsextremisten Konzerte und Sommercamps.

Die Zivilgesellschaft sieht diesen Entwicklungen oft rat- und tatenlos zu. Rechte Demonstrant:innen besetzen die Marktplätze der Region oder marschieren vor Wohnheimen für Geflüchtete auf. Leichsenring konzentriert sich deshalb neben dem Umbau der Polizei selbst auch auf die Schaffung einer festen Kommunikationsstruktur mit der Zivilgesellschaft. Die Wohnheime und Sammelunterkünfte müssen unbedingt mit den Revierdienststellen verbunden werden. Ehrenamtliche Helfer:innen, aber auch Verwaltungsmitarbeiter:innen und Bürgermeister:innen müssen über grundsätzliche demokratische Rechte, wie etwa das Versammlungsrecht, aufgeklärt werden. Ein wichtiges Anliegen ist Uta Leichsenring auch, durch die Gründung und den Aufbau eines Netzwerks von Initiativen und Vereinen die zivilgesellschaftlichen Kräfte gegen den Rechtsextremismus zu stärken und ihm etwas entgegenzusetzen.

In der Polizei setzt sie auf Aus- und Weiterbildung, um für Rassismus zu sensibilisieren und überhaupt ein Problembewusstsein für dieses Phänomen innerhalb der Polizei zu schaffen. Sie entwickelt spezielle polizeiliche Ermittlungsstrukturen, die sich ausschließlich mit der Verfolgung und der Prävention rassistischer, antisemitischer und rechtsextremer Straftaten befassen. Außerdem ist es ihr wichtig, abgeschlossene und sehr hierarchische Strukturen zu brechen, um Korps-Geist und Seilschaften zu beseitigen, damit rassistisches Verhalten im Polizeidienst unterbunden und aufgeklärt werden kann.

3. Das vorbildhafte Verhalten

Besonders beim Übergang von einem Unrechtsstaat wie der DDR in ein demokratisches System muss Demokratie und demokratisches Handeln erst einmal etabliert werden. Eine innere Neuausrichtung hin zu demokratischen Grundsätzen ist deshalb in der Zeit nach der Friedlichen Revolution überall in Ostdeutschland notwendig. Dies gilt ganz besonders auch für die Polizei in den neuen Bundesländern, die mit einem enormen Imageverlust bei der Bevölkerung zu kämpfen hat. Im Unterschied zur Staatssicherheit, die ja verdeckt operierte, hat die Bevölkerung die Polizei als Repressionsapparat deutlich vor Augen. Deshalb ist die Entscheidung, nach der Friedlichen Revolution Spitzenpositionen in der Polizei mit „Zivilpersonen“ zu besetzen, sehr klug, damit das in Scherben liegende Vertrauen zwischen Exekutive und Bevölkerung neu belebt und aufgebaut werden kann.

Uta Leichsenring ist so eine Zivilperson, sie bringt außerdem ihre früheren Erfahrungen als Bürgerrechtlerin mit dem Unrechtssystem DDR mit. Außerdem ist sie ein „Landeskind“, kein „Wessi“, der oberlehrerhaft erklärt, wie das mit der Demokratie zu laufen habe. Letztlich, das betont Leichsenring später, ist das dringlichste Gebot des demokratischen Neuaufbaus, auf jeder Ebene Möglichkeiten zur Vorbildwirkung zu schaffen. Sie selbst nutzt die Macht ihrer Funktion, die sie als Verantwortung versteht, und geht mit starkem Vorbild voran, indem sie Demokratie lebt und damit demokratische Maßstäbe setzt. Vorbildhaft auch für heutige Polizeiarbeit ist das Verständnis für diejenigen, die den Schutz der Staatsmacht in dieser Zeit am dringendsten brauchen: alle, die rassistischen Übergriffen und Verbrechen ausgesetzt sind.

Aber auch die Entscheidung selbst, in der Situation des Systemwechsels in die Verantwortung als Polizeipräsidentin zu gehen, ist mutig und vorbildhaft. Uta Leichsenring hätte es bequemer haben können, aber sie geht eine schwierige Aufgabe entschlossen an, weil sie es für dringend notwendig hält, dass jemand wie sie die demokratische Aufbauarbeit im Polizeidienst übernimmt.

Uta Leichsenring (*1950) wird in Radebeul (Sachsen) in der DDR geboren. Nachdem sie ab 1989 maßgeblich an der Auflösung des Ministeriums für Staatssicherheit beteiligt ist, baut sie ab 1990 die Potsdamer Außenstelle der neugegründeten Stasiunterlagenbehörde auf. Von 1991 bis 2002 ist sie Polizeipräsidentin von Eberswalde. Sie initiiert das Netzwerk für ein tolerantes Eberswalde, das eines der ersten dieser Art bundesweit ist. Dann leitet sie von 2005 bis 2014 die Außenstelle des Bundesbeauftragten für die Stasiunterlagen in Halle. Sie ist ebenfalls Mitglied im Stiftungsrat der Amadeu-Antonio-Stiftung und lange Zeit im Beirat des bundesweit tätigen Bündnisses für Demokratie und Toleranz – gegen Extremismus und Gewalt aktiv. Im Vorstand des Vereins *Gegen Vergessen – Für Demokratie* ist sie ebenso engagiert wie in der *Bürgerstiftung Barnim-Uckermark*, die sie mitgegründet hat.

3. DEMOKRATIE LEBEN, GESTALTEN UND WEITERENTWICKELN

Da wir (immer noch) in einer Demokratie leben, wird der Fundus der Demokratiegeschichte in Deutschland Jahr für Jahr größer – und das ist gut so. Es gibt also viele Geschichten von Menschen, die in einer Demokratie gelebt haben oder noch leben.

In der deutschen Geschichte bieten sich vor allem folgende Zeitabschnitte für eine tiefere Betrachtung des Lebens in einer Demokratie an:

- 1919–1933: Weimarer Republik
- 1949–1989: Bundesrepublik Deutschland
- 1990 bis heute: Bundesrepublik Deutschland nach Friedlicher Revolution und Wiedervereinigung

Zum Gestalten und Leben gehören ein funktionsfähiger Staat wie auch Bürger:innen, die bereit sind, sich für das Gemeinwohl einzusetzen:

- Übernahme von Wahlämtern in der repräsentativen Demokratie
- Handeln von Staatsbediensteten im Sinne der Demokratie
- Engagement und gemeinnützige Arbeit
- Umsetzen demokratischer Prinzipien im Alltag, etwa in Schulen, im Arbeitsumfeld, in der Freizeit oder der Familie

In der DDR blieb es den Menschen verwehrt, eine Demokratie in ihren Institutionen zu gestalten. Wohl aber gab es demokratisches Engagement Einzelner oder von Gruppen für das Gemeinwohl. Menschen versuchten, demokratische Prinzipien zu leben. Letztlich blieben die Möglichkeiten aber unter den Bedingungen einer Diktatur begrenzt. Demokratisches Engagement gelangte in den Fokus der Überwachung und wurde unterdrückt. Manche Menschen, die Demokratie leben wollten, zogen sich zurück, andere versuchten, nicht aufzufallen. Wieder andere entschieden sich, für ihre Überzeugungen zu kämpfen. Das Beispiel DDR zeigt, dass klare Grenzen zwischen den verschiedenen Phasen der Demokratiegeschichte bisweilen schwer zu ziehen sind.

Weiterentwickeln bedeutet, sich nicht auf dem Status quo auszuruhen. Demokratie ist Entwicklung. Unsere heutigen Vorstellungen und Erwartungen sind nicht identisch mit denen von Menschen vergangener Zeiten. Zwar können Kernelemente in einer Verfassung fixiert werden, die das Ergebnis eines demokratischen Prozesses ist. Die Auslegung und Weiterentwicklung in der Praxis aber ist veränderbar. Demokratie bedeutet, dass um politische Vorstellungen und Konzepte gerungen wird und sich daraus auch Veränderungen ergeben.

Zur Weiterentwicklung gehören:

- Menschen, die das, was sie gut können, intensivieren und damit ihre Potenziale für das Wohl aller einbringen.
- Menschen, die sich am Fehlerhaften und Nicht-Erreichten reiben. Ihre Kritik und ihr Protest sind ein Motor für die Weiterentwicklung der Demokratie.

Eine lebendige Demokratie ist die beste Art des Verfassungsschutzes. Wo engagierte Bürger:innen den Marktplatz bevölkern, bleibt wenig Raum für jene, die der Demokratie entgegenstehen.

3.1 Anerkennung radikal einfordern – Romani Rose und der Hungerstreik (Dennis Riffel)

1. Die demokratische Handlung

Am 4. April 1980, es ist Karfreitag, versammeln sich zwölf Sinti in der Versöhnungskirche auf dem Gelände der KZ-Gedenkstätte Dachau bei München. Ihr Sprecher, der 33 Jahre alte Sinto Romani Rose, kündigt einen Hungerstreik an. Die Hauptforderungen der Streikenden sind die offizielle Anerkennung des NS-Völkermords an den Sinti und Roma und die sofortige Beendigung ihrer polizeilichen Sondererfassung. Vier der Streikenden sind KZ-Überlebende, was dem Protest ein besonderes moralisches Gewicht verleiht. Dazu kommt der außergewöhnliche Ort des Protests. Die evangelische Versöhnungskirche, die den Streikenden von der bayerischen Landeskirche zur Verfügung gestellt wird, ist auf Initiative von KZ-Überlebenden in den 1960er Jahren direkt auf dem Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers Dachau als Ort der Versöhnung und des Gedenkens errichtet worden. Der Protest der zwölf Sinti, die ab dem 4. April 1980 in dieser Kirche übernachteten und jegliche Nahrung verweigern, wird zu einem Medienereignis. Journalist:innen aus dem In- und Ausland berichten täglich. Und zum ersten Mal erleben Sinti und Roma im Nachkriegsdeutschland eine Welle öffentlicher Solidarität. Bürger:innen, Politiker:innen und Prominente wie der Schriftsteller Heinrich Böll, der Journalist Rudolf Augstein und der Musiker Yehudi Menuhin stellen sich hinter die Streikenden.

Nach einigen Tagen spitzt sich die Situation in der Versöhnungskirche zu. Die Hungerstreikenden sind bereits sehr erschöpft und am Rande des körperlichen Zusammenbruchs. Aber sie machen deutlich: Wir geben nicht auf. Die evangelische Kirche vermittelt zwischen dem bayerischen Innenministerium und den Streikenden. Romani Rose wird als ihr Sprecher ins Innenministerium eingeladen. Nach einer

siebenstündigen Diskussion ist ein Kompromiss gefunden: Am 12. April 1980 endet der Hungerstreik mit dem Besuch des damaligen Bundesjustizministers Hans-Jochen Vogel in der Versöhnungskirche. Er sagt den Streikenden politische Rückendeckung zu und bezeichnet den Hungerstreik als „ganz wichtigen Anstoß“. Die bayerische Landesregierung versichert, Diskriminierungen gegenüber Sinti und Roma zukünftig abbauen zu wollen. Nicht alle Forderungen der Streikenden sind erfüllt, aber sie können einen Teilerfolg feiern.

Der Hungerstreik von Dachau gibt der jungen Bürgerrechtsbewegung der Sinti und Roma in Deutschland großen Auftrieb. Romani Rose, der Sprecher der zwölf Streikenden von Dachau, wird im Februar 1982 Vorsitzender des neu gegründeten Zentralrats Deutscher Sinti und Roma. Im selben Jahr erkennt Bundeskanzler Helmut Schmidt den Völkermord an den Sinti und Roma offiziell an. Aber es dauert noch bis 1995, bis sie als nationale Minderheit in Deutschland anerkannt werden. Seit 2012 gibt es im Berliner Tiergarten auch das Denkmal für die im Nationalsozialismus ermordeten Sinti und Roma Europas. Viel wurde erreicht – und dennoch erfahren Sinti und Roma immer noch Ausgrenzung und Diskriminierung, überall auf der Welt, jeden Tag.

2. Der historische Kontext

1979 strahlt das deutsche Fernsehen die US-Serie „Holocaust“ aus und löst damit eine große öffentliche Diskussion über den Völkermord an den Juden aus. Fast unbekannt ist dagegen, dass die nationalsozialistische Verfolgungs- und Vernichtungspolitik auch die Sinti und Roma betrifft, eine Volksgruppe, die vor über 1.000 Jahren aus Indien Richtung Westen gewandert und seit Jahrhunderten im deutschsprachigen mitteleuropäischen Raum beheimatet ist. Die Nationalsozialisten knüpfen an Diskriminierungen und staatlichen Zwangs- und Überwachungsmaßnahmen an, die sich schon im Kaiserreich und der Weimarer Republik gegen die als „Landfahrer“ bezeichneten Sinti und Roma gerichtet haben. Das NS-Regime bezieht die etwa 30.000 in Deutschland lebenden Sinti und Roma in die rassistischen Bestimmungen der Nürnberger Gesetze von 1935 ein und beginnt, akribisch Daten über sie zu sammeln. Die Ausgrenzungs- und Entrechtungsmaßnahmen, die sich gegen jüdische Menschen richten, werden auch auf Sinti und Roma angewendet. In vielen deutschen Städten werden schon ab 1935 Sammellager für sie errichtet. Dies erleichtert ihre spätere Deportation in Konzentrations- und Vernichtungslager. Rund 500.000 Sinti und Roma aus ganz Europa werden ermordet.

Während nach 1945 der Völkermord an der jüdischen Bevölkerung als Menschheitsverbrechen anerkannt wird und sich auch in der Bundesrepublik Deutschland langsam eine Erinnerungskultur an dieses deutsche Verbrechen etabliert, kommt der

„Porajmos“ genannte Völkermord an den Sinti und Roma in der Erinnerungskultur der Bundesrepublik bis in die 1980er Jahre hinein nicht vor. Das Grundproblem ist, dass die rassistischen Denkmuster, die zum Porajmos geführt haben, in der Nachkriegszeit ungebrochen weiterexistieren und dazu führen, dass Sinti und Roma weiterhin kriminalisiert werden. Bezeichnend ist ein Urteil des Bundesgerichtshofes von 1956, das feststellt, dass nicht „rassenideologische Gesichtspunkte“ für die Verfolgung der Sinti und Roma bis 1943 verantwortlich seien, sondern die „asozialen Eigenschaften der Zigeuner“. Diese zutiefst rassistische Einschätzung des obersten deutschen Gerichts offenbart die Haltung und Grundstimmung, die in der Nachkriegszeit gegenüber den Sinti und Roma in der Bevölkerung, vor allem aber auch in Behörden und staatlichen Einrichtungen vorherrschte.

Besonders krass ist die Kriminalisierung der Sinti und Roma in Bayern. Dort gilt bis 1970 eine sogenannte „Landfahrerordnung“, die Grundrechte von Sinti und Roma einschränkt. Bei der bayerischen Kriminalpolizei sammelt eine „Landfahrerzentrale“ bis 1965 persönliche Daten von Sinti und Roma aus dem gesamten Bundesgebiet. Dort verwendet man ohne Skrupel auch die Akten der „Rassenhygienischen Forschungsstelle“ aus der NS-Zeit für die Polizeiarbeit. Hinzu kommen die personellen Kontinuitäten zur NS-Zeit in Polizei und Justiz. So arbeiten in der „Landfahrerzentrale“ der bayerischen Kriminalpolizei nach 1945 Beamte, die unmittelbar am Völkermord an den Sinti und Roma beteiligt waren, ohne jemals dafür belangt worden zu sein. Der Hungerstreik in Dachau richtet sich im Kern gegen diese Kontinuität der Kriminalisierung und verlangt die Herausgabe der „Landfahrerkartei“. In diesem Punkt mauert das bayerische Innenministerium. Die „Landfahrerkartei“ sei längst vernichtet, Akten könnten daher nicht übergeben werden. Auch zu einer politischen Verurteilung der Tätigkeit der „Landfahrerzentrale“ kann sich das Innenministerium damals nicht durchringen.

Ein maßgeblicher Antrieb für Romani Roses Engagement ist seine Familiengeschichte. Kurz nach dem Zweiten Weltkrieg in Heidelberg geboren, erfährt er früh, dass 13 seiner unmittelbaren Verwandten in Konzentrationslagern ermordet worden sind, darunter auch seine Großeltern im Vernichtungslager Auschwitz und im Konzentrationslager Ravensbrück. Sein Vater, Oskar Rose, hat die NS-Zeit in einem Versteck überlebt. Romani Roses Onkel, Vinzenz Rose, hat das Vernichtungslager Auschwitz sowie medizinische Experimente im Konzentrationslager Natzweiler und die Zwangsarbeit im KZ Neckarelz/Obrigheim überlebt. Vinzenz Rose gründet im Jahr 1972 die erste Selbstorganisation deutscher Sinti, in der Romani Rose schon als junger Erwachsener mitarbeitet. Immer stärker wächst er in die Bürgerrechtsarbeit hinein. 1979 wird Romani Rose zum Vorsitzenden des Verbands Deutscher Sinti gewählt. Der Hungerstreik in Dachau macht ihn international bekannt. Diese

Popularität nutzt er für die erfolgreiche Bürgerrechtsarbeit, die er ab 1982 bis heute als Vorsitzender des Zentralrats der Sinti und Roma leitet.

3. Das vorbildhafte Verhalten

Ein Hungerstreik ist eine radikale Protestform, die sich Anfang des 20. Jahrhunderts verbreitet, zunächst vor allem als eine Möglichkeit von politischen Gefangenen, auf ihre Situation und ihre politischen Ziele aufmerksam zu machen. Ab den 1960er Jahren etabliert sich der Hungerstreik als Teil einer politischen Protestkultur auch außerhalb von Gefängnissen. Er wird bis heute von unterschiedlichen Bewegungen genutzt, nicht alle verfolgen dabei demokratische oder menschenrechtliche Ziele. Kann denn ein Protest vorbildhaft sein, der politischen Druck erzeugt, indem die Bereitschaft signalisiert wird, Schaden am eigenen Körper und sogar den Tod hinzunehmen?

Im Falle des Hungerstreiks von 1980 in Dachau wird deutlich, wie sehr die Bewertung verschiedener Protestformen vom historischen Kontext abhängt. Sinti und Roma sind im Nachkriegsdeutschland eine marginalisierte Minderheit, die während der NS-Zeit unvorstellbares Leid erfahren hat, das aber in dieser Zeit überhaupt nicht anerkannt, geschweige denn entschädigt wird. An die Möglichkeit, Entschädigung für erlittenes NS-Unrecht zu bekommen, ist für diese Gruppe überhaupt nicht zu denken, auch weil Polizei und Justiz damals beharrlich Akten unter Verschluss halten, die zum Nachweis der Verfolgung nötig sind.

Die sich formierende Bürgerrechtsbewegung der Sinti und Roma versucht zunächst mit Demonstrationen und Flugblättern gegen die Marginalisierung, Ausgrenzung und Kriminalisierung dieser Minderheit vorzugehen. Aber die Proteste und Aktionen verhallen weitgehend ungehört und ohne Echo in der Öffentlichkeit. Nach wie vor werden Sinti und Roma von Polizei und Justiz als kriminell und „asozial“ betrachtet, der geschehene Völkermord wird negiert. Die Gruppe um Romani Rose versucht schon vor dem Hungerstreik, mit dem bayerischen Innenministerium ins Gespräch zu kommen, wird aber brüsk abgewiesen. Daher entschließen sich die zwölf, ihre eigene Gesundheit aufs Spiel zu setzen, um das Nicht-wahrgenommen-Werden zu durchbrechen. Und das am Ort der NS-Verbrechen, auf die man aufmerksam machen will: dem ehemaligen Konzentrationslager Dachau vor den Toren Münchens. Die Strategie ist mutig, genial und sie geht auf: Endlich werden die deutsche und die internationale Öffentlichkeit auf das Schicksal der Sinti und Roma aufmerksam.

Aber nicht die Strategie ist das Vorbildliche, sondern das Verhalten der Streikenden in dem Moment, als es zu Gesprächen mit dem bayerischen Innenministerium kommt. Romani Rose und seine Gruppe sind klug genug, den Streik zu beenden,

obwohl längst nicht alle Forderungen erfüllt sind. Romani Rose weiß in diesem Moment: Die Diskriminierung der Sinti und Roma wird nicht über Nacht aufhören. Aber ab jetzt wird sich nach und nach etwas ändern, der geschlossene Kompromiss mit den staatlichen Stellen wird dazu führen, dass die Bürgerrechtsarbeit ausgeweitet und auf andere Füße gestellt werden kann. Unbeugsamkeit signalisieren, im richtigen Moment nachgeben können und dann kontinuierlich weiterarbeiten und die großen Ziele nicht aufgeben – diese Mischung führt bei Romani Rose zu einem demokratischen Erfolg.

Romani Rose (*1946) kommt in Heidelberg zur Welt, wo er bis 1982 als selbstständiger Kaufmann arbeitet. Die Nationalsozialisten haben 13 Angehörige seiner Familie im Porajmos ermordet, dem Völkermord an den europäischen Sinti und Roma. Rose setzt sich seit über vier Jahrzehnten für die Bekanntmachung des Ausmaßes dieses Genozids und entsprechende Entschädigungsleistungen sowie für Minderheitenrechte und den Schutz vor Diskriminierung ein. Eine der ersten und radikalsten Aktionen seiner Bürgerrechtsarbeit ist der von ihm initiierte Hungerstreik im ehemaligen KZ Dachau 1980. 1982 wird er Gründungsvorsitzender des *Zentralrats Deutscher Sinti und Roma*. Bis heute ist er Zentralratsvorsitzender, ein Amt, das alle vier Jahre von den Delegierten der Mitgliedsorganisationen des Zentralrats gewählt wird. Seit 1991 ist Rose zudem Geschäftsführer und Vorsitzender des *Dokumentations- und Kulturzentrums Deutscher Sinti und Roma* in Heidelberg.

3.2 Bestehende Verhältnisse klar benennen und infrage stellen – May Ayim und die deutsche Mehrheitsgesellschaft (Ulli Engst)

1. Die besondere Handlung

Die Veröffentlichung des Buches *Farbe bekennen. Afro-deutsche Frauen auf den Spuren ihrer Geschichte* steht am Ende einer richtungweisenden Phase im Leben der Herausgeberinnen. Seit Sommer 1984 arbeiten die Frauen an dem Buch, in dem sie sich mit Gegenwart und Vergangenheit afrodeutschen Lebens in Deutschland auseinandersetzen. Aus einem Projekt vor allem jüngerer Frauen, die gemeinsam ihre Texte und Gedichte veröffentlichen wollen, erwächst in dieser Zeit die Idee, so viele Generationen wie möglich in der Veröffentlichung zu Wort kommen zu lassen. Das Buch erscheint, herausgegeben von Katharina Oguntoye, Dagmar Schultz und May Ayim, erstmalig 1986 im *Orlanda Frauenverlag* in Berlin.

Die 26-jährige May Ayim, die damals noch unter dem Namen May Opitz veröffentlicht, liefert mit ihrer Diplomarbeit den wissenschaftlichen Rahmen für *Farbe bekennen* und ordnet dessen Inhalte in den historischen Kontext ein. Die Abschlussarbeit *Afro-Deutsche: Ihre Kultur- und Sozialgeschichte auf dem Hintergrund gesellschaftlicher Veränderungen* ist die erste akademische Untersuchung zu afrodeutscher Geschichte überhaupt. Der erste angefragte Betreuer an der Universität Regensburg lehnt sie noch mit dem Argument ab, das Thema sei nicht relevant, weil es in Deutschland keinen Rassismus mehr gebe. Eine Dozentin in Berlin sieht das anders und nimmt das fortschrittliche Forschungsvorhaben an.

In vielerlei Hinsicht ist *Farbe bekennen* ein Buch, das ohne May Ayim so niemals zustande gekommen wäre. Die Afrodeutsche schreibt nicht nur selbst, sondern führt auch zahlreiche Interviews. Ayim möchte damit zum einen die weiße⁸⁹ Mehrheitsgesellschaft auffordern, sich mit afrodeutscher Geschichte zu beschäftigen. Zum anderen nützt das Vorhaben auch ihrer persönlichen Entwicklung. Wie sie selbst sagt, erfährt auch sie erst durch die Arbeit an *Farbe bekennen*, dass Schwarze Menschen schon sehr lange in Deutschland leben, nicht erst seit den 1950er Jahren.

Mit *Farbe bekennen* setzen sich Ayim und die anderen Autorinnen sowohl mit sich selbst und ihrer eigenen Identität auseinander, aber auch mit der deutschen Gesellschaft, deren Teil sie sind. Eine Tatsache, die nicht nur Ende der 1980er Jahre viele weiße Deutsche nicht akzeptieren wollen. Die Frauen legen mit ihren Beiträgen Verbindungslinien zwischen individuellen Erfahrungen und deren Relevanz in gesamtgesellschaftlichen Kontexten offen.

So auch mit Blick auf die Frage, wessen Geschichte gemeint ist, wenn von deutscher Geschichte gesprochen wird. *Farbe bekennen* setzt sich erstmals auf vielen Ebenen intensiv mit der afrodeutschen Geschichte auseinander. Im Vorwort schreiben die Herausgeberinnen: „Vor unseren Augen stand unsere Vergangenheit, die eng verknüpft ist mit der kolonialen und nationalsozialistischen deutschen Geschichte.“ Damit ist das Buch auch Ausdruck des Wunsches, von der Mehrheitsgesellschaft nicht mehr übersehen zu werden.

Farbe bekennen hat außer für afrodeutschen Frauen auch Bedeutung für andere Migrantinnen und Women of Color. Indem es auf wissenschaftlicher und auf unterschiedlichen persönlichen Ebenen eindrücklich aufzeigt, wie häufig Rassismus und Sexismus lückenlos ineinandergreifen und zusammenwirken, beschreiben Ayim und ihre Mitautorinnen ein Phänomen, das Jahrzehnte später als Intersektionalität

89 Die Begriffe Schwarz und *weiß* beschreiben hier nicht die Hautfarbe von Menschen, sondern die sozialen und politischen Konstruktionen, die mit der Zugehörigkeit zur jeweiligen gesellschaftlichen Gruppe einhergehen. Um dies zu verdeutlichen, werden die Begriffe groß (Schwarz) bzw. kursiv (*weiß*) geschrieben.

weithin bekannt sein wird. Auch deshalb bildet *Farbe bekennen* das Fundament für die Bewegung afrodeutscher Menschen sowie für zahlreiche Forschungsarbeiten in Deutschland und international.

2. Der historische Kontext

May Ayims Engagement geht weit über die Herausgeberschaft von *Farbe bekennen* hinaus. Ihr Ziel, afrodeutsche Identitäten in Gegenwart und Vergangenheit sichtbar zu machen und damit den Mythos einer rein *weißen* deutschen Gesellschaft infrage zu stellen, verfolgt sie nicht nur als Wissenschaftlerin, sondern auch als Logopädin, Dozentin, Dichterin und Aktivistin. So ist sie Mitgründerin der *Initiative Schwarze Deutsche und Schwarze in Deutschland (ISD)*; sie knüpft Kontakte in die internationale Schwarze Frauenbewegung, beispielsweise zur US-amerikanischen Bürgerrechtsaktivistin Audre Lorde; sie hält Vorträge und verfasst lyrische Texte gegen rassistische Diskriminierung; sie kritisiert Bezeichnungen wie das N-Wort, „Mischling“ oder „Besatzungskind“; sie beschreibt die Bundesrepublik als einen Staat, der sich nicht als Einwanderungsland versteht. An fast jeder Front stoßen Ayim und ihre Mitstreiter:innen auf Widerstand der *weißen* Mehrheitsgesellschaft.

So beginnt beispielsweise „afrikanische Geschichte“ im deutschen Geschichtsverständnis meist mit der Entdeckung und Erschließung des Kontinents durch die europäischen Großmächte. Afrikanische Menschen leben aus diesem Blickwinkel heraus davor auf einem geschichts- und kulturlosen Erdteil. Weil das Deutsche Reich im 19. und frühen 20. Jahrhundert im Vergleich zu anderen Großmächten nur für eine verhältnismäßig kurze Zeit Kolonien besitzt, nimmt die deutsche Öffentlichkeit den Kolonialismus und dessen Folgen kaum wahr und noch weniger ernst.

Die historische Realität, über die nicht gesprochen wird, sieht hingegen anders aus. Spätestens seit dem Kaiserreich sind Schwarze Menschen, teilweise freiwillig, teilweise unfreiwillig, Teil der deutschen Gesellschaft. Entsprechend leben ihre Nachkommen in Einzelfällen mittlerweile in der fünften Generation hier. In der aktuellen deutschen Gesellschaft bilden Afrodeutsche eine große Gruppe. Trotzdem hält sich in den Köpfen vieler Deutscher hartnäckig das Verständnis, dass nur *weiße* Menschen deutsch sind und sein können.

Der schulische Geschichtsunterricht ist für viele Menschen der erste Ort, an dem sie ein solches Geschichtsbewusstsein formen. In Deutschland kommen dort Kolonialismus, Rassismus und deren Auswirkungen nur am Rande vor, meist in beschönigender Weise. May Ayim fällt in einem ihrer Beiträge das vernichtende Urteil, dass bezüglich dieser Themen vor allem Fehlinformationen verbreitet und Verdummung betrieben werden. Was das für konkrete Folgen für deutsche

Schüler:innen hat, weiß sie aus eigener Erfahrung nur allzu gut. Diese Art von Geschichtsunterricht vermittelt People of Color (PoC) wie ihr aktiv das Gefühl, minderwertig zu sein und nicht dazuzugehören.

Im Oktober 1990 werden die beiden deutschen Staaten, im Westen die Bundesrepublik Deutschland, im Osten die Deutsche Demokratische Republik, wiedervereinigt. Nachdem die Mauer, die Europa über Jahrzehnte getrennt hat, im Jahr zuvor gefallen ist, sind die Deutschen nun wieder ein Volk. Doch wer bildet eigentlich dieses Volk? Manche gesellschaftlichen Probleme, die Deutschland in den 1990er Jahren beschäftigten, lassen sich auf die Frage zurückführen, wer eigentlich Teil dieses wiedervereinigten, demokratischen Staates sein darf.

Die Zugehörigkeit zur deutschen Nation hängt auch weiterhin stark von der ethnischen Herkunft der jeweiligen Person bzw. von ihrer „Rasse“ ab, ein Begriff, der eigentlich auch schon in den 1990er Jahren veraltet ist. PoC wird durch dieses Denken das Deutschsein grundsätzlich abgesprochen. Daran ändert auch die Wiedervereinigung, die von vielen *weißen* Deutschen als Sieg der Demokratie verstanden wird, erst einmal nichts. Ayim sieht diese historische Entwicklung angesichts eines erstarkenden Nationalismus und zu- statt abnehmender Diskriminierung von Minderheiten sehr kritisch. Für sie ist es vielmehr eine „Sch-Einheit“.

Im Vorwort zur aktualisierten Neuauflage von *Farbe bekennen* von 1992 ziehen die Herausgeberinnen ein erstes Fazit dazu, wie sich Deutschland und seine Gesellschaft seit der Erstveröffentlichung 1986 verändert hat. Auch darüber, inwiefern *Farbe bekennen* einen Beitrag geleistet hat, machen sie sich Gedanken. Mit Blick auf Schwarze Organisationen und Initiativen, die seither verstärkt zusammenfinden, sehen die Autorinnen durchaus eine positive Entwicklung. Sie weisen aber auch auf das Erstarken rechter bis rechtsextremer Parteien überall in Europa hin. Rassistisch motivierte Gewalttaten und Morde sind auf einem traurigen Höhepunkt. Speziell in Deutschland kritisieren die Frauen einen wachsenden Nationalismus, befördert auch durch die deutsche Einheit, die eben vor allem für *weiße* Deutsche mit Hoffnungen für die Zukunft verbunden ist.

3. Orientierung für heute

Jede Gesellschaft wird sich früher oder später mit der Frage auseinandersetzen, wer Teil von ihr ist und wer nicht. Vor dieser Herausforderung steht selbstverständlich auch jede Demokratie. Möglicherweise ist das Finden einer Antwort auf derartige Fragen in freiheitlichen Gesellschaften komplizierter, weil Teilhabe und Mitbestimmung hier normative Grundvoraussetzungen sind. In autokratischen Systemen hingegen nehmen die Herrschenden ihren Untertanen solche Entscheidungen meist ab.

Die deutsche Gesellschaft hat sich lange schwergetan, unterschiedliche Herkünfte als selbstverständliches Merkmal aller hier Lebenden zu akzeptieren; manche arbeiten weiterhin dagegen. May Ayim hat Bemerkenswertes geleistet, indem sie die deutsche Gesellschaft, in der sich vor allem *weiße* Menschen zu Hause fühlen, infrage gestellt hat. In den 1980er Jahren kam dies dem Hinterfragen eines Naturgesetzes nahe.

Viele Texte von May Ayim, obwohl sie in den 1980er und 1990er Jahren verfasst wurden, lesen sich erschreckenderweise wie politische Texte der Gegenwart. Wenn sie etwa beschreibt, was die Angst vor vermeintlicher „Überfremdung“ und einem befürchteten „Identitätsverlust“ *weißer* Menschen für Auswirkungen auf die Lebensrealität deutscher PoC hat, gleicht das gegenwärtigen rassismuskritischen Texten.

Zwar haben sich in den vergangenen 30 Jahren viele Dinge verändert. So ist etwa die Umbenennung eines Spreeufers in Berlin-Kreuzberg im Jahr 2011 in May-Ayim-Ufer, das bis dahin den Namen eines deutschen Kolonialverbrechers trug, ein gutes Beispiel dafür, wie die Erinnerungskultur einer inklusiven deutschen Gesellschaft aussehen kann. Doch selbstverständlich braucht es noch viel mehr als das.

Auch Anfang der 2020er Jahre ist die Bundesrepublik Deutschland von strukturellem Rassismus geprägt. Dies zeigt sich daran, dass afrodeutsche Geschichte in der Öffentlichkeit weiterhin noch viel zu wenig präsent ist. Um daran etwas zu ändern, braucht es Menschen wie May Ayim, die PoC unter anderem mit *Farbe bekennen* Möglichkeiten der Identitätsentwicklung aufgezeigt und *weiße* Deutsche dazu gebracht hat, ihre Privilegien zu hinterfragen.

May Ayim (1960–1996) wächst bei Pflegeeltern in Münster auf. Die Kindheit ist von Strenge und dem Gefühl geprägt, anders zu sein. Ab 1984 lebt sie im multikulturellen Berlin, wo sie sich wohler und weniger ausgeschlossen fühlt. Sie schließt erfolgreich sowohl ein Studium der Pädagogik und Psychologie (1986) als auch eine Ausbildung zur Logopädin (1990) ab. Ayim arbeitet anschließend freiberuflich und als Lehrbeauftragte. Eine Reise nach Ghana 1986 wird ein wichtiger Wendepunkt in ihrem Leben. Im gleichen Jahr ist sie Mitgründerin der *Initiative Schwarze Deutsche und Schwarze in Deutschland* (ISD). Ayim wird zur Pionierin der kritischen Weißseinsforschung in Deutschland und stößt die Rassismusdebatte in der Bundesrepublik maßgeblich an. Sie hält zahlreiche Vorträge, schreibt Gedichte und nimmt an internationalen Konferenzen teil. Am 9. August 1996 nimmt sich May Ayim infolge einer psychotischen Krise das Leben. Zur Trauerfeier in Berlin kommen etwa 700 Menschen.

3.3 Eine Gemeinschaftshalle architektonisch umgestalten – Kurt Beck und die Kommunalpolitik (Ulli Engst)

1. Die besondere Handlung

Als Kurt Beck 1989 Bürgermeister seines Heimatdorfes Steinfeld wird, sieht er sich mit einem Streit konfrontiert, der beispielhaft für viele kommunalpolitische Auseinandersetzungen in der Bundesrepublik steht. Im beschaulichen Steinfeld im Süden von Rheinland-Pfalz gibt es Ärger wegen einer kürzlich erbauten Gemeinschafts- und Mehrzweckhalle. Aufgebrachte Anwohner:innen klagen gegen das Projekt, weil sie sich durch den regen Betrieb in und um die Halle herum gestört fühlen. Gerade abends, wenn besonders viele Menschen Veranstaltungen besuchen oder nach dem Sporttraining das Gebäude verlassen, störe die Halle die Ruhe in der Nachbarschaft. Am Ende bekommen die Klagenden Recht. Die Halle muss künftig um 20 Uhr schließen, die Benutzung des Gebäudes zu einem späteren Zeitpunkt ist nicht mehr erlaubt.

Allerdings ist schnell klar: Dies widerspricht völlig dem Sinn und Zweck einer Gemeinschaftshalle. Vereinsleben findet naturgemäß abends statt, weil die meisten Beteiligten tagsüber arbeiten und deshalb ihren Hobbys wie etwa dem Engagement im Sportverein oder im Chor nur im Anschluss daran nachkommen können. Viele Steinfeldler beklagen nun, dass ihre Freizeitgestaltung entscheidend vom Zugang zur Mehrzweckhalle abhängt.

Ebenso aufgebracht wie zuvor die Anwohner:innen gehen deshalb jene Bürger:innen, die Steinfelds Mehrzweckhalle weiterhin zu den üblichen Zeiten nutzen wollen, vor dem Oberverwaltungsgericht in Berufung. Von Anfang an ist dieses Unterfangen wenig erfolgversprechend. Die Niederlage vor Gericht steht eigentlich schon fest, die Fronten zwischen den Steinfeldern scheinen sich mehr und mehr zu verhärten. Es ist nicht das erste Mal, dass in deutschen Dörfern oder Städten ein Streit wie dieser jahrzehntelang Unruhe und Ärger unter den Einwohner:innen schürt.

Bürgermeister Kurt Beck möchte genau dies in Steinfeld vermeiden. Er sucht deshalb das Gespräch mit den betroffenen Nachbar:innen der Gemeinschaftshalle, hört sich ihren Ärger über die Halle und inzwischen wohl auch über ihre Mitbürger:innen an, die aus ihrer Sicht vermutlich schlicht uneinsichtig erscheinen. Am Ende gelingt es Beck in der Nacht vor dem entscheidenden Gerichtstermin, einen Kompromiss zwischen den streitenden Lagern auszuhandeln: Der Haupteingang der Gemeinschaftshalle wird auf die Hallenrückseite verlegt. Dies ist zwar architektonisch nicht unbedingt schön, aber die Nutzer:innen können das Gebäude nun betreten und

verlassen, ohne die Anwohner:innen zu stören. Zudem werden die Wege und Zugänge zum Gebäude bepflanzt, was zusätzlichen Lärm- und Sichtschutz bietet.

Die Steinfelder Vereine können künftig wieder uneingeschränkt in der Halle trainieren, musizieren oder einfach nur Gemeinschaft erleben, die Nachbar:innen haben ihre Ruhe, ohne sich in ihrer Position als Nörgler:innen verteidigen zu müssen, und die Gemeinde hat Millionen Euro gespart, die im Falle einer Verlegung der Mehrzweckhalle fällig geworden wären. So ist es Beck gelungen, wieder Ruhe und Frieden in Steinfeld herzustellen.

2. Der historische Kontext

Kommunalpolitik wird zu Recht als Grundstein und Schule der Demokratie bezeichnet. Nach dem Zweiten Weltkrieg und dem Ende der nationalsozialistischen Herrschaft mit extrem zentralistischen Machtstrukturen sind es vor allem die auf kommunaler Ebene Aktiven, die sich selbst und ihren Mitbürger:innen beibringen, was es bedeutet, demokratisch Entscheidungen zu treffen. Nach zwölf Jahren totalitärer Diktatur müssen die Deutschen praktizierte Mitbestimmung und das Leben in einer Demokratie erst wieder lernen.

Entsprechend werden, auch wenn es mit Gründung der Bundesrepublik Deutschland wieder Partizipationsmöglichkeiten auf kommunaler Ebene gibt, diese nicht von heute auf morgen wahrgenommen. Erst verstärkt in den 1970er Jahren führen diejenigen, die in den Neuen sozialen Bewegungen wie der Friedens-, Ökologie- oder Frauenbewegung aktiv sind, gerade auf kommunaler Ebene Aktionen durch und gewinnen Mitstreiter:innen.

Die Kommune, also eine Stadt oder Gemeinde, ist die kleinste politische Einheit der Bundesrepublik. Heute gibt es über 11.000 von ihnen im wiedervereinigten Deutschland. Sie übernehmen wichtige Verwaltungsaufgaben und halten die Infrastruktur aufrecht, auf die sich der Staat und damit auch die deutsche Demokratie stützt. Was für den einen oder die andere auf den ersten Blick wie ein unnötiges Klein-Klein wirken mag, nützt vor allem den Bürger:innen. Denn zentralistisch aufgebaute Staaten haben eine gewisse Vorliebe für Großprojekte aller Art, bei deren Umsetzung sie sich aber wenig um die Bedürfnisse der lokalen Bevölkerung sorgen.

Föderal strukturierte Länder dagegen sind gezwungen, die Menschen vor Ort einzubeziehen und Lösungen zu finden, die von den Bürger:innen akzeptiert werden. So gilt in Deutschland das Subsidiaritätsprinzip. Dieses besagt, dass Probleme auf der politischen Ebene gelöst werden sollen, wo dies am schnellsten und zweckdienlichsten möglich ist. Dadurch ist die Kommunalpolitik nicht einfach nur der verlängerte Arm der Landes- und Bundespolitik, sondern hat eigene Kompetenzen. Die

kommunale Selbstverwaltung ist im Grundgesetz festgelegt. Gemeinden verwalten also selbst die ihnen zustehenden Ressourcen, Personal und Strukturen.

Weil kommunalpolitische Entscheidungen besonders in kleinen Kommunen einen begrenzten Personenkreis betreffen, nehmen Menschen sie häufig als nicht so spektakulär und aufregend wahr wie etwa die Bundespolitik oder gar das internationale Weltgeschehen. Dies zeigt sich beispielsweise darin, dass die Beteiligung an Kommunalwahlen im Durchschnitt geringer ist als bei Bundes- oder Landtagswahlen, wobei natürlich auch dort stets Luft nach oben ist.

Bei dieser Geringschätzung gegenüber der politischen Arbeit in Gemeinden wird meist übersehen, dass gerade Kommunalpolitiker:innen Entscheidungen treffen, die uns alle in den verschiedensten Lebensbereichen beeinflussen. Infrastruktur wie Strom und Abwasserentsorgung, Bildung, Freizeit und Kultur vom Museum bis zum Freibad sowie die Gestaltung und Pflege des öffentlichen Raumes sind nur Beispiele dafür.

In all diesen Bereichen gibt es für die Bürger:innen viele niedrigschwellige Angebote, sich demokratisch zu beteiligen und dadurch die Stärkung der Demokratie in Deutschland als Ganzes zu unterstützen. Möglichkeiten sind die Wahl des Bürgermeisters und der Gemeindevertretung, Bürgerinitiativen, Ortsvereine von Parteien oder verschiedene Bürgerbeteiligungsverfahren. Darüber hinaus gibt es Vertretungen für Bevölkerungsgruppen, die beispielsweise (noch) nicht wahlberechtigt sind, etwa den Jugendgemeinderat oder den Ausländerbeirat. Viele dieser Angebote haben selbstverständlich ihre Äquivalente auf Landes- oder Bundesebene. Allerdings benötigt es immer Überwindung, politisch aktiv zu werden. Auf kommunaler Ebene, an der Seite von Menschen, die einem bekannt und vertraut sind, fällt vielen dieser Schritt leichter.

Je kleiner eine Gemeinde ist, desto wichtiger sind dabei einzelne Persönlichkeiten. Dies gilt nicht nur bei (Ober-) Bürgermeisterwahlen, die in allen Bundesländern – außer in den Stadtstaaten – als Direktwahlen stattfinden, sondern auch bei Stadt- und Gemeinderatswahlen. Dort kennen die Wahlberechtigten diejenigen meist persönlich, die sich zur Wahl stellen, und treffen ihre Wahlentscheidung entsprechend. Man wählt diese oder jene Person, weil man ihr in der Regel nähersteht als den Personen auf den Stimmzetteln bei Bundestagswahlen. Weil man die Motivation dieser Person besser einschätzen kann, traut man ihr das Amt eher zu – oder eben auch nicht. Je größer und damit auch anonymere eine Stadt ist, desto eher werden Wahlentscheidungen hingegen aufgrund der Parteizugehörigkeit getroffen.

3. Orientierung für heute

Kurt Beck ist einer der Menschen, die die Bedeutung von Kommunalpolitik nicht nur erkennen, sondern sie auch leben. Für ihn ist die wichtigste Aufgabe eines Bürgermeisters, die Diskussionen um Gemeindeangelegenheiten aufrechtzuerhalten, um die Bürger:innen möglichst stark in Entscheidungsfindungsprozesse einzubinden: Hierbei gehe es darum, sich direkt mit den Menschen auseinanderzusetzen und in Austausch mit ihnen zu treten. Lösungen, gerade auf kommunaler Ebene, sind nur dann nachhaltig und sinnvoll, wenn die Bürger:innen sie verstehen und akzeptieren, auch wenn sie sie möglicherweise nicht voll und ganz unterstützen.

Der Streit um die Steinfeldler Gemeinschaftshalle ist ein typisches Beispiel dafür, wie Politiker:innen, Bürger:innen und sonstige Akteur:innen auf kommunaler Ebene um demokratische Entscheidungen ringen. Doch ebenso ist er ein ganz spezieller Fall, der so nur einmal in ganz Deutschland vorkommt. Solche Diskussionen wirken auf Außenstehende nicht selten bizarr und bisweilen lächerlich. Doch überall in Deutschland gibt es Steinfelds und jedes dieser Steinfelds hat seinen eigenen Streit um seine individuelle Mehrzweckhalle. Manchmal kommt diese als neuer Fahrradweg, als renovierungsbedürftiges Schwimmbad oder Schulkantine daher, an der seit Jahren gebaut wird. In jedem Fall als Thema, das die Menschen vor Ort bewegt.

Die wenigsten politischen Entscheidungen werden von allen Bürger:innen gleichermaßen unterstützt. Für Beck geht es deshalb gerade in den Kommunen darum, praktikable Lösungen für Probleme zu finden, auch wenn die am Ende ausgehandelten Kompromisse nicht perfekt sind. Um sich an solchen Problemlösungen zu beteiligen, braucht man keinen Universitätsabschluss. Dies macht Kommunalpolitik aber nicht weniger relevant, sondern nahbar und zugänglich für viele Bürger:innen. Deren Anliegen müssen auf allen politischen Ebenen ernst genommen werden. Auf kommunaler Ebene aber wird im Zweifel schneller und deutlicher sichtbar, wenn Politiker:innen dies nicht tun. Hier zeigt der Fall Steinfeld, dass eine Einigung, wenn alle Beteiligten sie wirklich wollen, auch bei scheinbar verhärteten Fronten noch möglich ist.

Kurt Beck (* 1949) wächst als Sohn eines Maurers und einer Hausfrau in Steinfeld im südlichen Rheinland-Pfalz auf. Früh entwickelt er aufgrund persönlicher Ausgrenzungserfahrungen ein starkes Gerechtigkeitsgefühl, das ihn während seiner späteren politischen Karriere durchweg begleitet. Nach der Volksschule absolviert er eine Ausbildung zum Elektromechaniker bei der Bundeswehr und ist dort anschließend als Zivilbeschäftigter tätig. 1971 erwirbt Beck nebenberuflich an der Abendschule die mittlere Reife. Ein Jahr später tritt er aus Begeisterung für Persönlichkeiten der deutschen Sozialdemokratie wie etwa Willy Brandt in

die SPD ein. Seit 1974 ist Beck Mitglied des Kreistags Südliche Weinstraße. Seit Ende der 1970er Jahre ist er auch Abgeordneter des Rheinland-Pfälzischen Landtages. Zwischen 1989 und 1994 übernimmt Beck das Ortsbürgermeisteramt von Steinfeld, bevor er Landesvorsitzender der SPD und im Oktober 1994 Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz wird.

3.4 Den Willen des Volkes ermitteln – Veronika Ostertag und die Wahlhilfe (Ulli Engst)

1. Die demokratische Handlung

Am Nachmittag des 26. Mai 2019 füllt sich die Messe Augsburg zunehmend mit Menschen, die sich um die dort aufgebauten Tische herum in Gruppen von sechs Personen zusammenfinden. Auch Veronika Ostertag steht an einem Tisch und wartet auf ihre Mitstreiter:innen, mit denen sie an diesem Tag bei der Europawahl als Wahlhelferin des Briefwahlbezirks 6171 tätig sein wird. Weil sie die Wahlvorsteherin ihres Teams ist, bringt sie noch rasch einen für alle sichtbaren Zettel mit den wichtigsten Hinweisen zu den Abläufen und Aufgaben an und legt sicherheitshalber ein paar Ersatzkugelschreiber bereit. Um 14 Uhr ist das Team vollständig und die Vorbereitung der Auszählung kann beginnen.

Drei Kisten mit Briefumschlägen stehen auf dem Tisch vor Ostertag und ihren Kolleg:innen. Wie viele Briefe ein Team auszählen muss, ist recht unterschiedlich, doch die Verantwortlichen achten für gewöhnlich darauf, dass an keinem Tisch mehr als 1.000 Umschläge bearbeitet werden müssen. Diese gilt es zu zählen, zu öffnen und den Inhalt zu überprüfen. Darin finden die Wahlhelfer:innen, wenn die Briefwähler:innen alle Angaben genau befolgt haben, den Wahlschein und den verschlossenen Wahlumschlag. Ostertag und die anderen kontrollieren, ob jeder Wahlschein richtig ausgefüllt und unterschrieben ist, und legen dann die Wahlumschläge getrennt davon in 20er Stapeln zusammen.

Für Ostertag ist dies schon die fünfte Wahl, an der sie als Wahlhelferin teilnimmt. Das erste Mal ist sie 2013 bei der bayrischen Kommunalwahl dabei, zu der sie noch als städtische Bedienstete einberufen wird. Auch weil ihr damaliges Team sehr organisiert und strukturiert arbeitet und alles großartig funktioniert, entscheidet sich Ostertag, auch bei weiteren Urnengängen als Wahlhelferin dabei zu sein. Seither hilft sie bei Kommunal-, Bezirkstags-, Landtags- und Bundestags- sowie Europawahlen und kann sich aufgrund ihrer Erfahrung gut vorstellen, sich für die bald anstehende Wahl im März 2020 sogar als Wahlberaterin zu engagieren. Sie würde

dann die Wahlvorsteher:innen bei Fragen zu Abläufen oder bei Problemen innerhalb der Teams unterstützen.

Nach einer Pause im Sonnenschein vor der Augsburger Messehalle beginnt dann das eigentliche Auszählen der Stimmen. Nun öffnen Ostertag und die anderen Freiwilligen die Wahlumschläge und sortieren die Wahlzettel darin nach Parteilisten. Dabei dürfen sie sich keinen noch so kleinen Fehler erlauben. Auch deshalb gibt es vor jeder Wahl eine Schulung für die Helfer:innen. Sollte es am Ende in Relation zu den Briefumschlägen doch zu viele oder zu wenige abgegebene Stimmen geben, muss alles noch einmal ausgezählt werden – im Zweifel wieder und wieder und wieder. Jede:r Bürger:in hat dabei das Recht, den Wahlhelfer:innen über die Schultern zu schauen und sich zu vergewissern, dass die Auszählung nach den Regeln einer demokratischen Wahl abläuft.

Wahlhelfer:innen müssen dabei stets politisch neutral sein. Dies bedeutet, dass sie keine Werbung für einzelne Parteien machen dürfen, aber es geht noch darüber hinaus. Auch wenn Ostertag mit ihren Wahlhelfer:innen noch keine ernsthaften schlechten Erfahrung gemacht hat, kommt es doch hin und wieder vor, dass sie beispielweise bei einem genervten Aufstöhnen nach dem Blick auf einen Wahlzettel darauf hinweisen muss, die eigene politische Meinung nicht offen zu zeigen. Dies tut sie aber nicht nur wegen der Wahlbeobachter:innen. Sie findet auch, dass es schlicht dazugehört, sich als Wahlhelfer:in mit der eigenen politischen Einstellung zurückzuhalten.

Je nachdem, wie viele Briefwahlunterlagen an einem Tisch auszuzählen sind, kann es durchaus bis 23 Uhr dauern, bis die Wahlhelfer:innen von ihrer selbstauferlegten Pflicht entbunden werden. Diesmal ist die Auszählung schon gegen 22 Uhr beendet. Davor muss Ostertag als Wahlvorsteherin ihren Mitstreiter:innen noch offiziell das Auszählergebnis ihres Tisches mitteilen, bevor auch sie sich auf den Heimweg machen und gespannt die Wahlberichterstattung am Fernseher verfolgen kann.

2. Der historische Kontext

Wahlen gehören zu den zentralen Aspekten einer Demokratie, da sie wichtige Funktionen in diesem System erfüllen. Durch sie übergeben die Wähler:innen für eine bestimmte Zeit die Herrschaft an Vertreter:innen, die diese dann in ihrem Namen ausüben. Die Wahlergebnisse repräsentieren ebenso gesellschaftliche Interessen, indem etwa verschiedene ideologische oder ethnisch-religiöse Positionen widerspiegelt werden. Durch Wahlen bildet sich darüber hinaus eine politische Elite, die aber anders als in autoritären Systemen immer unter dem Druck steht, bei schlechter Eignung nach der nächsten Wahl ausgewechselt zu werden. Wahlen verhindern zudem, dass gesell-

schaftliche Konflikte gewaltsam ausgetragen werden, und garantieren in der Regel eine friedliche Übergabe der Macht. Nicht zuletzt legitimieren sie in einer Demokratie sowohl die jeweilige Regierung als auch das gesamte politische System. Hier sind sie die konstanteste und zuverlässigste Repräsentation der Stimme des Volkes.

So auch am 2. Dezember 1990, als die Wahlen zum 12. Deutschen Bundestag stattfinden. Erstmals seit fast sechs Jahrzehnten geben alle Deutschen in einer gemeinsamen demokratischen Wahl ihre Stimme ab. Das Bundeswahlgesetz gilt nun auch auf dem Gebiet der ehemaligen DDR. Demnach müssen Wahlen in Deutschland nach bestimmten grundsätzlichen Kriterien durchgeführt werden, um den demokratischen Grundsätzen der Verfassung zu entsprechen (Art. 38 GG). Diese besagen, dass alle volljährigen Bürger:innen der Bundesrepublik unabhängig von etwa Geschlecht oder Beruf wählen dürfen. Sie votieren dabei direkt für die Abgeordneten, die am Ende im Parlament sitzen, nicht für irgendeine Art Zwischeninstanz. Die Wähler:innen dürfen ihre Wahlentscheidung dabei ohne Beeinflussung von außen treffen. Dazu gehört im Zweifel auch die Entscheidung, überhaupt nicht zu wählen. Alle abgegebenen Stimmen zählen gleich viel, unabhängig von beispielsweise dem Einkommen der Wähler:innen. Diese geben ihre Stimme geheim ab und müssen ihre Wahlentscheidung niemandem mitteilen, wenn sie das nicht möchten.

Damit diese Ideale eingehalten werden können, benötigt jedes demokratische System Menschen, die sich dafür einsetzen, dass ihre Mitbürger:innen von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen können: die Wahlhelfer:innen. Dabei handelt es sich um ein Ehrenamt, und es sind tatsächlich vor allem Freiwillige, die den sogenannten Wahlvorstand, bestehend aus bis zu zehn Personen, in einem Wahllokal bilden. Bei bundesweiten Wahlen, also Bundestags- und Europawahlen, werden 650.000 Wahlhelfer:innen benötigt. Sie verteilen sich auf über 75.000 Wahlbezirke in der gesamten Bundesrepublik. Traditionell klagen deutsche Wahlämter allerdings über zu wenige Freiwillige, weswegen kurz vor Wahlen in der Presse oft zum Dienst an der Urne aufgerufen wird. Stehen immer noch nicht genug Freiwillige zur Verfügung, werden in der Regel Beamte eingesetzt. So ist es auch bei Veronika Ostertags erstem Einsatz als Briefwahlhelferin. Seither meldet sie sich immer wieder freiwillig, um die postalische Willensbekundung des Volkes auszuwerten.

Im klassischen Wahllokal, das meist um acht Uhr morgens öffnet, sehen die Aufgaben der Wahlhelfer:innen etwas anders aus. Hier müssen sie nach Überprüfung der Wahlscheine der Bürger:innen die Stimmzettel ausgeben, die Wahlteilnahme vermerken und den ordnungsgemäßen Ablauf der Wahl sichern. Dazu gehört auch gelegentlich, für Ruhe und Ordnung im Wahllokal zu sorgen und für alle Wähler:innen händisch die Wahlurne freizugeben. Nach Ende der Wahlzeit – in der Regel schließen

die Wahllokale um 18 Uhr – müssen sie auch hier, wie Ostertag und ihre Kolleg:innen bei der Briefwahl, die Stimmen auszählen und offiziell das Wahlergebnis feststellen. Obwohl der Trend in Richtung Briefwahl geht, möchten immer noch zahlreiche Wähler:innen ihre Stimme vor Ort abgeben. Deshalb kann das Auszählen auch hier im Wahllokal bis spät in die Nacht dauern.

Als Entschädigung für ihre Mühe erhalten die Wahlhelfer:innen ein sogenanntes „Erfrischungsgeld“, dessen Höhe von Bundesland zu Bundesland variiert, in Berlin sind es beispielsweise 50 Euro. Diese „Bezahlung“ entspricht aber selbstverständlich nicht dem tatsächlichen Aufwand und gilt deshalb eher als symbolische Geste. Die meisten Wahlhelfer:innen sind sowieso aus Überzeugung in diesem Ehrenamt tätig.

3. Das vorbildhafte Verhalten

Wahlhelfer:innen wie Veronika Ostertag erfüllen einen essenziellen Dienst für die Demokratie. Wahlen, das Fundament dieses politischen Systems schlechthin, wären ohne sie nicht möglich. Wer dafür bereitwillig Freizeit opfert, glaubt fest an die Werte, die es so nur in einer Demokratie gibt. Obwohl Veronika Ostertag politische Überzeugungen hat und für diese in Gesprächen oder auf einer Demonstration eintritt, ist sie in keiner Partei. Sie ist vielmehr Anhängerin der Demokratie als System. Deshalb sind Wahlen und Wählengehen fundamental wichtig für sie.

Deshalb zweifelt sie an dieser ehrenamtlichen Tätigkeit nie wirklich. Es gibt durchaus Momente, wenn beispielsweise im Ablauf etwas nicht funktioniert, in denen sie sich fragt, warum sie nicht wie die meisten Menschen ihren freien Sonntag genießt. Aber diese Momente sind schnell vorbei, auch weil sich die meisten Probleme nach kurzem Durchatmen und nochmaligem Zählen wieder beheben lassen – besonders wenn man schon so viel Erfahrung wie Veronika Ostertag hat.

Obwohl beim Stimmenauszählen alles sehr strukturiert und bürokratisch ablaufen muss, vergessen die Wahlhelfer:innen nie, dass es gerade um die Feststellung des politischen Willens des Volkes geht. Gerade wenn dann die ersten Hochrechnungen bekannt werden, wird dies auch mal mit dem verglichen, was man selbst gerade auszählt. Denn Wahlhelfer:innen wie Veronika Ostertag sind überzeugte Demokrat:innen, die an das System, in dem wir leben, glauben. Dies ist schon ein Wert an sich, gerade in Zeiten, in denen Falschmeldungen und Verschwörungstheorien die Demokratie und ihre Werte zu untergraben versuchen. Wenn Menschen dann nicht nur partizipieren, sondern Partizipation für andere möglich machen, ist dies Demokratie in Reinform.

Veronika Ostertag (*1983) arbeitet nach mittlerer Reife und Fachabitur zunächst als Fotografin in ihrer Geburtsstadt Augsburg und beginnt 2010 ein duales Studium zur Diplom-Verwaltungswirtin an der Bayerischen Fachhochschule für Verwaltung und Recht mit berufspraktischen Abschnitten in der Augsburger Stadtverwaltung. Im Rahmen eines Auslandstrimesters studiert sie in den Niederlanden „Bestuurskunde“ (Verwaltungswissenschaft) mit dem Schwerpunkt Europäische Union. Nach Abschluss des Studiums ist sie weiter bei der Stadt Augsburg tätig. Als städtische Beschäftigte wird sie 2014 erstmalig von der Stadt Augsburg zur Beisitzerin für die Briefwahlauszählung einer Kommunalwahl berufen. Veronika Ostertag begeistert sich fortan für das Ehrenamt als Wahlhelferin, weil es ihr die Chance eröffnet, die Demokratie und deren aktive Gestaltung durch möglichst viele Wahlberechtigte zu unterstützen. Es folgen weitere Einsätze als Schriftführerin, Wahlvorsteherin und als vom Wahlamt gestellte Beraterin für Briefwahlteams.

4. DEMOKRATIE VERTEIDIGEN UND VERLIEREN

Die Geschichte der Weimarer Republik beinhaltet alle Phasen der Demokratieentwicklung: Kampf, Etablierung, Gestaltung und Weiterentwicklung, aber auch: Verteidigung und Verlust. Sowohl ein Blick auf Aufbruch und Möglichkeiten als auch auf das Scheitern ist möglich.

Der demokratiegeschichtliche Blick auf Abwehrkampf und Verlust hält Beispiele unterschiedlicher Richtungen bereit: Der Kampf kann gelingen – Demokratien können aber auch untergehen.

In der deutschen Geschichte bieten sich vor allem folgende Zeitabschnitte für eine tiefere Betrachtung dieser Aspekte an:

- 1919–1933: Weimarer Republik
- 1949–1989: Bundesrepublik Deutschland
- 1990 bis heute: Bundesrepublik Deutschland nach Friedlicher Revolution und Wiedervereinigung

Auch der Blick auf das internationale Geschehen zeigt, dass Demokratie keine unaufhaltsame Veränderung im Sinne eines „Mehr und Besser“ ist. Die USA galten lange als Vorbild, werden aber seit 2016 nicht mehr als „vollständige Demokratie“, sondern als „unvollständige Demokratie“ eingestuft. Auch Polen, die Türkei und Ungarn sind Beispiele für Länder, in denen wichtige Elemente der Demokratie eingeschränkt werden.

In der Demokratiegeschichte gibt es entsprechend auch Beispiele dafür, wie freiheitlich-demokratische Systeme zurückgedrängt oder abgeschafft wurden. Sie helfen, das Bewusstsein für Gefahren der Gegenwart zu schärfen. Dass auch unsere Demokratie nicht außerhalb der Gefahrenzone liegt, mussten wir im Sommer 2019 schmerzlich erfahren: Mit Walter Lübcke wurde ein Politiker ermordet, der offen und bestimmt für Toleranz und gegen antidemokratische Strömungen einstand.

Allerdings lassen sich Ereignisse von früher nicht einfach auf heute übertragen, sondern müssen in ihrem jeweiligen zeitlichen Kontext gesehen werden. Zum Verlust von Demokratie gehören:

- Vertrauensverlust und Versagen der Institutionen des demokratischen Rechtsstaats
- Aushöhlung von Grundrechten und des Rechtsstaats, zum Teil durch Vertreter:innen, die in demokratischen Wahlen die Regierungsgewalt übernommen haben
- Polarisierung der Gesellschaft im Sinne eines Freund-Feind-Denkens
- Gewalttaten und Morde aus demokratie- und menschenfeindlichen Motiven

Zur Verteidigung einer Demokratie gehört, diese zu gestalten, zu leben und weiterzuentwickeln, aber sich zusätzlich aktiv gegen extremistische Kräfte zu positionieren. Gelingt dies, sind die destruktiven Möglichkeiten von Republikgegner:innen zumindest eingeschränkt. Demokrat:innen sind stets herausgefordert, sich mit denjenigen auseinanderzusetzen, die Demokratie und Menschenrechten feindlich gegenüberstehen. Diese Abwehrhaltung gegenüber Demokratiefeind:innen wird oft als „wehrhafte Demokratie“ bezeichnet. Zur Verteidigung der Demokratie gehören:

- Reaktionen auf demokratie- und menschenfeindliche Einstellungen sowie Handlungen von Staat und Zivilgesellschaft
- Reflexion darüber, welche Mittel im Kampf gegen Republikfeinde zulässig und welche es selbst bei gut gemeinten Absichten nicht mehr sind

4.1 Dem Kanzler die Anerkennung verweigern – Konrad Adenauer und der Kölner Wahlkampf (Ulli Engst)

1. Die besondere Handlung

Es herrscht große Aufregung in Köln. Am 17. Februar 1933 kommt hoher Besuch in die Metropole am Rhein, mit knapp 750.000 Einwohner:innen eine der größten Städte des Deutschen Reiches. Der neue Reichskanzler, Adolf Hitler, kaum drei Wochen im Amt, besucht die Domstadt als Station seiner Wahlkampftour. Das katholisch geprägte Köln ist seit Langem in der Hand des Zentrums politiklers und Oberbürgermeisters Konrad Adenauer, den die Nationalsozialisten als „Protz“, „Separatist“ und „Judenfreund“ beschimpfen. Um einen Beitrag zur endgültigen Beendigung von dessen Regierungszeit zu leisten, kommt Hitler nach Köln.

Nicht alle Kölner:innen freuen sich über diesen Besuch, das Stadtoberhaupt gehört dazu. Tatsächlich zeigt Adenauer offen wie noch nie zuvor seine Abneigung gegenüber dem Nationalsozialismus und der Person Adolf Hitlers. Zunächst weigert er sich, den Reichskanzler am Flughafen zu begrüßen, wie es das Protokoll für einen Regierungschef eigentlich vorsieht. Als einziger Oberbürgermeister aller Städte, die Hitler im Laufe des Wahlkampfes besucht, bringt er den Mut hierfür auf. Um die Situation allerdings nicht komplett eskalieren zu lassen, schickt er einen Vertreter. Dennoch ist allein das ein Affront dem Reichskanzler gegenüber.

Darüber hinaus lehnt Adenauer eine Rheinbeleuchtung für Hitler kategorisch ab und verbietet das Aufhängen von Hakenkreuzflaggen auf allen städtischen Brücken. Bereits in der Nacht zuvor haben SA-Männer auf der Deutzer Brücke mehrere Fahnen angebracht. Diese lässt Adenauer umgehend von städtischen Arbeitern abnehmen.

Mit Hakenkreuzfahnen beflaggt sind deshalb beim Besuch des Reichskanzlers statt der Hängebrücke über dem Rhein nur die Kölner Messehallen. Denn hier findet die Kundgebung der NSDAP statt, auf der Parteiführer Hitler spricht.

Der Andrang ist groß. Zehntausende Kölner:innen strömen in den Stadtteil Deutz, zum Teil aus Neugier, zum Teil aus Überzeugung. Eintrittskarten werden auf dem Schwarzmarkt für bis zu 100 Reichsmark gehandelt. Während seiner Rede versucht Hitler, Adenauer sein missbilligendes Verhalten ein Stück weit heimzuzahlen. Der Reichskanzler wettet in erster Linie gegen den Oberbürgermeister persönlich, selbstverständlich trotzdem mit der Absicht, die Kölner Zentrumsparterie als Ganzes zu diskreditieren.

Sein Handeln begründet Adenauer damit, dass Hitler in seiner Funktion als NSDAP-Parteipolitiker und Wahlkämpfer, nicht als Reichskanzler nach Köln gekommen sei. Das Protokoll mit den üblichen Höflichkeiten treffe hier entsprechend nicht zu. Der Westdeutsche Beobachter interpretiert Adenauers Verhalten als „abgrundtiefe Abneigung“ gegenüber dem Nationalsozialismus und droht, so ein Verhalten werde sich „in Zukunft rächen“. Hitler aber bleibt für den Moment nichts anderes übrig, als die offensichtliche Demütigung über sich ergehen zu lassen.

2. Der historische Kontext

Anfang der 1930er Jahre steckt die Weimarer Republik in einer Krise. Die Arbeitslosenzahlen steigen kontinuierlich in erschreckende Höhen, Ende 1932 gibt es im ganzen Reich etwa sechs Millionen Arbeitslose, fast ein Zehntel der Bevölkerung. Unzählige Menschen leiden an Hunger und Obdachlosigkeit. Wirtschaft und Industrie schrumpfen gefühlt täglich. Die politischen Folgen dieser Entwicklungen sind verheerend: Mit jeder Wahl gewinnen die radikalen Parteien mehr Stimmen dazu, die Kommunisten auf der einen, die Nationalsozialisten auf der anderen Seite, bis sich die Demokraten schließlich in der Minderheit wiederfinden.

Auch Köln trifft die Krise in dramatischer Weise. Die Stadt steht kurz vor dem finanziellen Bankrott, weil sie Kredite nicht mehr bedienen kann. Zusätzlich sind allein in der Rheinmetropole 100.000 Menschen arbeitslos. So kommt es immer wieder zu Hungerdemonstrationen, abwechselnd organisiert von den Kommunisten und den Nationalsozialisten. Immer häufiger gibt es zudem Straßenkämpfe zwischen den bewaffneten Schlägertrupps dieser Parteien.

Bei den Kommunalwahlen im Sommer 1932 erzielt die NSDAP in Köln 24,5 Prozent der Stimmen. Auch deshalb befürwortet im Dezember desselben Jahres Oberbürgermeister Adenauer in einem Brief eine preußische Regierung unter Beteiligung der Nationalsozialisten. Er sieht darin eine Chance auszutesten, ob NSDAP-Politiker

überhaupt in der Lage sind, hohe Ämter zu bekleiden. Damit lässt Adenauer durchscheinen, dass er sich zu einem späteren Zeitpunkt durchaus auch auf nationaler Ebene eine Regierung mit nationalsozialistischen Ministern, möglicherweise sogar mit einem Reichskanzler Adolf Hitler, vorstellen kann. Dahinter steht die Hoffnung, die viele andere führende Zentrumsmitglieder teilen, Hitler dadurch „zähmen“ und kontrollieren zu können.

In der Hoffnung, dass nun endlich Ruhe einkehre, atmen sie deshalb zunächst erleichtert auf, als Hitler im Januar 1933 zum Reichskanzler ernannt wird. Für viele Zeitgenoss:innen ist es ein Regierungswechsel, wie es in den vergangenen Monaten und Jahren schon so viele gab. Doch schnell wird klar, dass Adolf Hitler und die Nationalsozialisten keine Zeit verlieren, die demokratischen Strukturen der Weimarer Republik abzuschaffen. So lässt der Reichskanzler zunächst am 1. Februar den Reichstag in Berlin auflösen und setzt Neuwahlen für den 5. März an. Gleichzeitig soll auch der Preußische Landtag neugewählt werden, um auch hier die nationalsozialistische Macht zu konsolidieren.

Der Preußische Landtag kann aber nur von einem Dreiergremium aufgelöst werden, bestehend aus dem Landtagspräsidenten, dem Präsidenten des Preußischen Staatsrats und dem amtierenden Ministerpräsidenten. Anfang Februar 1933 sind dies Hanns Kerrl von der NSDAP, Konrad Adenauer und Franz von Papen, der in seiner Funktion als Reichskommissar für Preußen die Position des Ministerpräsidenten beansprucht. Obwohl er in dieser Konstellation sowieso überstimmt werden wird, weigert sich Adenauer bei einer Sitzung in Berlin, der Landtagsauflösung zuzustimmen. Er macht Bedenken bezüglich der Verfassungsmäßigkeit dieses Vorgehens geltend, da er bezweifelt, dass von Papen überhaupt berechtigt ist, die Position des Ministerpräsidenten einzunehmen. Nichtsdestotrotz beschließen die beiden anderen die Auflösung des Preußischen Landtags zum 4. März.

Auch mit Blick auf den „Schießerlass“ an die preußische Polizei, durch den Beamte keine Konsequenzen nach dem Waffengebrauch mehr befürchten müssen, stellt sich Adenauer den Nationalsozialisten nun in den Weg. Dieser Erlass diene einzig und allein dazu, Morde im Namen der NSDAP zu legalisieren. Außerdem warnt er, die Anwesenheit von „Hilfspolizisten“ der SS und SA in den Wahllokalen würde die Freiheit der anstehenden Wahl massiv gefährden. Doch die Regierung vertröstet den Oberbürgermeister von Köln mit Ausreden, um Zeit bis zum erhofften Wahlsieg zu gewinnen. Dann wäre ihre „nationale Revolution“ endgültig legitimiert und Einwände wie die Adenauers wären dann hinfällig.

Ein verzweifelter Wahlkampf beginnt, den Adenauer in erster Linie in Köln austrägt. So am 7. Februar, als er als ein Hauptredner auf der großen Kölner Wahlkampfveranstaltung des Zentrums spricht. Er beschwört seine Parteikollegen, sich auf die bürgerlich-konservativen Werte und Normen ihrer Partei zu besinnen, und

hält ein Plädoyer für Recht, Ordnung und Verfassungstreue. Aber von einem freien Wahlkampf kann in diesen Wochen nicht mehr die Rede sein. So werden politisch unliebsame Zeitungen verboten, SA-Männer stören Wahlkampfveranstaltungen und die Kommunisten gelten nach dem Reichstagsbrand ohnehin reichsweit als vogelfrei. An dieser Situation ändert auch Adenauers Verbot einer Beflaggung mit Hakenkreuzfahnen nichts.

Die Reichstagswahl am 5. März bringt der NSDAP in Köln ein Drittel der Stimmen, woraufhin diese bis zur Kommunalwahl eine Woche später noch rigorosere gegen ihre Feinde in der Stadt am Rhein vorgeht. Der Wahlslogan der Nationalsozialisten macht ihr wichtigstes Ziel deutlich: „Fort mit Adenauer! [...] Nationalsozialisten ins Rathaus!“ Mit dieser Parole arbeiten sie schon seit Ende der 1920er Jahre gegen Adenauer und das Zentrum in Köln, doch nun ist ein neuer Höhepunkt der Anfeindungen erreicht. SA-Männer sammeln auf der Straße Geld für die „Kugel für Adenauer“ und ein SA-Trupp dringt zum angeblichen „Schutz“ seiner Familie in sein Privathaus ein. Adenauer bleibt nichts anderes übrig, als nun das Behängen städtischer Gebäude mit Hakenkreuzfahnen zuzulassen. Die Polizei teilt mit, im Falle einer Verweigerung stehe sie nicht zu seinem Schutz zur Verfügung.

Trotzig plant Adenauer, sich und seine Arbeit als Oberbürgermeister auf einer letzten großen Kundgebung zu verteidigen. Doch die Rede, mit der er sich gegen Vorwürfe gegen seine Person verteidigen möchte, kann er nicht mehr halten. Die Nationalsozialisten verbieten die Versammlung wegen Gefährdung der öffentlichen Ordnung. Stattdessen findet eine nächtliche Kundgebung der NSDAP auf dem Neumarkt statt. Verzweifelt versucht der Oberbürgermeister noch, seine Botschaft über Flugblätter unter die Leute zu bringen.

Am 12. März, dem Wahlsonntag, tritt Adenauer auf einer Gedenkfeier für die Soldaten des Ersten Weltkriegs zum letzten Mal als Oberbürgermeister von Köln auf. Die Teilnehmenden meiden ihn bereits überwiegend. Abends geht er ein letztes Mal in sein Arbeitszimmer im Rathaus, packt seine persönlichen Dinge und schließt das Gebäude hinter sich ab. Wie zu erwarten, unterliegt die Zentrumsparterie bei diesen entscheidenden Kommunalwahlen. Die Parteien der „nationalen Revolution“ haben sich nun auch in Köln durch einen unfairen Wahlkampf die parlamentarische Mehrheit verschafft.

Einen Tag später wird Adenauer unter dem Jubel Tausender Kölner:innen seines Amtes als Oberbürgermeister enthoben. Da ist der Zentrumsolitiker schon auf dem Weg nach Berlin, um sich bei seinem obersten Vorgesetzten, dem preußischen Innenminister Hermann Göring, über die Vorgänge in Köln zu beschweren. Dieser winkt ab, bezichtigt Adenauer sogar, fünf Millionen Reichsmark aus der Kölner Stadtkasse gestohlen zu haben, und konfrontiert ihn mit seinen Respektlosigkeiten gegenüber der NSDAP und dem Reichskanzler. Nicht viel später wird Adenauer auch

aus dem Amt des Präsidenten des preußischen Staatsrates entfernt, zusätzlich wird ein Dienststrafverfahren gegen ihn eingeleitet.

3. Orientierung für heute

Adenauers Glaube, dass sich selbst die Nationalsozialisten an die grundsätzlichen Regeln des Rechtsstaats halten werden, wirkt aus heutiger Sicht naiv. Doch in seiner Zeit ist er damit durchaus nicht allein. Außerdem spricht diese Hoffnung auch für die tiefe innere Überzeugung Adenauers, dass der Rechtsstaat und die damit verbundenen Werte und Normen überzeitliche Gültigkeit haben. Diese Auffassung bewahrt sich der Kölner Politiker, obwohl alle Zeichen dagegen sprechen.

Es ist schwer einzuschätzen, inwiefern Adenauer bereits an seinem historischen Vermächtnis arbeitet, als er sich letztlich von realpolitischen Überlegungen verabschiedet und sich derart öffentlich gegen die Politik der Nationalsozialisten und Adolf Hitler persönlich stellt. Doch selbst wenn ihn solche Hintergedanken motivieren sollten – es ändert nichts daran, dass er sich und seine Familie dadurch einem hohen Risiko aussetzt. Dies im Glauben an die eigenen demokratischen Überzeugungen zu tun, erfordert mutige Entschlossenheit.

Mit dem Untergang der Weimarer Republik stellen deren Feinde auch den Kölner Oberbürgermeister Konrad Adenauer politisch kalt. Zumindest zunächst, denn wie die demokratischen Werte der Republik wird er nach zwölf Jahren der Diktatur und der Rechtlosigkeit auf die politische Bühne zurückkehren, um als erster Bundeskanzler ein neues republikanisches Deutschland zu regieren.

Konrad Adenauer (1876–1967) arbeitet nach dem Studium der Rechts- und Staatswissenschaften an verschiedenen Gerichten in Köln. 1906 tritt er der Zentrumspartei bei, drei Jahre später ist er Stellvertreter des Oberbürgermeisters. Während des Ersten Weltkriegs sichert er durch die Einführung von Ersatzprodukten die Lebensmittelversorgung der Kölner Bevölkerung. Im September 1917 wählt ihn die Stadtverordnetenversammlung zum bis dahin jüngsten Oberbürgermeister Kölns. Adenauer versucht, ausländische Investoren nach Köln zu locken, fördert Kunst, Kultur und Wissenschaft. Von 1921 an ist er zudem Präsident des Preußischen Staatsrats. Mehrmals ist er als Reichskanzler im Gespräch, kann sich aber politisch nie ganz durchsetzen. Nach seiner Absetzung 1933 verbringt Adenauer die Zeit des Nationalsozialismus teilweise in Haft. Nach dem Zweiten Weltkrieg ist er dann einer der führenden CDU-Politiker und wird 1949 der erste Regierungschef der neugegründeten Bundesrepublik Deutschland.

4.2 Eine Rede für die eigenen Überzeugungen halten – Otto Wels und die Ablehnung des Ermächtigungsgesetzes (Ulli Engst)

1. Die besondere Handlung

Als Otto Wels am 23. März 1933 in der Krolloper in Berlin an das Rednerpult tritt, hat der Reichstag, dessen Mitglieder nun zu ihm hochblicken, kaum mehr etwas mit einem demokratischen Parlament zu tun. Viele Sitze bleiben an diesem Tag leer, weil zahlreiche Parlamentsmitglieder systematisch von der Teilnahme ausgeschlossen werden. Auch treffen sich die Abgeordneten nicht wie gewohnt im eigentlichen Reichstagsgebäude an der Spree. Denn dessen Plenarsaal ist nach dem Brandanschlag Ende Februar noch nicht wieder hergerichtet.

Was genau Wels durch den Kopf geht, als er vor den kläglichen Überresten des Parlaments steht, lässt sich nur vermuten. So häufig hat er die deutsche Demokratie bereits verteidigt. Und was hat es am Ende genützt? Vielleicht wägt er noch einmal ab, ob er wirklich die Rede halten soll, die er und seine Vertrauten vorbereitet haben. Vielleicht kommen ihm angesichts der bedrohlichen Lage Zweifel. Wäre es nicht doch besser, einfach dem Gesetz zuzustimmen? Warum sich das Leben unnötig schwer machen? Doch falls dem SPD-Parteivorsitzenden in diesem Moment Zweifel kommen, sind sie genauso schnell wieder verflogen.

„Freiheit und Leben kann man uns nehmen, die Ehre nicht.“ Kein Abschnitt der Rede steht mehr als dieser für Otto Wels und seine Botschaft an jenem Tag im März 1933. Er lässt ihn und seinen Mut in die Geschichte eingehen. Im Angesicht von Gewalt, Verfolgung und Tod bleibt Wels ein unerschütterlicher Demokrat und ist bereit, alles zu opfern. „Nach den Verfolgungen, die die Sozialdemokratische Partei in der letzten Zeit erfahren hat, wird niemand von ihr billigerweise verlangen oder erwarten können, dass sie für das hier eingebrachte Ermächtigungsgesetz stimmt.“ So erzeugen die nationalsozialistischen Einschüchterungen der letzten Wochen genau das Gegenteil von dem, was sich ihre Vollstrecker erhoffen. Wels verteidigt die Demokratie nicht, obwohl er und die Angehörigen seiner Partei zunehmend um Sicherheit und Leben fürchten müssen, sondern genau deshalb!

In welche Beispiellosigkeit sich das Parlament durch Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz, über das an diesem Tag abgestimmt werden soll, selbst in die Bedeutungslosigkeit manövrieren würde, ist für Wels klar: „Noch niemals, seit es einen Deutschen Reichstag gibt, ist die Kontrolle der öffentlichen Angelegenheiten durch die gewählten Vertreter des Volkes in solchem Maße ausgeschaltet worden, wie es jetzt geschieht und wie es durch das neue Ermächtigungsgesetz noch mehr geschehen soll.“ Wels appelliert an die Abgeordneten der anderen Parteien, sich auf

die Grundwerte der Demokratie zu besinnen und das gleiche Recht für alle wiederherzustellen: „Das, meine Herren, liegt bei Ihnen.“

Mit großer Sicherheit rechnet er mit Haft, Folter oder sogar Tod, als er seine Worte für Freiheit, Gerechtigkeit und Parlamentarismus spricht. Ähnlich geht es wohl auch den anderen SPD-Abgeordneten. Der eine oder andere mag sich fragen, ob sie die Krolloper an diesem Tag unbeschadet verlassen werden. Trotzdem unterstützen sie ihren Vorsitzenden mit zustimmenden Rufen und Applaus, während die NSDAP-Abgeordneten die Rede immer wieder mit Zwischenrufen und höhnischem Gelächter stören.

Wels räumt ein, dass die Weimarer Republik nicht der Traumstaat ist, den die SPD gern hätte. Und damit spricht er vermutlich zahlreichen Deutschen aus der Seele. „Aber wir stehen zu den Grundsätzen des Rechtsstaates, der Gleichberechtigung, des sozialen Rechtes, die in ihr festgelegt sind. Wir deutschen Sozialdemokraten bekennen uns in dieser geschichtlichen Stunde feierlich zu den Grundsätzen der Menschlichkeit und der Gerechtigkeit, der Freiheit und des Sozialismus.“ An die Nationalsozialisten gewandt, fügt er hinzu: „Kein Ermächtigungsgesetz gibt Ihnen die Macht, Ideen, die ewig und unzerstörbar sind, zu vernichten.“

Wels beendet seine Rede mit ermutigenden Worte an all diejenigen, die sich den Nationalsozialisten und ihren antisemitischen, rassistischen und undemokratischen Idealen entgegenstellen: „Wir grüßen die Verfolgten und Bedrängten. Wir grüßen unsere Freunde im Reich. Ihre Standhaftigkeit und Treue verdienen Bewunderung. Ihr Bekennermut, ihre ungebrochene Zuversicht verbürgen eine hellere Zukunft.“

2. Der historische Kontext

Das Parlament, vor dem Wels die Demokratie rhetorisch verteidigt, ist nur ein Schatten seiner selbst. Die Mandate der KPD erklären die Nationalsozialisten schon im Voraus für nichtig, genauso wie die aller anderen Abgeordneten, die der heutigen Sitzung fernbleiben – in erster Linie, weil sie bereits verhaftet oder auf der Flucht sind oder noch auf dem Weg ins Parlament überfallen werden. So fehlen auch in den Reihen der Sozialdemokraten 26 Abgeordnete. Die Übrigen blicken mit ernsten Gesichtern zu ihrem Vorsitzenden, der die letzte freie Rede im Deutschen Reichstag für 13 Jahre hält.

Wels und allen anderen demokratisch gesinnten Abgeordneten ist zu diesem Zeitpunkt eigentlich schon klar, dass sich die Herrschaft der Nationalsozialisten unter Adolf Hitler nicht mehr abwenden lässt. Die ersten Grundrechte haben diese bereits knapp einen Monat zuvor als Reaktion auf den Reichstagsbrand mit der *Notverordnung zum Schutz von Volk und Staat* aufgehoben. So ist Deutschland

bereits seit dem 22. Februar 1933 kein Rechtsstaat mehr. Bei den Reichstagswahlen am 5. März hat die NSDAP mit 43,9 Prozent zwar die Mehrheit der Stimmen erringen können, war aber immer noch auf einen Koalitionspartner angewiesen.

Nun hat Adolf Hitler endgültig genug von der Weimarer Republik und ihren demokratischen Regeln. Durch das *Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich* sollen diese nun abgeschafft werden. In die Geschichte eingehen wird es als Ermächtigungsgesetz, welches das Tor zur Diktatur aufstößt. Die Gewaltenteilung, eines der Kernelemente jeden demokratischen Systems, wird damit aufgehoben. Die gesetzgebende Gewalt geht komplett vom Parlament an die Regierung und damit an den Reichskanzler Adolf Hitler über. Und genau dafür kommt das Parlament am 23. März 1933 zusammen: um sich selbst und damit die Demokratie abzuschaffen.

Die Nationalsozialisten stellen schon vor der Sitzung sicher, dass sie auch wirklich auf die dafür nötige Zweidrittelmehrheit kommen: Die Kommunisten schließen sie schlicht aus, die Abgeordneten der demokratischen Parteien schüchtern sie durch Drohungen ein oder verführen sie durch Lügen zur Zustimmung. Und nicht zuletzt gibt es auch den einen oder anderen Abgeordneten, der kein Mitglied der NSDAP ist, aber deren Erzählungen trotzdem glaubt, dass Hitler Deutschlands Erlöser sei und es zu alter Größe zurückführen werde. Die Einzigen, die zu diesem Zeitpunkt noch offen Widerstand gegen das Ermächtigungsgesetz leisten, sind die Sozialdemokraten.

Als die Reichstagsabgeordneten, die keiner Regierungspartei angehören, früher an diesem Tag die Krolloper betreten, müssen sie an SA- und SS-Männern vorbei, die sie mit Beschimpfungen und Drohungen überhäufen. Im Innern des Gebäudes positionieren sich die schwerbewaffneten Schlägertrupps dann vor allem in der Nähe der SPD-Abgeordneten. Über dem Rednerpult hängt eine riesige Hakenkreuzfahne, die endgültig und unmissverständlich verdeutlicht, wer hier das Sagen hat.

Die Sitzung eröffnet Reichspräsident Hermann Göring mit einer Gedenkrede für einen verstorbenen frühen Anhänger des Nationalsozialismus und Vertrauten Hitlers. Dann tritt der Reichskanzler selbst vor die Abgeordneten. Es ist seine erste Rede vor dem Reichstag. Er stellt seine Ziele vor und verkündet unumwunden, dass diese nur verwirklicht werden können, wenn seine Regierung nicht für jedes Vorhaben eine Genehmigung einholen müsse. Reichstag, Reichsrat, die Länder und das Amt des Reichspräsidenten sowie ihre jeweilige Rolle im Staat seien aber nicht gefährdet, versichert er wohlwollend den Abgeordneten. Selbstverständlich ist das nur eine von vielen Lügen.

Es folgen die Vorsitzenden der anderen Parteien mit ihren Begründungen, warum sie in der kommenden Abstimmung das Ermächtigungsgesetz mittragen werden. Die Einschüchterungstaktik der Nationalsozialisten zeigt Wirkung. Kein einziger

Parteichef spricht sich gegen die Abschaffung der Demokratie aus. Doch dann ist Otto Wels, seit 1919 Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, an der Reihe.

Sein Bekenntnis zu Freiheit, Gerechtigkeit und Demokratie zeigt direktere Wirkung, als es Wels wohl vermutet hat. Denn nach ihm tritt noch einmal Hitler ans Rednerpult, außer sich vor Wut. Er verliert völlig die Fassung, spricht der SPD jede Ehre ab und verkündet beleidigt, er wolle die Stimmen der sozialdemokratischen Abgeordneten gar nicht. Seine Anhänger brechen selbstverständlich in stürmischen Beifall aus, „Heil“-Rufe schallen durch die Krolloper. Doch Wels hat einen Nerv getroffen, das ist nun klar.

Als es schließlich zur Abstimmung kommt, sind es nur die 94 übrigen SPD-Abgeordneten, die geschlossen gegen das Gesetz stimmen. Sie tun dies trotz der Drohungen, trotz des Risikos für Leib und Leben, das damit einhergeht. Wels' mutige Worte und das geschlossene „Nein“ der SPD-Abgeordneten ändern am Ende nichts am befürchteten Abstimmungsausgang. Die Abgeordneten beschließen ihre eigene Entmachtung und das Ende des Rechts- und Verfassungsstaats. Den Nationalsozialisten ermöglicht dies den Aufbau ihrer menschenverachtenden Diktatur, die in Krieg, Massenmord und unendliches Leid führen wird.

3. Orientierung für heute

Otto Wels tut genau das, wofür er die vergangenen Jahrzehnte gearbeitet hat und weswegen er an diesem Tag in die Krolloper gekommen ist. Ungeachtet der Konsequenzen, die ihm dadurch drohen, bleibt er seinem Kurs als Verfechter der Weimarer Republik treu. Er räumt mit den Lügen Hitlers und der Nationalsozialisten auf und macht deutlich, dass sich die SPD schon lange für die Deutschen und ihr Wohlergehen einsetzt; nicht mit Gewalt und Brutalität, sondern auf Grundlage von Recht und Gerechtigkeit. Deshalb ist seine Rede auch nicht einfach nur ein Plädoyer für die Sozialdemokratie oder den Sozialismus. Sondern vielmehr für die Demokratie an sich und ihre Werte.

Die Entschlossenheit, die der SPD-Vorsitzende in der Krolloper beweist, die er beweisen muss, weil sein Gewissen ihm gar nichts anderes übrig lässt, ist heute kaum mehr in Worte zu fassen. Als Nachlebende wissen wir, dass das Ende der Weimarer Republik, der Übergang in die nationalsozialistische Herrschaft, der Auftakt zum dunkelsten Abschnitt der deutschen Geschichte ist. In diesem Klima setzen sich alle Feinde der NSDAP durch Zuwiderhandlungen einem unglaublichen Risiko für sich selbst, für ihr Leben und ihre Familien aus. In solch einer Situation nicht einfach mit dem Strom zu schwimmen spricht für beinahe übermenschlichen

Mut. Wels und die SPD stehen fest zu ihren Prinzipien, als sich viele andere von Hitler und den Nationalsozialisten dazu verführen lassen, wegzuschauen oder gar mitzumachen. Sein Glaube an Demokratie, Gerechtigkeit, Freiheit und Frieden ist dadurch nur umso beeindruckender.

Und nicht zuletzt erinnert Wels' Rede daran, dass Demokratie verteidigt werden muss, dass sie verloren gehen kann. Heutzutage in unserem Land seine Meinung zu äußern, sich für die Demokratie auszusprechen, ist in keiner Weise mit den Umständen der 1930er Jahre zu vergleichen. Dies sollte allen klar sein. Wer dies anders sieht, begeht Verrat an jenen Menschen, die sich damals einer wirklichen Diktatur in den Weg stellten. Aber dass die Demokratie immer noch Unterstützer:innen, Demokrat:innen braucht, die sie mit Leben füllen, gilt weiterhin. Andernfalls ist sie nur ein leeres Gerippe, das von Verordnungen wie dem Ermächtigungsgesetz ausgehöhlt werden kann. Genau dagegen stand und steht Otto Wels' Rede vom 23. März 1933.

Otto Wels (1873–1939) tritt 1891 in die SPD ein und ist seit 1906 hauptberuflich politisch tätig. Der gelernte Tapezierer arbeitet unter anderem für eine Gewerkschaft und die sozialdemokratische Zeitung *Vorwärts*. 1912 zieht er in den Reichstag ein und steigt kurz darauf in den Parteivorstand auf. Während der Novemberrevolution 1918 kann Wels einerseits zahlreiche Soldaten davon überzeugen, nicht auf Demonstrierende zu feuern, andererseits geht er als Stadtkommandant von Berlin brutal gegen aufständische Spartakisten vor. Im Zuge der „Weihnachtskämpfe“ setzen meuternde Matrosen Wels fest und misshandeln ihn. Als Parteivorsitzender (seit 1919) ist er maßgeblich daran beteiligt, einen erfolgreichen Ausgang des Kapp-Putsches zu verhindern, und setzt sich anschließend mit dem *Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold* und der *Eisernen Front* für den Erhalt der Weimarer Demokratie ein. Kurz nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten geht Wels ins Exil, ist aber weiterhin politisch aktiv, bevor er 1939 in Paris stirbt.

LITERATUR

Literatur- und Quellenverzeichnis: Vorbildhaftes Handeln für Demokratie

Arnd Pollmann im Gespräch mit Christiane Florin: „Wir brauchen Heldinnen – und Helden“. Ethiker über Vorbilder. In: Deutschlandfunk vom 22. Juli 2019, [online] https://www.deutschlandfunk.de/ethiker-ueber-vorbilder-wir-brauchen-heldinnen-und-helden.886.de.html?dram:article_id=454327 [18.05.2022].

Ataman, Ferda: Dagegen sein reicht nicht. In: Spiegel Online vom 6. Februar 2020, [online] <https://www.spiegel.de/kultur/was-wollen-wir-eigentlich-kolumne-a-52dcc64a-3e7b-44ce-92c6-a4826344ae02> [30.04.2022].

Austrian Millennial Report 2018, [online] <http://www.marketagent.com/webfiles/MarketagentCustomer/pdf/f0838967-cc1b-41b9-b6a9-c62cbfb87b76.pdf>; auch unter [online] <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/921118/umfrage/umfrage-zu-vorbildern-in-oesterreich/> [18.05.2022].

Battistini, Martina: Ganz normale Exotinnen. In: Sandra Augustin-Dittmann / Helga Gotzmann (Hrsg.): MINT gewinnt Schülerinnen. Erfolgsfaktoren von Schülerinnen-Projekten in MINT. Wiesbaden 2015, S. 93–111.

Benz, Wolfgang: Rassismus, Ausgrenzung, Gewalt. Klärungen für die soziale Arbeit, hrsg. v. AWO-Bundesverband e.V. Berlin 2018.

Bernhard Pörksen im Gespräch mit Kirsten Lemke: „Wir wollen Kaiser und Kumpel gleichermaßen.“ Erwartungen an Politiker. In: Deutschlandfunk vom 13. Januar 2019, [online] https://www.deutschlandfunkkultur.de/erwartungen-an-politiker-wir-wollen-kaiser-und-kumpel.1008.de.html?dram:article_id=438196 [18.05.2022].

Bierling, Stephan: Nelson Mandela. Rebell, Häftling, Präsident. München 2018.

Brodocz, André; Mehlkop, Guido; Vermaßen, Hannah: Demokratievorstellungen und Parteienverdrossenheit unter Jugendlichen in Thüringen. Eine Studie im Auftrag des Landesjugendring Thüringen e. V., S. 41, [online] https://lirt.de/downloads/Publikationen/Studie-demokratie_jugend_2019_Bericht.pdf [11.06.2020].

Bundespräsident Joachim Gauck zum Ende der Amtszeit zu der Frage „Wie soll es aussehen, unser Land?“ aus der Antrittsrede vom 23. März 2012 am 18. Januar 2017 in Schloss Bellevue, [online] https://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Downloads/DE/Reden/2017/01/170118-Amtszeitende-Rede.pdf;jsessionid=859E840EABDD94B00FD0FD2CF0A4DBC.F1_cid333?__blob=publicationFile [18.05.2022].

Corona: Held*innen des Alltags. tagesthemen-Serie, [online] www.youtube.com/playlist?list=PLkKDSXRppVa7lqBj3BGduXB9wp_-oel9o [18.05.2022].

Demokratie braucht Tugenden. Gemeinsames Wort des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Deutschen Bischofskonferenz zur Zukunft unseres demokratischen Gemeinwesens. Gemeinsame Texte Nr. 19, November 2006, [online]

https://www.ekd.de/ekd_de/ds_doc/GT_19___Druckfassung_061108.pdf [18.05.2022].

Faulenbach, Bernd: Volk und Demokratie. Zu einer irritierenden Diskussion. In: Ders.: Warum wir uns erinnern wollen. Essays und Analysen (2003–2021). Berlin 2021, S. 145–148.

Faulenbach, Bernd: Zur Konzeption, praktischen Ansätzen und neuen Herausforderungen demokratiegeschichtlicher Erinnerungsarbeit. In: Lars Lüdicke (Hrsg.): Deutsche Demokratiegeschichte II. Eine Aufgabe der Vermittlungsarbeit. Berlin 2022, S. 15–29.

Gauck, Joachim: Unsere Demokratie wird leben. Rede nach der Vereidigung zum Bundespräsidenten vom 23. März 2012. In: Ders.: Reden und Interviews, Bd. 1: 18. März – 17. Januar 2013, S. 21–34.

Gauck, Joachim: Bürger und Politik sind nichts Getrenntes in unserer Demokratie. Antrittsbesuch in Baden-Württemberg vom 19. April 2012. In: Ders.: Reden und Interviews, Bd. 1: 18. März – 17. Januar 2013, S. 35–49.

Gegen rechtspopulistische Vereinnahmung. Stellungnahme des SprecherInnenrates der Arbeitsgemeinschaft Orte der Demokratiegeschichte vom 18. Mai 2021, [online] <https://www.demokratie-geschichte.de/index.php/4238/orte-der-demokratiegeschichte-gegen-rechtspopulistische-vereinnahmung/> [30.04.2022].

GEOLino-UNICEF-Kinderwertemonitor 2014, [online] <https://www.unicef.de/blob/56990/a121cfd7c7acbd7c2f4b97cbcdf0cc716/geolino-unicef-kinderwertemonitor-2014-data.pdf>; auch unter [online] <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/324254/umfrage/umfrage-unter-kindern-in-deutschland-zu-den-besten-vermittlern-von-werten/> [13.05.2022].

Herfried Münkler im Interview mit Judith Scholter und Frank Werner: „Wir schaffen das“. Warum jedes Land alle paar Jahrzehnte einen neuen Mythos braucht. In: Die ZEIT vom 19. September 2018, [online] <https://www.zeit.de/zeit-geschichte/2018/05/herfried-muenkler-politikwissenschaftler-neuen-mythos-deutschland> [30.04.2022].

Herriger, Norbert: Empowerment in der sozialen Arbeit. Eine Einführung, 6. Auflage. Stuttgart 2020.

Herrmann, Sebastian: Die Bescheidenheit der Retter. In: Süddeutsche Zeitung vom 24. Februar 2020, [online] <https://www.sueddeutsche.de/wissen/psychologie-helden-bescheiden-1.4816364> [18.05.2022].

Himmelmann, Gerhard: Demokratie Lernen als Lebens-, Gesellschafts- und Herrschaftsform. Ein Lehr- und Arbeitsbuch, 4. Auflage. Schwalbach im Taunus 2016.

Leister, Judith: Gibt es ein Comeback des Helden? Heroismus in postheroischen Zeiten. In: Deutschlandfunk vom 8. März 2020, [online] https://www.deutschlandfunk.de/heroismus-in-postheroischen-zeiten-gibt-es-ein-comeback-des.1184.de.html?dram:article_id=469568 [18.05.2022].

Lindner, Peter: Kommentar „Haltung, bitte!“ In: Süddeutsche Zeitung vom 24. Juli 2018, [online] <https://www.sueddeutsche.de/politik/demokratie-kommentar-1.4067244> [18.05.2022].

Massing, Peter; Breit, Gottfried; Buchstein, Hubertus (Hrsg.): Demokratietheorien. Von der Antike bis zur Gegenwart. Texte und Interpretationshilfen, 9. Auflage. Schwalbach im Taunus 2017.

Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest, KIM-Studie 2020. Kindheit, Internet, Medien. Basisuntersuchung zum Medienumgang 6-13-Jähriger, [online] https://www.mpfs.de/fileadmin/files/Studien/KIM/2020/KIM-Studie2020_WEB_final.pdf; auch unter [online] <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/29998/umfrage/bereiche-aus-denen-vorbilder-und-idole-fuer-kinder-stammen/> [18.05.2022].

Mendl, Hans: Modelle, Vorbilder, Leitfiguren. Lernen an außergewöhnlichen Biografien (=Religionspädagogik innovativ, Bd. 8). Stuttgart 2015.

Parak, Michael: Einführung. Demokratiegeschichte in bewegten Zeiten. In: Ders., Ruth Wunnicke (Hrsg.): Vereinnahmung von Demokratiegeschichte durch Rechtspopulismus. Berlin 2019, S. 6–17.

Prantl, Heribert: Außer man tut es. Politische Porträts der Zeitgeschichte. München 2019.

Prantl, Heribert: Ein Hoch auf den Kompromiss. In: Süddeutsche Zeitung vom 3. April 2016, [online] <http://www.sueddeutsche.de/politik/essay-ein-hoch-auf-den-kompromiss-1.2927339> [18.05.2022].

Quent, Matthias: Deutschland rechts außen. Wie die Rechten nach der Macht greifen und wie wir sie stoppen können. München 2019.

Riffel, Dennis: Lernen am historischen Vorbild? In: Gegen Vergessen – Für Demokratie, 90 (3/2016), S. 8–9, [online] https://www.gegen-vergessen.de/fileadmin/user_upload/Gegen_Vergessen/Mitgliederzeitschrift/GVFD-Magazin_90_download.pdf [18.05.2022].

Roth, Roland: Gesellschaftliche Mitgestaltung durch demokratisches Engagement. In: Steve Kerner; Dirk Lange (Hrsg.): Citizenship Education. Konzepte, Anregungen und Ideen zur Demokratiebildung. Frankfurt am Main 2018, S. 229–243.

Schwikowski, Martina: Ein Held, kein Heiliger. Nachruf auf Nelson Mandela. In: taz vom 6. Dezember 2013, [online] <https://taz.de/Nachruf-auf-Nelson-Mandela/!5053238/> [18.05.2022].

Schmitz, Alfried: Welche Helden braucht unsere Gesellschaft? Vorbilder von gestern

und heute. In: Deutschlandfunk vom 2. Juli 2015, [online] https://www.deutschlandfunk.de/vorbilder-von-gestern-und-heute-welche-helden-braucht.1148.de.html?dram:article_id=324298 [18.05.2022].

Steinmeier, Frank-Walter: „Selbstverständlich war die Demokratie in diesem Lande nie“. Namensbeitrag in der Wochenzeitung ZEIT vom 14. März 2019. In: Ders.: „Vorkämpfer unserer Republik“. Zur Geschichte der Demokratie in Deutschland. Texte und Reden 2018/2019, [online] https://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Downloads/DE/Publikationen/190815-Vorkaempfer-unserer-Republik.pdf;jsessionid=576CE8B0DFC3CD1172838058F46B2FDE.1_cid323?__blob=publicationFile [18.05.2022].

Thomä, Dieter: Warum Demokratien Helden brauchen. Plädoyer für einen zeitgemäßen Heroismus. Berlin 2019.

Treusch, Wolf-Sören: Ein Dokument der Freiheit. 70 Jahre Grundgesetz. In: Deutschlandfunk Kultur vom 20. Mai 2019, [online] https://www.deutschlandfunkkultur.de/70-jahre-grundgesetz-ein-dokument-der-freiheit.976.de.html?dram:article_id=449203 [18.05.2022].

Ulrich Bröckling im Gespräch mit Miriam Zeh: Man hüte sich vor Helden! Ulrich Bröckling: „Postheroische Helden“. In: Deutschlandfunk vom 5. März 2020, [online] https://www.deutschlandfunk.de/ulrich-broeckling-postheroische-helden-man-hue-te-sich-vor.700.de.html?dram:article_id=471818 [18.05.2022].

Umfrage in Deutschland zum Vorbild in der Kindheit oder Jugend 2013, [online] <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/291318/umfrage/umfrage-in-deutschland-zum-vorbild-in-der-kindheit-oder-jugend/> [13.05.2022].

Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland, hrsg. v. Bundespräsidialamt. Berlin 2017, [online] http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Downloads/DE/verdienstorden.pdf?__blob=publicationFile [18.05.2022].

Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland; Statistik der Ordensverleihungen, [online] https://www.bundespraesident.de/DE/Amt-und-Aufgaben/Orden-und-Ehrungen/Verdienstorden/Statistik/statistik-der-ordensverleihungen-node.html;jsessionid=0DE15B700FA67DDC05AAB0BFAD8D293E.1_cid362 [18.05.2022].

Verleihung des Großen Verdienstkreuzes mit Stern des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland an Özlem TÜreci und Uğur Şahin am 19. März 2021, [online] <https://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Frank-Walter-Steinmeier/Reden/2021/03/210319-OV-Tuereci-Sahin.html> [18.05.2022].

Von „auf einen Blick“ für Menschen, die Großes leisten, [online] <https://www.helden-des-alltags.de/ueber-die-aktion/> [13.05.2022].

Wiebecke, Jürgen: Zehn Regeln für Demokratie-Retter. Köln 2017.

Wunnicke, Ruth: Kommunistische Diktaturerfahrungen – Das unsichtbare Gepäck. Ein Aspekt der Migrationsgeschichte und seine Wirkung bis heute. Berlin 2017.
50 deutsche Vorbilder. Menschen, die uns heute fehlen. Frankfurt am Main 2010.

Weiterführende Literatur und Quellen: Beispielhafte Handlungen aus der Demokratieggeschichte

Ayim, May: blues in schwarz weiss. Berlin 1995.

Ayim, May: nacht gesang. Berlin 1997.

Beck, Kurt: Ein Sozialdemokrat. Die Autobiografie. München 2008.

Behnke, Joachim; Grotz, Florian; Hartmann, Christof: Wahlen und Wahlsysteme. Berlin/Boston 2017.

Biermann, Werner: Konrad Adenauer. Ein Jahrhundertleben. Berlin 2017.

Bundesverdienstkreuz für Uta Leichsenring, [online] <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/bundesverdienstkreuz-fuer-uta-leichsenring-53357/> [03.06.2022].

Clark, Christopher: Robert Blum (1807-1848): Mann des Volkes, Märtyrer der Revolution, in: Frank-Walter Steinmeier (Hrsg.): Wegbereiter der deutschen Demokratie. 30 mutige Frauen und Männer 1789-1918. München 2021.

Eichel, Hans; Stolterfoht, Barbara (Hrsg.): Elisabeth Selbert und die Gleichstellung der Frauen. Eine unvollendete Geschichte. Kassel 2015.

„Freiheit und Leben kann man uns nehmen, die Ehre nicht.“, [online] <https://www.fes.de/adsd50/otto-wels> [23.05.22].

Fuchs, Dana; Frey, Laura: Erschlagen vom Nazi-Mob, während die Polizei zusah (überarb.), [online] <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/amadeu-antonio/erschlagen-vom-nazi-mob-waehrend-die-polizei-zusah/> [03.06.2022].

Geyer, Hermann: Nikolaikirche, montags um fünf. Die politischen Gottesdienste der Wendezeit in Leipzig. Darmstadt 2007.

Gille-Linne, Karin: Verdeckte Strategien. Herta Gotthelf, Elisabeth Selbert und die Frauenarbeit der SPD 1945-1949. Bonn 2011.

Gress, Daniela: 35 Jahre Hungerstreik der Sinti und Roma, [online] <https://mediendienst-integration.de/artikel/35-jahre-hungerstreik-der-sinti-und-roma.html> [08.06.2022].

Hügel-Marshall, Ika; Prasad, Nivedita; Schultz, Dagmar (Hrsg.): May Ayim. Radikale Dichterin, sanfte Rebellin. Münster 2021.

Interview der Recherchegruppe des Demokratischen JugendFORUM Brandenburg e.V. mit Uta Leichsenring, [online] <http://landschaften.djb-ev.de/node/7> [03.06.2022].

Juchacz, [online] <https://www.awo.org/ueber-uns/awo-historie/personen/marie-juchacz> [23.05.22].

Kommunalpolitik (=Informationen zur politische Bildung Nr. 333/2017)

Lange, Bernd-Lutz; Lange, Sascha: David gegen Goliath. Erinnerungen an die Friedliche Revolution. Berlin 2019.

Notz, Gisela: Frauen in der Mannschaft. Sozialdemokratinnen im Parlamentarischen Rat und im Deutschen Bundestag 1948/49-1957. Bonn 2003.

Oguntoye, Katharina; Opitz, Katharina; Dagmar Schultz (Hrsg.): Farbe bekennen. Afro-deutsche Frauen auf den Spuren ihrer Geschichte. Berlin 1992.

R., Henri: Uta Leichsenring – Demokratie in Ostdeutschland nach 1989 etablieren, [online] <https://www.demokratiegeschichten.de/uta-leichsenring-demokratie-in-ostdeutschland-nach-1989-etablieren> [03.06.2022].

Reichel, Peter: Robert Blum. Ein deutscher Revolutionär 1807-1848. Göttingen 2007.

Rhein, Christina: Marie Juchacz – Begründerin der Arbeiterwohlfahrt, [online] <https://www.awo-100-geschichten.de/marie-juchacz-begruenderin-der-arbeiterwohlfahrt> [23.05.22].

Riffel, Dennis: Wieso ist heute Roma-Day?, [online] <https://migrations-geschichten.de/wieso-ist-heute-romaday/> [08.06.2022].

Schwarz, Hans-Peter: Adenauer. Der Aufstieg: 1876-1952. Stuttgart 1986.

„Was diese Regierung getan hat, das war eine Selbstverständlichkeit: Sie hat den Frauen gegeben, was ihnen bis dahin zu Unrecht vorenthalten worden ist.“, [online] <https://www.fes.de/adsd50/marie-juchacz> [23.05.22].

Wensierski, Peter: Die unheimliche Leichtigkeit der Revolution. Wie eine Gruppe junger Leipziger die Rebellion in der DDR wagte. München 2017.

Winkler, Heinrich August: Die Ehre der deutschen Republik. Zum 80. Jahrestag der Rede von Otto Wels gegen das Ermächtigungsgesetz. Bonn 2013.

Woyke, Wichard: Stichwort: Wahlen. Ein Ratgeber für Wähler, Wahlhelfer und Kandidaten. 12. akt. u. erw. Aufl. Wiesbaden 2013.

Zerback, Ralf: Robert Bum. Eine Biografie. Leipzig 2007.

AUTORINNEN UND AUTOREN

ANNALENA BAASCH

hat in Münster Erziehungswissenschaften und Geschichte und danach Public History an der FU Berlin studiert. Seit 2017 arbeitet sie in der Fachgruppe Geschichtsvermittlung von *Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.* Dort ist sie als Projektkoordinatorin Demokratieggeschichte tätig.

ULLI ENGST

studierte an der FU Berlin Geschichte, Politikwissenschaften und Public History. Seit 2021 arbeitet er bei *Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.* in der Fachgruppe Geschichtsvermittlung als Projektkoordinator Demokratieggeschichte und ist im Projekt #BelnterNett tätig.

DR. MICHAEL PARAK

ist seit 2009 Geschäftsführer des Vereins *Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.*, studierte Geschichte und Deutsch in Mainz und Leipzig, 1999 Staatsexamen, 2004 Promotion, 1999–2005 wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Leipzig, 2005–2009 Kulturreferent beim Schlesischen Museum zu Görlitz im Auftrag des Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien.

DR. DENNIS RIFFEL

ist Fachgruppenleiter Geschichtsvermittlung in der Geschäftsstelle von *Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.* in Berlin, studierte Neuere Geschichte, Neuere Deutsche Literatur und Politikwissenschaft in Freiburg im Breisgau und Berlin. Er promovierte am Zentrum für Antisemitismusforschung der TU Berlin zum Thema „Unbesungene Helden. Die Ehrungsinitiative des Berliner Senats 1958 bis 1966“. Seit 2005 arbeitet er als wissenschaftlicher Referent bei *Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.*

WEITERE PUBLIKATIONEN VON GEGEN VERGESSEN – FÜR DEMOKRATIE e.V.



DEMOKRATIEGESCHICHTE BLOGGEN

Herausgegeben von Annalena Baasch, Michael Parak und
Dennis Riffel
Berlin 2020
ISBN: 978-3-9820589-7-9



LOKALE SPURENSUCHE IM THEMENFELD DEMOKRATIEGESCHICHTE.

Eine Handreichung von Annalena Baasch unter Mitarbeit
von Michael Parak, Dennis Riffel und Ruth Wunnicke.
Neuaufgabe 2020
ISBN: 978-3-00-060681-6



VEREINNAHMUNG VON DEMOKRATIEGESCHICHTE DURCH RECHTSPOPULISMUS

Herausgegeben von Michael Parak und Ruth Wunnicke
Berlin, Gegen Vergessen – Für Demokratie und
Gedenkstätte Deutscher Widerstand, 2019
ISBN: 978-3-9820589-1-7



HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN FÜR DEN UMGANG MIT RECHTSPOPULISTISCHEN ÄUSSERUNGEN VON BESUCHER*INNEN IN GEDENKSTÄTTEN UND ERINNERUNGORTEN

Von Larissa Bothe und Ruth Wunnicke

Berlin 2019

ISBN: 978-3-9820589-3-1



KOMMUNALE ERINNERUNGSKULTUR UND DEMOKRATIEGESCHICHTE

BEISPIELE AUS HALLE, BERLIN, POTSDAM

Herausgegeben von Michael Parak und Norbert Böhnke.

Berlin 2020

ISBN: 978-3-9820589-3-1

Diese und weitere Publikationen können auf folgender Website heruntergeladen werden: Demokratieggeschichte | Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

(<https://www.gegen-vergessen.de/unsere-angebote/demokratieggeschichte/>)

MEHR DEMOKRATIEGESCHICHTE(N)?

Dann besuchen Sie unseren Blog <https://www.demokratiegeschichten.de>



DER BLOG demokratiegeschichten.de

Gefördert durch



Die Beauftragte der Bundesregierung
für Kultur und Medien

NOCH MEHR DEMOKRATIEGESCHICHTE?

Dann auf zur **AG ORTE DER DEMOKRATIEGESCHICHTE**, die seit 2017 besteht und in der Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. Gründungsmitglied ist.

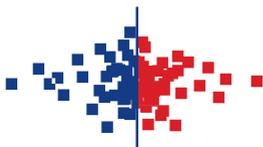


Sie ist ein Netzwerk von inzwischen über 90 Organisationen, die sich das Ziel gesetzt haben, die Wahrnehmung der deutschen Demokratie- und Freiheitsgeschichte lokal, regional und deutschlandweit zu fördern und darüber demokratische Teilhabe und Zivilcourage anzuregen.

Mehr Informationen auf: <https://www.demokratie-geschichte.de>

GEGEN VERGESSEN – FÜR DEMOKRATIE e. V.

verbindet seit 1993 historische Erinnerungsarbeit mit dem Einsatz für die Demokratie. Themen sind die Auseinandersetzung mit den nationalsozialistischen Verbrechen, dem Unrecht des SED-Regimes, verschiedenen Formen des politischen Extremismus sowie die Stärkung der Demokratie. Der Verein wirbt für gesellschaftliches Engagement und politische Teilhabe in einer Gesellschaft in Vielfalt.



Gegen Vergessen
Für Demokratie e.V.

www.gegen-vergessen.de

ISBN 978-3-9824031-5-1